Nr. 88. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungern 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abermals 650 Millionen für den Moloch!

Als im Jahre 1911 die Friedenspräsens um 11 000 Mann vermehrt und dem Reiche eine Mehrausgabe von 140 Millionen für das nächste Jahrfünft aufgebürdet wurde, ahnte sicherlich kein Durchschnittsstaatsbürger, daß uns bereits im Jahre 1912, ein Jährlein später, eine weitere Heeresvorlage zugemutet werden würde, die für die sechs Jahre 1912 bis 1917 die weitere Kleinigkeit von 440½ Millionen beanspruchen würde. Eher rechnete man schon damit, daß der Marinemoloch wieder Appetit bekunden würde, da ja bei den früheren Flottenvorlagen die Flottenbaupläne pfiffigerweise derartig zusammengedrängt waren, daß die große Mehrzahl der Linienschiffsbauten bis zum Jahre 1911 durchgeführt war und von da ab nach dem Flottengesetz statt der jährlichen vier Schlachtschiffbauten nur noch zwei vorzunehmen waren. Daß sich das Reederkapital und unsere Herren Panzerplattenpatrioten etwas Derartiges nicht gefallen lassen würden, lag auf der Hand. Und so berührt es einen denkenden Politiker auch weiter nicht befremdlich, daß nun unsere „herrliche Kriegsflotte" für die Jahre 1912 bis 1917 weitere 210 Millionen Mark mehr beansprucht. Ja, es gibt vielleicht den oder jenen, der diese Forderungen niedriger findet, als er erwartete. Solche Pessimisten werden aber ihre schwärzesten Erwartungen dadurch übertroffen fühlen, daß ja ganz unerwarteterweise auch der Landmilitarismus für die betreffenden sechs Jahre 440½ Millionen Mark mehr beansprucht, so daß sich die militärischen Mehrforderungen für die Jahre 1912—1917 auf nicht weniger als 650½ Millionen Mark belaufen! Pro Jahr also auf rund 112 Millionen Mark! Das ist eine so „anständige" Rechnung, daß sie auch den schwarzseherischsten Unglückspropheten vollauf zu befriedigen vermag!

Die Ausgaben für unseren Militarismus belaufen sich ohnehin unter Hinzurechnung der Schuldenzinsen, der Kolonialausgaben und des Invaliden- und Pensionsfonds auf mehr als 1600 Millionen Mark jährlich. Diese Ausgaben werden sich nun, wie wir der soeben herausgekommenen Wehvorlage entnehmen, in der folgenden Weise steigern:

	Millionen Mark						
	1912	1913	1914	1915	1916	1917	Zusammen
1. Heeresvorlage.							
Fortdauernde Ausgaben . .	13,5	49	59	59	58	58	296,5
Einmalige Ausgaben . . .	66	52	19	—1	4	4	144
	79,5	101	78	58	62	62	440,5
2. Marinevorlage.							
Fortdauernde Ausgaben . .	2,6	7	10	15	20	25	79,6
Einmalige Ausgaben . . .	12,4	22	29	25	24	18	130,4
	15,0	29	39	40	44	43	210,0
3. Heeres- und Marinevorlage.							
Fortdauernde Ausgaben . .	16,1	56	69	74	78	83	376,1
Einmalige Ausgaben . . .	78,4	74	48	24	28	22	274,4
	94,5	130	117	98	106	105	650,5

Hierzu treten die Mehrausgaben, welche für das Heer nach dem Friedenspräsenzgesetze von 1911 und für die Flotte nach dem bestehenden Flottengesetz im ordentlichen Etat schon bisher zu gewärtigen waren. Sie belaufen sich im ordentlichen Etat

beim Heere auf . .	13,6	18,8	13,6	1,1	0,8	Mill. Mark,
bei der Flotte auf .	21,6	29,7	31,7	44,1	54,2	„ „
zusammen auf	35,2	48,5	45,3	45,2	55,0	Mill. Mark.

In ein paar Jahren werden wir also einen **Militäretat von zirka 1800 Millionen Mark** erreicht haben! Kein Wunder, daß bei solch enormen Steigerungen der militaristischen Ausgaben keine Mittel zur Förderung wirklicher Kulturzwecke und zur Hebung der Volkswohlfahrt disponibel sind!

Wie denkt sich nun die Regierung die Deckung dieser enormen Ausgabesteigerung? Sie macht trotz einem Erzberger oder Hertling die wunderbarste Milchmädchenrechnung auf, aus der sich ergeben soll, daß lediglich die Aufhebung des Branntweinkontingents mit 36 Millionen Ertrag ausreichen soll, um den Mehrbedarf von rund 150 Millionen Mark pro Jahr zu decken. Die soeben veröffentlichte Deckungsvorlage rechnet nämlich aus, daß für das Jahr 1912 an Zöllen und Steuern mit 45 Millionen Mark Mehreinnahme, mit 15 Millionen Mark Mehrüberschüssen der Eisenbahn- und Postverwaltung und mit einer Verminderung der Schuldenverzinsung von 10 Millionen, also insgesamt mit 70 Millionen Mehrertrag gerechnet werden könne. Und diese 70 Millionen Mehreinnahme werden nun einfach — Geschwindigkeit ist keine Hexerei — auch für die Jahre 1913 bis 1917 angenommen. Dazu sollen dann die 36 Millionen Mehreinnahmen durch den Fortfall der Branntweinliebesgabe kommen, und endlich die Ueberschüsse aus 1911 und 1912. Alles das zusammen soll ausreichen, um die militärischen Mehrausgaben zu decken.

Es wird weiterer gründlicherer Prüfung vorbehalten bleiben, dieser schönen Rechnung der Regierung auf den Grund zu gehen. Aber zweierlei kann schon heute festgestellt werden. Einmal, daß durch die neuen Rüstungsausgaben **das ganze schöne Schuldentilgungsprojekt**, das der Reichsfinanzreform von 1909 zugrunde gelegen, **schmählich über den Haufen geworfen werden wird.** Heißt es doch in der offiziellen Denkschrift über die Deckungsfrage wörtlich:

„Die vorstehenden Berechnungen ergeben, daß die Kosten der Wehrvorlagen in der vorgeschlagenen Weise bestritten werden können, und zwar ohne wesentliche (!!) Beeinträchtigung der von den verbündeten Regierungen im Einverständnisse mit dem Reichstag geplanten Gestaltung des Extraordinariums und der Schuldentilgung. Voraussetzung ist hierbei jedoch, daß bei der Finanzgebarung des Reichs die Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung ebenso wie in den letzten Jahren gewahrt bleiben. **Voraussetzung** ist ferner, daß die **gegenwärtige wirtschaftliche Lage sich nicht fühlbar verschlechtert und keine besonderen neuen Anforderungen an das Reich herantreten**; sollte letztere Voraussetzung sich nicht erfüllen, so würde sich die Notwendigkeit ergeben, neue Einnahmequellen zu erschließen oder die Ermäßigung einzelner Steuern ganz oder zum Teil für einige Jahre hinauszuschieben."

Hier wird also bereits offen zugestanden, daß aller Voraussicht nach die Schuldentilgung ebenso wie eine vernünftige Gestaltung des Ordinariums und Extraordinariums in die Brüche gehen werden. Dann aber kommt vor allen Dingen auch in Frage, daß die Regierung für die ganze Zukunft mit lauter so günstigen Etatsabschlüssen rechnet, als es die der letzten Jahre waren. Sie rechnet also nur mit Jahren günstigster Konjunktur, trotzdem doch gerade die eben erst überwundene wirtschaftliche Krise der Regierung klar gemacht haben sollte, daß jedes Nachlassen der wirtschaftlichen Anspannung **Mindereinnahmen von Hunderten von Millionen** bedeutet! Es braucht also nur wieder einmal eine Krise über Deutschland hereinzubrechen wie 1907 und 1908, und alle schönen Berechnungen der Regierung werden in die Luft geblasen!

Hinzu kommt aber, daß sich die Ausgaben für unseren Militarismus auch noch über die durch die neuen Wehrvorlagen bedingten Mehrkosten hinaus erhöhen werden. Man weiß ja, um wieviel teurer z. B. die Schiffsbauten seit dem Jahre 1900 geworden sind. Damals kostete ein Schlachtschiff 20 Millionen Mark, heute 50 Millionen und mehr. So werden auch künftig die Ausgaben für unsere Schlachtschiffe steigen. Außerdem wissen wir ja auch noch gar nicht, welche Kosten uns in drei oder vier Jahren unser Luftmilitarismus verursachen wird, dessen Ansprüche ja jetzt schon sehr erhebliche geworden sind. Wir sehen also, daß die militaristischen Ansprüche uns trotz der 500 Millionen-Schröpfung der letzten Reichsfinanzreform in eine immer kritischere Situation drängen, vor allen Dingen aber das Reich **in sozialpolitischer und kultureller Beziehung vollständig lahmlegen!** Denn jede Million, die dem Militarismus mehr in den Rachen geworfen wird, wird vernünftigen Zwecken entzogen!

Und was wird durch solch skandalöse Geldverschleuderung für den kulturwidrigen Militarismus erreicht? Das Gegenteil von dem, das man angeblich zu erreichen gedenkt. Jede Verstärkung unserer Landmacht wird Frankreich veranlassen, seine Rüstungsorganisation aufs äußerste auszubauen, und natürlich auch nicht ohne Einfluß auf Rußland sein. Und jede Steigerung unserer Flottenrüstungen ist bekanntlich für England ein Ansporn, seine Flottenüberlegenheit unter allen Umständen, koste es, was es wolle, aufrechtzuerhalten. Deutschlands Panzer macht Deutschland also in keiner Weise widerstandsfähiger, sondern er ist nichts als eine unerträgliche Bürde, durch die jede kulturelle Emporentwickelung der Massen hintangehalten wird!

Unsere Panzerplatteninteressenten und alle Nutznießer unseres Militarismus, wie unser Militäradel, der identisch ist mit unserem agrarischen Junkertum, werden natürlich den Wehrvorlagen der Regierung begeistert zustimmen, sie im Gegenteil noch für allzu bescheiden erklären. Panzerplattenpatrioten und Offizierslieferanten haben ja nur den Vorteil von diesen Rüstungsvorlagen, wie ihn übrigens auch die gesamte Kapitalistenklasse insofern hat, als jede Verstärkung unseres Heeres ein Mittel mehr zum Schutz ihrer Privilegien gegen den äußeren nicht nur, sondern auch den „inneren Feind" darstellt. Da ist es um so bezeichnender, daß unsere Kapitalistenklasse, insonderheit unser Agrariertum auch diesmal gar nicht daran denkt, auch nur das mindeste zu den Rüstungskosten beizutragen! Der Reichsschatzsekretär Wermuth, der wenigstens dem Junkertum zur Beschönigung der Rüstungsforderungen eine Erbschaftssteuer abringen wollte, ist ja glücklich abgehalfert worden. Und die Art der Aufhebung der Liebesgabe, wie sie Herr von Bethmann Hollweg als politischer Agent des Herrn Hertling jetzt vorschlägt, wird den schnapsbrennenden Junkern kein Haar krümmen und keinen Pfennig kosten, vielmehr werden auch hier wieder die Konsumenten, die Opfer des Halbmilliardenraubzuges der Finanzreform des Schnapsblock, die Leidtragenden sein.

• • •

Beseitigung des Branntweinkontingents.

Nach dem Gesetzentwurf soll das Kontingent, d. h. die Spannung zwischen höherem und niederem Abgabensatz, für das Reich mit Ausnahme von Bayern, Württemberg und Baden aufgehoben werden. Die Verbrauchsabgabe soll demnach künftig 35 M. für das Hektoliter Alkohol betragen. In den Ausnahme-Staaten wird die Spanne auf 7,50 M. bei landwirtschaftlichen Brennereien und Obstbrennereien und auf 5 M. bei gewerblichen Brennereien gekürzt. Die Spannung zwischen kontingentiertem und nichtkontingentiertem Branntwein bleibt aber in seinen preissteigenden Wirkungen vollkommen bestehen, nur daß die kontingentierten Werke auf Süddeutschland beschränkt werden. Den norddeutschen Werken wird es daher möglich sein, die höhere Verbrauchsabgabe in voller Höhe auf die Konsumenten abzuwälzen, um so mehr als die Spirituszentrale die Produktion einschränken kann. Die Macht der Spirituszentrale bleibt durch Beibehaltung des Vergällungszwanges, der für gewerbliche Brennereien größer ist als für landwirtschaftliche durchaus aufrecht erhalten. Außerdem bleiben die Brennereien, die bisher durch ein großes Kontingent begünstigt waren, weiter in ihrer bevorzugten Stellung. Darf doch nach dem Entwurf eine Vergällungspflicht mindestens für die Branntweinmenge nicht bestehen, die den für das laufende Betriebsjahr festgesetzten Kontingenten entspricht. Ebenso ist der **Durchschnittsbrand**, dessen Ueberschreiten mit Betriebsauflagen belegt ist, in der Höhe des Kontingents festgesetzt worden, das die Brennerei am 1. Oktober 1909 besaß. Die Brennereien mit hohem Kontingent werden also auch hier wiederum berücksichtigt. Von einem Nachteil der Brenner durch das neue Gesetz kann daher keine Rede sein. Das Verbot der Herstellung von Methylalkohol zu Trinkzwecken und der Zwang, den Alkoholgehalt unter 25 Proz. für den Verbraucher deutlich zu machen, sollen außerdem einer Einschränkung des Konsums von Schnaps dienen. Aber wenn eine Minderung des Verbrauchs eintritt, was sehr wahrscheinlich ist, werden die Brenner sich schadlos halten können. Nur die Reichskasse wird einen Ausfall merken, und es ist daher sehr fraglich, ob sich die Einnahmen aus der Liebesgaben-Aufhebung wirklich auf dauernd 36 Millionen Mark jährlich stellen werden.

Die dritte Homerule-Bill.

London, 12. April. (Eig. Ber.)

Unter dem Beifall aller nichtkonservativen Parteien brachte der Premierminister Asquith gestern die dritte Homerulebill ein, die die irische Frage, die in der Politik Großbritanniens eine so störende Rolle spielt, endlich aus dem Wege räumen soll. Seit dem letzten Versuche Gladstones, die Frage der irischen Selbstverwaltung zu lösen, hat sich das Problem wesentlich verändert. Namentlich sind die finanziellen Beziehungen zwischen Großbritannien und Irland seit dem Jahre 1893 durch das Landgesetz der Konservativen, das aus den Pächtern kleine Grundbesitzer machte, und durch das Alterspensionsgesetz der Liberalen ganz anders geworden. Vor 20 Jahren lieferte Irland noch einen Beitrag zum Reich, heute arbeitet es mit einem Defizit, so daß es auf die Unterstützung des Reiches angewiesen ist. Diesen veränderten Umständen mußte Herr Asquith Rechnung tragen. Er verfiel auf den Gedanken des Föderalismus, den schon Joseph Chamberlain im Jahre 1886, als er sich von der liberalen Partei lossagte, propagierte. Chamberlain sagte damals in bezug auf die erste Homerulebill: „Es sind zwei Prinzipien in der Vorlage enthalten, die ich als wesentlich betrachte. Das erste ist das Prinzip der Autonomie, dem ich meine aufrichtige Zustimmung nicht geben kann. Das zweite ist in der Methode enthalten, nach der dieser Autonomie Wirksamkeit verschafft werden soll. In der Vorlage hat die Regierung den Weg der Abtrennung oder der kolonialen Unabhängigkeit betreten, wogegen sie nach meiner Ansicht das Prinzip der Föderation annehmen sollte, das das einzige ist, das mit demokratischen Bestrebungen und der Erfahrung im Einklange steht."

Die dritte Homerulebill schafft ein Parlament für Irland, das aus einer Volksvertretung von 164 Mitgliedern und einem Senat von 40 Mitgliedern bestehen soll. Die Wahlkreise sollen je 27 000 Einwohner zählen. Der Senat wird ernannt, zuerst auf acht Jahre von dem Reichskabinett, später beim Ausscheiden der einzelnen Senatoren von dem irischen Kabinett. In Streitfällen zwischen den beiden Kammern wird eine gemeinschaftliche Sitzung abgehalten. Das Reichsparlament in London bleibt aber nach wie vor die oberste Autorität im Reiche und Reichsrecht geht über Landesrecht. Das irische Parlament kann nicht entscheiden über Fragen, die die Krone, Krieg und Frieden, die Flotte und das Heer, Verträge, Würden und ähnliche Dinge betreffen. Um die Befürchtungen der Protestanten Ulsters zu beschwichtigen, die in den letzten Jahren durch die päpstlichen Dekrete (Motuproprio und Netemere) sicher nicht geringer geworden sind, beschränkt die Vorlage die Aktionsfreiheit der irischen Legislative in empfindlicher Weise. So darf das irische Parlament kein Gesetz erlassen, das direkt oder indirekt irgendeiner Form der Religion einen Vorteil verschafft, oder ihre Bekennung zur Vorbedingung der Gültigkeit einer Eheschließung macht. Wie bisher wird der Lord-Leutnant der Kopf der Exekutive sein, mit dem Unterschiede jedoch, daß dieser Beamte fortan nicht Protestant zu sein braucht. Er kann im Namen des Reichskabinetts sein Veto gegen irgendeine Vorlage einlegen oder seine Zustimmung auf unbestimmte Zeit vorenthalten. Das Reichsparlament kann ein Gesetz des irischen Parlaments zu jeder Zeit für ungültig erklären oder verändern. Das Reichsparlament behält die Kontrolle über Steuereinziehung, Landankauf, Alterspensionen und Sozialversicherung. Die beiden letzten Einrichtungen können jedoch auf Verlangen nach einem Jahre dem irischen Parlament übertragen werden. Das Postwesen (ausgenommen die Postsparkassen) wird von Anfang an eine Angelegenheit des irischen Parlaments sein; die Verfügung

über die königlich irische Gendarmerie wird ihm nach sechs Jahren übergeben werden. Das irische Parlament hat die Macht, neue Steuern zu erheben und Reichssteuern abzuändern; es darf aber keine neuen Zölle erheben; wohl darf es jedoch die Zölle und Abgaben (mit Ausnahme des Bieres und der Spirituosen) bis zu 10 Prozent erhöhen. Dieselbe Erhöhung ist ihm in bezug auf die Einkommen- und Erbschaftssteuer gestattet. In der Akzise hat es freie Hand. Die Reichsbehörden ziehen die Steuern ein. Der irische Anteil der Steuern wird dem irischen Schatzamt überwiesen. In den ersten paar Jahren wird das Reichsschatzamt dem irischen Schatzamt jährlich einen Zuschuß von 500 000 Pfd. Sterl. zahlen, der allmählich auf 200 000 Pfd. Sterl. reduziert werden wird. Die Vertretung Irlands im Reichsparlament wird von 103 auf 42 Abgeordnete (ein Abgeordneter auf je 100 000 Einwohner) reduziert.

Dies ist in ihren großen Zügen die dritte Homerulebill. Sie enthält mindestens eine reaktionäre Neuerung, die auch sofort von den demokratischen Elementen Großbritanniens verurteilt worden ist — das ist der Senat mit seinen von der Exekutive ernannten Mitgliedern. Der Modus seiner Bildung fällt weniger ins Gewicht; denn ob nun die Zweite Kammer ernannt oder von einem kleinen Kreise privilegierter Wähler gewählt wird, immer bleibt ein Senat die Bremse an der demokratischen Volksvertretung. Hoffentlich ist dieser irische Senat nicht der Vorläufer des Reichssenats, den die liberale Partei aus den Lords bilden will.

Die Stellung der Arbeiterschaft zur Vorlage wurde in der Debatte sehr gut und klar von dem Genossen MacDonald entwickelt. MacDonald kritisierte die Einsetzung eines Senats, gab aber der Vorlage im ganzen die Zustimmung der Arbeiterpartei. Er führte dann folgendes aus: Die Errichtung eines irischen Parlaments wird die nationalistische Partei spalten und zur Bildung neuer Parteien führen. Wir wünschen, daß sich der irische Arbeiter mehr mit der sozialen Frage befaßt. Belfast wird als eine reiche und blühende Stadt hingestellt, als ein Beispiel, was die englische Herrschaft in Irland getan hat. Aber in Belfast gibt es erbärmliche Arbeitsverhältnisse, wie sie in einer ähnlichen englischen Stadt nicht anzutreffen sind. Wenn es gilt, Spelunken zu beseitigen, oder das Schwitzsystem abzuschaffen, so werden die Hauspaschas und die schlimmsten Ausbeuter mit einem Schlage religiös. Katholische und protestantische Arbeiter schlagen sich die Köpfe ein über vermeintliche religiöse Fragen, die in Wirklichkeit einen sehr realen wirtschaftlichen Boden haben. Die Arbeiter fangen aber jetzt an, diese Fragen richtig zu verstehen, und das wollen die Gegner der Homerule gerade verhindern.

* * *

London, 15. April. Die Debatte im Unterhause über die Homerulebill wurde heute durch Balfour weitergeführt, der über die in der Vorlage vorgebrachten Bürgschaften für die Suprematie der Reichsregierung spottete. Asquith habe die Bill als den Beginn eines allgemeinen Bundessystems bezeichnet. Jeder Artikel des Gesetzes müsse nicht allein in bezug auf Irland, sondern auch in bezug auf England, Schottland und Wales betrachtet werden. Der Gesetzentwurf sei vom föderalistischen Standpunkt aus unsymmetrisch und der britischen Politik durchaus unwürdig. Balfour tadelte sodann die Regelung der finanziellen Fragen durch den Entwurf und die Vollmachten, die der irischen Regierung über die Zölle gegeben werden sollen; das würde später zu Zollgrenzen zwischen England und Irland führen. Er glaube nicht, daß das Haus irgendwelche Anregungen, in Zukunft durch Errichtung von Zollgrenzen das föderalistische System zu durchbrechen, unterstützen werde. Wenn Irland seine Zölle benutzen würde, um fremde Länder zu differenzieren, so könnten Schwierigkeiten entstehen wegen der Klausel der meistbegünstigten Nation. Er ging dann auch auf die Fragen ein, die durch die Beibehaltung von zweiundvierzig irischen Mitgliedern im Reichsparlament aufgeworfen würden. Alle diese Schwierigkeiten entständen durch den wahnsinnigen Versuch, die Politik der nationalen Entwickelung umzustoßen. Alle Länder fühlten, daß, wenn sie ihren Platz in der Welt bewahren wollten, dies nicht durch Auflösung, sondern durch Einigung geschehen könne. England werde in verhängnisvoller Weise geschwächt werden durch diesen unheilvollen und widersinnigen ersten Schritt zur Einführung des Homerule in allen Teilen des Reiches, wodurch ein unbrauchbares Regierungssystem geschaffen würde. Man würde sich dann in derselben Lage befinden, wie vor der Einigung des Reiches.

Ein Protest gegen das zarische Justizverbrechen an den Armeniern.

Der dieser Tage zu Ende geführte Monsterprozeß gegen die armenische Partei „Daschnakzutjun" hat die allgemeine Aufmerksamkeit wiederum auf die Augiasställe und die Verbrechen der russischen Justiz gelenkt. Seit der Bewegung zugunsten der unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Dumaabgeordneten steht die russische Schandjustiz ohnedies im Mittelpunkte des allgemeinen Interesses. Der jetzt zu Ende geführte Prozeß, der ungemein viel Aehnlichkeit mit dem Justizverbrechen an den Dumaabgeordneten aufweist, hat der Verurteilung dieser Schandjustiz neue Nahrung zugeführt. Derselbe höchste Gerichtshof, die besondere Session des Regierenden Senats, der sich 1907 zum Werkzeug des Staatsstreichs hergab und die schändlichen Machinationen Stolypins und der „Ochrana" durch seinen Justizmord deckte, hat nun, nach zweimonatigen Mühen, ein schmähliches Tendenzurteil gegen ein ganzes Volk gefällt.

Der Ausgang dieses Prozesses wird schon dadurch allein charakterisiert, daß, ungeachtet aller Bemühungen der Staatsanwaltschaft, die vor keiner Fälschung zurückschreckte, von 149 Angeklagten 94 oder fast zwei Drittel freigesprochen werden mußten. Sogar Prof. Schiemann hebt bei der Besprechung dieses Urteils hervor, daß die Freigesprochenen unschuldig in Untersuchungshaft gesessen haben. Zieht man aber in Betracht, daß die Angeklagten fast vier Jahre lang in Untersuchungshaft saßen, daß sie alle Greuel der russischen Gefängnishöllen über sich ergehen lassen mußten, daß der mit der Untersuchung betraute Richter Lyshin das ganze Register seines Fälschertalents gegen sie spielen ließ, — so erscheint das hinter geschlossenen Türen gefällte Urteil des höchsten Gerichtshofes als eine Selbstbrandmarkung der russischen Justiz. Und noch ein Brandmal mußte sich das russische Justizressort selbst auf die Stirne drücken: der Fälscher Lyshin, ein besonderer Günstling des Justizministers Schtscheglowitow, sah sich noch vor dem Abschluß des von ihm vorbereiteten Prozesses genötigt, seinen Abschied einzureichen. Und dennoch wurden auf Grund seines Materials 4 Personen zur Zwangsarbeit, 30 Personen zum Verlust aller Rechte und zur lebenslänglichen Deportation nach Sibirien und 21 Personen zur Festungshaft verurteilt!

Das Organ der Partei „Daschnakzutjun", die in Genf erscheinende Zeitung „Droschak", wendet sich in einem flammenden Protestartikel gegen dieses neue Justizverbrechen der zarischen Regierung. „Was ist das Ergebnis dieses Hochverratsprozesses?" fragt es. „149 gefangene Armenier waren, als Mitglieder der Partei „Daschnakzutjun", der Verschwörung gegen die Einheit des Reiches, separatistischer Bestrebungen zum Zweck der Wiederherstellung eines unabhängigen Armeniens usw. angeklagt. Nun hat sich diese absurde Anklage als das Resultat einer Untersuchung erwiesen, die — wie die skandalösen Enthüllungen gezeigt haben — von Anfang bis zu Ende größtenteils auf Fälschungen beruht. Angesichts dieser Verbrechen der „modernen" Magistratur hat die Verteidigung einstimmig erklärt, es sei unmöglich, diesen Prozeß fortzuführen . . .

Das Gerichtstribunal, gegenwärtig nichts weiter als eine untergeordnete Sektion des Justizministeriums, blieb taub gegenüber diesen berechtigten Forderungen der Verteidigung. „Es ist keine Zeit vorhanden, eine neue Untersuchung einzuleiten," erklärte der Gerichtsvorsitzende Senator Kriwzow. Und am folgenden Tage wurde eine groß Anzahl Intellektueller zu schweren Strafen verurteilt!

„Es ist keine Zeit vorhanden, eine neue Untersuchung einzuleiten!" O, man bedarf einer solchen gar nicht! Denn das Urteil lag schon längst fertig im Kabinett des Justizministers, des berüchtigten Herrn Schtscheglowitow. Die ganze Gerichtskomödie, mit ihren Hunderten von Zeugen, den beredten und feurigen Reden der Verteidiger, der besten Rechtsanwälte Rußlands, war nichts weiter als eine leere Formalität. Das Ministerium, geleitet von Herrn Schtscheglowitow, hat trotz der erwiesenen Fälschungen und schreienden Ungerechtigkeiten die Züchtigung der armenischen Bevölkerung diktiert, die es in den dunklen stürmischen Jahren 1903, 1905 und 1906 gewagt hatte, mit den Waffen in der Hand aufzutreten gegen die wilde Verfolgungspolitik des Ministers Plehwe und des kaukasischen Statthalters Fürst Golitzyn, gegen die brutale Konfiskation ihrer nationalen Güter und gegen den furchtbaren Sturm der tatarischen Vendee, die die Regierung selbst gegen sie losgelassen hatte, um die drohende Revolution niederzuwerfen und die Kräfte der Armenier lahmzulegen.

Plehwe und Golitzyn wurden geschlagen und von dem „neuen Regime" selbst verurteilt. Indessen wird die traurige Legende über den „armenischen Separatismus" noch heute in den hohen Regierungskreisen kolportiert, und ein neuer drakonischer Schlag gegen das Volk Russisch-Armeniens wird geführt.

Uebernimmt Herr Kokowzew im Verein mit seinem Kollegen Schtscheglowitow diese schwere Verantwortung?

Wird die öffentliche Meinung Europas die Vollendung dieses neuen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zulassen?

Wir appellieren an alle Herzen, an alle Freunde des kleinen Volkes, das das Joch seines jahrhundertealten Martyriums abzuschütteln sucht, um der Segnungen der Kultur teilhaftig zu werden, das aber von dem russischen Adler in seinen Krallen gehalten wird, unablässig gepeinigt und selbst in Persien und der Türkei von ihm verfolgt."

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. April 1912.

Die Regierung über die Lage der preußischen Arbeiter.

Mit begründeter Spannung mußte diesmal das Referat der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über die Berichte der preußischen Gewerbeinspektoren erwartet werden. Die Regierung, die soeben erst durch die übelsten Dallwitzereien den Beamten das politische Selbstbestimmungsrecht absprach — die Berechtigung dazu ist durch das Breslauer Gericht abgestempelt worden, da doch niemand an die formelle Beleidigung glaubt, die da gesühnt sein soll — mußte in der Beurteilung des Riesenmaterials der preußischen Gewerbeinspektoren sehr interessant sein. Es mußte schon im voraus gefragt werden: wird es die Regierung wagen, gegenüber den kalten, nüchternen und scharf klargestellten Tatsachen, welche die Gewerbeinspektoren alljährlich zusammentragen, wieder eine der üblichen hohlen Bemerkungen zu machen?

Mit Erstaunen konnten wir in einer der jüngsten Nummern der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" finden, daß wir uns getäuscht hatten. Sieht die Regierung wirklich ein, daß etwas für die Verbesserung der Lage der Arbeiter geschehen muß? Wir zitieren aus der spaltenlangen Besprechung der Berichte der preußischen Gewerbeinspektoren die zwei wichtigsten Stellen. Einmal, wie die Lage der preußischen Industrie nach der Auffassung des Kanzlerblattes war, und zum anderen, wie die Situation der preußischen Arbeiter von ihr betrachtet wird.

Zur Wirtschaftslage schreibt die „Norddeutsche Allgemeine":

„Die Berichte . . . bieten . . . eine erfreuliche Bestätigung für die anderweitig schon festgestellte Tatsache, daß das vergangene Jahr für unsere Industrie im allgemeinen sehr günstig gewesen ist, und eine Fortsetzung des mit dem Jahre 1910 begonnenen Aufschwunges gebracht hat."

Und was wird zur Lage der preußischen Arbeiter gesagt?

„Leider ist die günstigere Lage der Industrie den Arbeitern nicht in dem wünschenswerten Umfange zugute gekommen. Wenn auch die Löhne durchweg eine steigende Tendenz zeigen, so würden die sich daraus ergebenden Vorteile doch fast überall durch die Teuerung der Lebensmittel, der Kohlen usw. aufgehoben, teilweise sogar mehr als aufgewogen"!!

Richtig, dreimal richtig, kann zu solcher Aeußerung nur gesagt werden. Es bleibt dabei nur eine kleine Frage zu beantworten: wie kommt die preußische Regierung zu solcher Ehrlichkeit? Eine Regierung, die im vergangenen Jahre alles getan hat, um die Lebensmittelteuerung zu beschönigen, sie doch zum mindesten um keinen Pfifferling zu mildern versucht hat, verdient, daß sie sich selbst ohrfeigt, was sie mit ihren oben zitierten Urteilen ja auch getan hat.

Es gibt allerdings auch noch eine andere Erklärung dieses wichtigen Geständnisses über die traurige Lage der Arbeiter. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß Bethmann Hollweg während der Feiertage auf Korfu den Artikel selbst geschrieben hat, unsere Kanzler wurden immer ehrlich, wenn sie gegangen waren oder kurz vor dem Gegangenwerden standen. Vielleicht ist auch diese lichte Minute des Kanzlerorgans ein Anzeichen für die baldige Abfahrt Bethmann Hollwegs. Auch unter diesem Gesichtspunkt wollen wir uns das ehrliche Bekenntnis über die bittere Lage der Arbeiter in Preußen gern merken.

Das „warme Arbeiterherz" der Konservativen.

Die Konservativen haben ein „warmes Arbeiterherz"! Wer es nicht glaubt, der lese die Beweise in der jüngsten Nummer der wissenschaftlichen Wochenschrift der Konservativen, den „Mitteilungen aus der konservativen Partei". Da steht's groß und breit in einem spaltenlangen Leitartikel.

Wir bringen der Kürze halber nur die Beweise des Artikels, sie lauten:

„Schon in den sechziger Jahren waren es konservative Männer, die . . .

„In einem Vortrage, den Hermann Wagener im Jahre 1864 hielt, führte er aus . . .

„Im norddeutschen Bundestage beantragte Wagener und seine Freunde im Jahre 1869 . . .

„Die „Kreuz-Zeitung" schrieb im Jahre 1869 . . .

„Schon eine programmatische Kundgebung vom Jahre 1856 brachte zum Ausdruck . . .

Mancher wird meinen, hier die Einleitung einer historischen Artikelserie appliziert zu bekommen; 1856, 1864, 1869, das ist ja alles schon ziemlich alter Tobak. Es gibt aber zu dem Artikel keine Fortsetzungen, weil ja die konservative Arbeiterfreundlichkeit seit den 60er Jahren keine Fortsetzung mehr gefunden hat!

Damals, in jenen schönen Zeiten, als die ersten Fabriken den Agrariern auf den Leib rückten, da waren sie arbeiterfreundlich, traten sie für Arbeiterschutz ein, weil sie so hofften, die revolutionierenden Schornsteine aus ihrer Umgebung wieder weg zu bekommen. Seitdem hat sich der Wind bei den Konservativen ach, so manches liebe Mal gedreht, aber nie mehr dorthin, wo die Arbeiter standen und Schutz und Rechte forderten.

Deswegen zehrt die wissenschaftliche Zeitschrift der Konservativen heute noch von den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts!

Unsere Royalisten.

Das „Paris-Journal" weiß aus Berlin zu berichten, daß Wilhelm II. ein Theaterstück angefertigt hat, das den Titel führt „Die Familie" und demnächst im königlichen Theater zu Potsdam zur Aufführung gelangen soll. Das Pariser Blatt bringt eine Inhaltsangabe der drei Akte des Stückes und einen Auszug aus einer Szene des dritten Aktes. Danach tritt das Stück für die Wahrung der väterlichen Autorität in der Familie ein und gibt nebenbei allerlei gute politische Lehren. Auch ein arbeiterfreundlicher Bergwerksdirektor erscheint auf der Bühne, der seinen Arbeitern die Hand drückt.

Daran ist nichts auszusetzen. Warum soll der Kaiser nicht auch, wie so mancher andere Sterbliche, in seinen Mußestunden Theaterstücke machen, und warum soll er ferner nicht das sentimental-sozialpolitische Genre bevorzugen. Jedem nach seinem Geschmack. Doch die „Rhein.-Westf. Ztg." ist über diese dichterischen Neigungen des Kaisers äußerst aufgebracht, wahrscheinlich weil sie als Leiborgan der Zechenbesitzer aus Erfahrung weiß, daß es derartige arbeiterfreundliche Bergwerksdirektoren gar nicht gibt. Spöttisch schreibt das Blatt:

„Wir können dem „Paris-Journal" noch verraten, daß dieser Bergwerksdirektor den „Sang an Aegir" in einer Vertonung von Leoncavallo singt und die heiligsten Güter der Völker Europas wahrt."

Ist das der vielgerühmte Respekt der Patrioten vor dem Monarchismus?

Zum Kampf im nationalliberalen Lager.

Die „Bassermänner" des Rheinlandes und Badens arbeiten mit Nachdruck, um ihrem „großen" Führer auf dem nationalliberalen Parteitage zum Siege zu verhelfen. Der Provinzialvorstand der nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz hielt am Sonnabend eine Sitzung ab, in der er sich mit dem Vertretertage der nationalliberalen Partei beschäftigte. Es wurde beschlossen, alle rheinischen Wahlkreise aufzufordern, zum Vertretertage Delegierte zu entsenden, und zwar solche Delegierte, die an der Führerschaft Bassermanns und an der von ihm geleiteten Politik festhalten, außerdem aber auch an der Geschlossenheit der Partei festhalten. Die beabsichtigte Satzungsänderung, die sich gegen die Jungliberalen richtet, soll in einer besonderen Vorstandssitzung besprochen werden.

Das schwarze Köln.

Unsere Parteigenossen in Wien haben kürzlich eine Umfrage in den großen deutschen Städten veranstaltet, um nachzuweisen, daß die Wiener Wählerlistenkorruption in der ganzen Welt einzig dasteht. Die Umfrage ergab, daß in 38 deutschen Städten mit 11 600 000 Einwohnern bei der jüngsten Reichstagswahl insgesamt 23 500 Beanstandungen der Wählerlisten zu verzeichnen wären, während in Wien mit seinen etwas mehr als zwei Millionen Einwohnern über 30 000 Reklamationen stattgegeben werden mußte. Unser Wiener Parteiorgan beschuldigt die Herren im Wiener Rathause, daß sie bewußt und planmäßig betrügerische Wahllisten aufgestellt haben. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht die ihr aus 38 deutschen Städten zugegangenen Auskünfte über die Zahl der Wahlberechtigten und der Beanstandungen der Wählerlisten im Wortlaut. Es sind sämtliche großen Städte vertreten, wie Berlin, Hamburg, Breslau, Leipzig, Dresden, München, Frankfurt, Bremen, Magdeburg, Hannover, Mainz, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Elberfeld, Barmen, Düsseldorf, Dortmund, Bochum, Solingen usw. usw. Die Auskünfte sind in mehr als dreiviertel der Fälle von den städtischen Behörden: Oberbürgermeister, Magistrat, statistisches Amt und dergleichen unterzeichnet; in einer kleinen Anzahl von Fällen machten die beauftragten Parteisekretariate die Aufzeichnungen an Ort und Stelle auf Grund des amtlichen Materials. In allen Fällen mit einer einzigen Ausnahme wurde die Auskunft erteilt; nur in Köln, der stolzen Metropole Westdeutschlands, wurde sie verweigert. Das vom Zentrum beherrschte Köln oder, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung" schreibt: „das schwarze Köln, wo das Zentrum, das würdige Ebenbild unserer christlich-sozialen Fälscher, am Ruder ist", hat die Angaben abgelehnt.

Auch in Köln sucht das Zentrum durch unlautere Mittel, insbesondere durch die skandalöse Ablehnung einer Wahlbezirkseinteilung (alle Wähler der riesengroßen Gemeinde, die ein Areal von 11 700 Hektar hat, müssen ins Zentrum der Altstadt zur Wahl!) seine Macht künstlich zu erhalten.

Die Politik des schwarzblauen Blocks in den Fortbildungsschulen.

Nicht nur in den Versammlungen der Junker und Klerikalen, sondern auch in den Fortbildungsschulen soll die schändliche Politik des schwarzblauen Blocks verherrlicht werden, und zwar zunächst in Ostpreußen. Dieser Tage fand in Königsberg der XII. ostpreußische Fortbildungsschultag statt, auf dem Fortbildungsschuldirektor Trinte-Königsberg über die Reichsversicherungsordnung im Fortbildungsschulunterricht einen Vortrag hielt.

Die Ausführungen des Redners gipfelten in folgenden Leitsätzen: 1. Die Reichsversicherungsordnung ist wegen ihrer Bedeutung für die Zukunft unserer Fortbildungsschuljugend ein wichtiges Unterrichtsgebiet in der Fortbildungsschule. 2. Sie ist nicht im Zusammenhang zu behandeln, sondern ihre einzelnen Zweige haben sich an passender Stelle in den Lehrplan einzureihen. 3. Die unterrichtliche Behandlung der Reichsversicherungsordnung muß neben den notwendigsten Belehrungen besonders die staatsbürgerliche Erziehung der Fortbildungsschuljugend zum Ziel haben. 4. Die mündlichen Erörterungen sind durch die Lektüre, schriftliche Arbeiten und Rechenaufgaben weiter zum Verständnis zu bringen.

Wer glaubt, daß es sich hier um bloße Gesetzeskunde handle, der irrt gewaltig. Der Redner ließ keinen Zweifel darüber, daß er die Jugend vor allem belehrt wissen will über die „Segnungen" der Reichsversicherungsordnung. Er erklärte, das Werk der Reichsversicherungsordnung bedeute eine nationale Großtat. Bei der Krankenversicherung könne z. B. das Verhältnis der Beitragsleistung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern behandelt werden. Auch die Unfallversicherung biete manche Gelegenheit zur staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend. Durch den Hinweis auf die erheblichen Opfer, die große Verantwortlichkeit und die mannigfachen sonstigen Unzuträglichkeiten, die gerade die Unfallversicherung im Gefolge

dabei müsse jede Gegensätzlichkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beseitigt werden. Bei der Alters- und Invalidenversicherung würde zu zeigen sein, wie die eingetretene Erhöhung der Beiträge durch die erhebliche Erweiterung der Versicherung begründet sei. Der Segen gerade dieser Versicherung und der neu hinzugetretenen Hinterbliebenenversicherung kann den jungen Leuten gar nicht nahe genug gelegt werden.

Bisher hat man sich mit dieser Aufgabe, den „Segen" der Reichsversicherungsordnung nachzuweisen, in den Versammlungen der Junker und Schwarzen beschäftigt. Nunmehr soll den reaktionären Herrschaften diese Arbeit abgenommen werden, und zwar von den Fortbildungsschulen. In diesen soll sogar jede Gegensätzlichkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern „beseitigt" werden. Man sieht, in welcher Weise man die Fortbildungsschule zu mißbrauchen gedenkt. Und nicht irgendein Junker oder Pfaffe, sondern der Direktor eines großstädtischen Fortbildungsschulwesens macht derartige Vorschläge. Zuerst spannt man die Fortbildungsschule in den Dienst der sogenannten „nationalen Jugendpflege" und nun geht man einen bedeutenden Schritt weiter und trägt ganz offen und ungeniert die Politik in die Schule.

Der Bürgermeisterstreit in Zittau.

Die städtischen Kollegien in Zittau haben beschlossen, bei der sächsischen Regierung Beschwerde zu erheben wegen der Nichtbestätigung des zum Oberbürgermeister gewählten Landtagsabgeordneten Dr. Roth. In der Begründung, die der Kreishauptmann den städtischen Kollegien zugehen ließ, wird behauptet, daß Dr. Roth nach seinem eigenen Geständnis wiederholt in öffentlichen Wirtshäusern hasardiert hat, sogar in Nächten zu Sonn- und Feiertagen; ferner, daß in einem Prozeß, den Dr. Roth wegen Beleidigung angestrengt hatte, die gegen ihn erhobene Beschuldigung, er habe falsch gespielt, nicht unbedingt zurückgewiesen wurde, sondern daß nur der Beweis nicht für voll erbracht erachtet sei, daß er absichtlich falsch gespielt habe. Daß Roth sich ferner einer unbefugten Eidesabnahme schuldig gemacht habe, stehe nach Schöffengerichtsurteil fest. Weiter habe er ein Strafmandat über 50 M. unberechtigt niedergeschlagen. — Aus allen diesen Gründen hält der Kreishauptmann den Dr. Roth nicht für charakterfest, taktvoll und zuverlässig genug, um die mit der Polizeigewalt verbundene Oberbürgermeisterstelle bekleiden zu können.

Die Fortschrittler wollen im sächsischen Landtag eine Interpellation in dieser Sache einbringen.

Die Presse und der Berichtigungszwang.

Als unser Magdeburger Parteiblatt, die „Volksstimme", Ende vorigen Jahres über den damals im Betriebe der Mühlenfirma Hildebrandt u. Co. ausgebrochenen Streik berichtete, gingen ihr von dieser Firma mehrere Berichtigungen zu, die sie nur teilweise veröffentlichte. Der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme", Genosse Emil Müller, wurde daher in einem Falle vom Schöffengericht zu 50 Mark Strafe verurteilt. Und das Landgericht Magdeburg bestätigte diese Strafe, obwohl der Angeklagte gute Gründe für die Ablehnung der Berichtigungen hatte, nämlich: daß zwei Berichtigungen gleichzeitig zu einer Notiz eingesandt wurden, daß das Berichtigte schon in einer anderen Berichtigung berichtigt worden war und daß in den Berichtigungen Dinge erörtert wurden, die in der berichtigten Notiz gar nicht erwähnt worden waren. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, die zwei Berichtigungen wären, wie es das Gesetz erfordert, eine Berichtigung gewesen, weil sie gleichzeitig eingegangen wären; sie hätten aufgenommen werden müssen, ganz gleich, ob das Berichtigte schon einmal berichtigt und auch nach der Berichtigung nicht wiederholt worden sei, und schließlich hätte Herr Hildebrandt zu einer eingehenden Darlegung der Verhältnisse in seinem Betriebe das Recht gehabt, weil durch eine kurze Wendung die „Volksstimme" diese Verhältnisse kritisiert habe. . . .

Es kommt aber noch besser! In einem zweiten Falle hatte Genosse Müller 3 Berichtigungen des Herrn H. und zweier seiner Angestellten abgelehnt, weil sie sich auf ein Inserat des Mühlenarbeiterverbandes bezogen, für das nicht Müller, sondern der Inseratenredakteur verantwortlich war. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß der berichtigte Artikel als Inserat aufgegeben und behandelt worden war. Infolgedessen sprach das Schöffengericht den Genossen Müller frei. Das Landgericht dachte aber anders. Es machte zwar dieselben Feststellungen durch Zeugenvernehmung wie das Schöffengericht, erkannte aber dessenungeachtet auf 75 M. Strafe, indem es meinte, es sei gleichgültig, ob der Artikel ein Inserat war oder nicht. Wenn Müller wirklich nicht verantwortlich war, hätte er die Pflicht gehabt, die Berichtigungen an die zuständige Stelle weiterzugeben.

Das Urteil eröffnet für die Presse angenehme Perspektiven; es wird aber hoffentlich vom Reichsgericht aufgehoben werden. Jeder mit dem Pressewesen halbwegs vertraute Mensch muß das Urteil als einen argen Fehlspruch bezeichnen.

Mißbrauch der Dienstgewalt in 111 Fällen.

Eine wahre Paschawirtschaft führte der Unteroffizier Spannagel von der 12. Kompagnie des Königin-Augusta-Garde-Grenadierregiments. Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt Untergebenen gegenüber in nicht weniger als einhundertundelf Fällen hatte sich Sp. gestern vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Der Angeklagte ist ein noch recht junger Vorgesetzter. Er wurde im vorigen September Unteroffizier, brachte es aber in der kurzen Zeit fertig, fast die halbe Kompagnie anzuborgen und die Mannschaften in anderer Weise für sich auszunutzen. Sp. liebte das Berliner Nachtleben und er verkehrte auch gern mit Frauenspersonen. Mit den letzteren besuchte er die Theater, Cafés und andere Nachtlokale. Natürlich brauchte er dazu Geld und dies verschaffte er sich von seinen Untergebenen. Kaum war er Unteroffizier geworden, so begann er eine förmliche Pumpwirtschaft. Er ließ sich Summen bis zu zwanzig Mark geben und „vergaß" dann das Rückzahlen. Auch auf andere Weise nutzte er das Vorgesetztenverhältnis zu seinem Vorteil aus. Täglich schickte er Rekruten fort, damit sie für ihn Einkäufe besorgten und das Geld dafür „auslegten". Einen Rekruten schickte er zwei Monate hindurch täglich zweimal nach der Kantine zum Einkaufen. Ferner ließ sich der Unteroffizier von den Untergebenen öfter Hemden, Handschuhe und andere Gegenstände geben, die er teilweise ebenfalls zurückzugeben vergaß. Ein einem Einjährigen gehöriges wertvolles Zweirad benutzte er so lange, bis es völlig untauglich geworden war, und eine andere einem Untergebenen gehörige Maschine, die er zum Armeegepäckmarsch benutzte, ließ er einfach bei fremden Leuten stehen.

Vor Gericht war Sp. in vollem Umfange geständig. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt.

Frankreich.

Tod des Kammerpräsidenten Brisson.

Paris, 15. April. Der Kammerpräsident Brisson, ein Vertreter des alten bürgerlichen Republikanismus, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Die französische Presse widmet ihm teils anerkennende, teils feindselige Nachrufe. Jaurès schreibt über ihn in der „Humanité" u. a.: Der Tod Brissons ist ein großer Verlust für die radikale Partei. Alles schwindet dahin, was einst den Radikalismus bildete, seine „Ideen und seine Männer".

Banditismus und Spitzeltum.

Brüssel, 14. April. (Von unserem Spezialkorrespondenten). Die Pariser Sicherheitspolizei hat in den letzten Wochen die ganze bürgerliche Presse in Bewegung gesetzt, um den Ruhm ihrer Findigkeit und ihres Spürgenies zu besingen, weil es ihr geglückt ist, neben einer Reihe von Komparsen oder gar naiven Düpierten des pseudo-anarchischen Banditentums ein paar von den Leuten festzunehmen, die an den Verbrechen direkt beteiligt zu sein scheinen. Sieht man aber die Dinge etwas genauer an, so wird man auf gewisse Zusammenhänge stoßen, die weit entfernt davon, die Leistung der Polizei zum Schutz der allgemeinen Sicherheit imponierender erscheinen zu lassen, im Gegenteil die Ueberzeugung wecken müssen, daß **die Wurzeln der Pariser Verbrechen im Boden der internationalen Polizeikorruption zu suchen sind.** Die großkapitalistische Presse spricht hartnäckig von „anarchistischen Verbrechen". Aber wir werden, auf Grund eigener Nachforschungen, zeigen, daß wenn die in Frankreich in der letzten Zeit verübten Mordtaten mit den ehrlichen Bekennern der anarchistischen Theorien nicht das geringste zu tun haben, doch ihre Urheber einem Milieu entstammen, wo der anarchistische Deckmantel nicht nur für gemeine Banditenakte, sondern auch für politische Spitzelei und Lockspitzelei diente. Sogar in die bürgerliche Publizistik beginnt etwas von der Wahrheit durchzusickern. Eine Brüsseler Meldung der offiziösen „Agence Havas" weist auf einen persönlichen Zusammenhang zwischen dem jüngsten Verbrechen und dem Fall Hartenstein, der Brüsseler Bombenaffäre von 1909 hin, in der ein Vertrauensmann des russischen Lockspitzels „Generals" Harting recte Landesen eine verdächtige Rolle gespielt hat. Dieselbe Meldung erwähnt auch, daß **Carouy als Anzeiger der Polizei** in einer Affäre in Südfrankreich — gemeint ist das „Attentat" auf Clemenceau in Nizza — gedient hat. Zu Carouys Kreis gehörte die gerade bei dieser Gelegenheit **als russischer Lockspitzel** entlarvte **Brüsseler Konservatoristin Metus.** Die Anzeige Carouys soll, wie die „Agence Havas" erklärt, falsch gewesen sein. Sie beweist jedenfalls, daß Carouy damals in Verbindung mit der französischen Polizei gestanden hat. Er hat aber, wie wir in den nächsten Tagen zeigen werden, **auch der Brüsseler in einem Teil als Informator gedient.** Vielleicht erklärt diese Vergangenheit ein wenig, warum Herr Guichard, der Chef der Pariser Sicherheitspolizei, vor einiger Zeit in bezug auf Carouy so merkwürdig schonungsvolle Ausführungen getan hat. Carouy hat augenscheinlich, nach dem üblichen Schema des Spitzeltums, nach beiden Seiten Geschäfte gemacht. Wenn das richtige Banditengewerbe ihm und anderen schließlich einträglicher erschien, ist ganz natürlich. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Anfänge des Pariser organisierten Räubertums auf den Brüsseler Kreis zurückgehen, wo zur Kompromittierung der russischen Flüchtlinge und zur Einschüchterung ihrer besitzenden Freunde „Expropriationen" in Szene gesetzt wurden. Es wird lehrreicher sein, die Sippschaft der Redaktion der Brüsseler „Revolte" zu betrachten, als die Wagenladungen des von den Kriminalreportern der Bourgeoispresse aufgehäuften Klatsches.

Türkei.

Die Wahlen.

Konstantinopel, 15. April. Bis jetzt sind 114 Deputierte definitiv gewählt, von denen 110 der Komitee-Partei und vier der Opposition angehören. Unter den Deputierten des Komitees befinden sich sieben Araber, vier Griechen, zwei Armenier, ein Bulgare, ein Serbe und ein Israelit.

Saloniki, 14. April. In der Umgebung von Loros im Wilajet Danin kam es aus Anlaß der Wahlagitation zu blutigen Vorfällen. Eine Frau wurde erschossen, fünf Männer schwer verwundet.

Serbien.

Die Wahlen.

Belgrad, 15. April. Nach den bisherigen Wahlberichten sind bisher gewählt worden: 78 Altradikale, 36 Jungradikale, 8 radikale Dissidenten, 32 Nationalisten und Fortschrittler, sowie 2 Sozialdemokraten. In zehn Wahlkreisen ist Stichwahl notwendig.

Marokko.

Die Kulturarbeit des französischen Protektorats.

Paris, 14. April. Aus Tanger wird gemeldet: General Ditte wird sich mit einer starken Truppenabteilung, die aus 13 Kompanien, einer Schwadron Kavallerie und einer Batterie Artillerie zusammensetzt, nach Tzitian begeben, um die Unruhen, die in der letzten Zeit in dieser Gegend ausgebrochen sind, niederzudrücken. Mohammed el Zalani, ein einflußreicher Marokkaner, fährt fort, eine lebhafte antifranzösische Agitation zu treiben. Er fordert alle Stämme auf, sich zu sammeln, um gemeinsam gegen die französischen Truppen ins Feld zu rücken. Die französischen Behörden sind fest entschlossen, eine Konzentrierung der Stämme zu verhindern, bevor es zur Revolte kommt.

Paris, 15. April. „Excelsior" will aus guter Quelle erfahren haben, daß zur Befestigung des französischen Protektorates in Marokko 40 000 Mann nach Marokko abgehen werden, die sich wie folgt verteilen: 34 Bataillone Infanterie, 16 Schwadronen Kavallerie, 14½ Batterien Artillerie, 2 Bataillone Geniecorps und 5 Kompagnien Train. Das Truppenkontingent wird zweifellos in eine algerisch-marokkanische und eine rein französische Abteilung zerfallen.

China.

Dr. Sunyatsen über die Fremden in China.

London, 15. April. Der Vertreter der „Central-News" in Shanghai hatte eine Unterredung mit dem Organisator der chinesischen Revolution, Dr. Sunyatsen. Der chinesische Staatsmann erklärte: Die leitenden Kreise Chinas seien entschlossen, dem Exterritorialsystem in China ein Ende zu bereiten. Die Fremden genössen jetzt in China mehr Freiheit als die Chinesen und selbst größere Freiheiten, als sie in ihrer eigenen Heimat hätten. **Eigene Gerichtsbarkeit und ebenso die Selbstverwaltung der europäischen Kolonien müßten aufhören.** Es sei klar, daß das chinesische Volk diese Einrichtung mit denselben Gefühlen betrachte und der chinesische Nationalstolz in gleichem Grade durch diese Institutionen gedemütigt werde, wie das englische Volk sich gegen den Gedanken einer Selbstverwaltung der chinesischen Kolonien in London oder Liverpool auflehnen würde.

Amerika.

Der Siegeszug der Volksgesetzgebung.

Der Gedanke der Gesetzgebung durch das Volk bricht sich infolge des wachsenden Mißtrauens der Wähler gegen die herrschenden Politikercliquen, wie es namentlich in der Verbindung mit der Forderung des Rechts der Rückberufung vertrauensunwürdiger Beamten zur Geltung kommt, immer rascher Bahn. Bisher sind Initiative, Referendum und Abberufungsrecht (auch der Richter, deren Abhängigkeit von den Kapitalsmächten immer deutlicher erkannt und bekämpft wird) eingeführt worden in den Staaten Maine (Neu-England, Osten), Missouri, Arkansas (Süden), Oklahoma, Texas, New-Mexico, Arizona (Südwesten), ferner fast sämtlichen des Westens und des fernsten Westens und Nordwestens: Ohio, Illinois, Michigan, Wisconsin, Nord- und Süd-Dakota, Nebraska, Montana, Wyoming, Colorado, Washington, Oregon, Idaho, California, Utah; zusammen 22, fast die Hälfte der 48 Unionsstaaten, darunter einige der wichtigsten und alle in den letzten Jahren als Staaten mit eigener Verfassung zugelassenen Gebiete.

Mexiko.

Eine Drohung der Vereinigten Staaten.

Washington, 15. April. Die Regierung teilte den Vereinigten Staaten von Mexiko mit, daß sie die mexikanische Regierung und das mexikanische Volk für jede böswillige oder rechtswidrige Handlung, durch die Leben, Eigentum oder Interessen von Amerikanern vernichtet, geschädigt oder in Gefahr gebracht würden, haftbar mache. Eine ähnliche Note wurde an den Führer der Aufständischen, General Orozco, geschickt.

New York, 15. April. Die amerikanische Note an die Vereinigten Staaten von Mexiko, die schärfste, die je an Mexiko gerichtet wurde, hebt hervor, daß die Fortdauer gesetzwidriger Handlungen zu Schwierigkeiten führen würde, die alle wahrhaften mexikanischen Patrioten ebenso zu vermeiden wünschen müßten wie Amerika.

Soziales.

Der Segen der Wohlfahrtseinrichtung.

Die Wollwarenfabrik Ad. Löw u. Sohn in Helenenthal bei Jglau figuriert sicher in den Verzeichnissen der sozial denkenden Fabriken, die über das nackte Geschäftsverhältnis hinaus um das Wohl ihrer Arbeiter besorgt sind, indem sie ihnen Fabrikwohnungen stellen. Daß dieselbe Firma überaus schlechte Löhne zahlt, wird dabei nicht erwähnt. Und daß sie ihren Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert, erscheint wohl eher als Ruhm, da der rechte Theoretiker des industriellen Patriarchalismus auch auf dem Standpunkt Friedrich Wilhelms IV. steht, der kein Blatt Papier zwischen sich und seinem geliebten Kinde Volk sehen wollte. Trotz all dieses Wohlwollens haben sich die Arbeiter der Firma Löw unterfangen, in einen Streik einzutreten. Die Antwort der Firma besteht in einem Erlaß, der selbst über das, was man sonst von Ausnutzung der Fabrikwohnungen hört, weit hinausgeht. Anderwärts wird öfter verlangt, daß die in den „Wohlfahrtseinrichtungen" wohnenden Kinder der Arbeiter zur Arbeit in der Fabrik gestellt werden, widrigenfalls sie die Wohnung verlassen müssen. Die Löw aber verlangen gar, daß die **auswärts arbeitenden Kinder** sofort nach Helenental **zurückkehren** und in der Fabrik arbeiten. Wenn nicht, wird den **Eltern Wohnung und Arbeit gekündigt.** Man ist also auf dem Wege des „freien Arbeitsvertrages" glücklich wieder bei dem Hofgesinde-Zwangsdienst der Arbeiterkinder aus der Zeit der Leibeigenschaft angelangt. Dabei ist die Firma stark an staatlichen Lieferungen beteiligt.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Aus der Frauenbewegung.

Uneheliche Mutterschaft und Beamtinnen.

Ueber die „Tabellen der Bevölkerungszustände im Jahre 1906", die das Statistische Amt der Reichshauptstadt herausgegeben, jammert die „Monatsschrift für innere Mission": „Mehr als ein Viertel aller Geburten, 10 008 von 39 474, waren unehelich. Von 1292 totgeborenen Kindern waren 481 unehelich. 33 Kinder und Hilflose wurden auf der Straße ausgesetzt. Von den unehelichen Müttern gehörte fast der dritte Teil den dienenden Ständen an. 3103 Dienstboten schließen sich 1068 ungelernte Arbeiterinnen an, 1202 Näherinnen und Schneiderinnen, 737 im Handelsgewerbe tätige Personen. Es folgen die Mädchen ohne Beruf mit 423, die Modistinnen mit 281, die Plätterinnen mit 220, die Aufwärterinnen mit 163 und die Kellnerinnen mit 85 unehelichen Müttern. Auch gebildete und vermögende Mädchen sind in der Schar. 52 Lehrerinnen und Gouvernanten, 27 Sängerinnen und Schauspielerinnen, 10 Sekretärinnen und 5 Beamtinnen, 4 Studentinnen und 4 Hausbesitzerinnen. Sieben uneheliche Mütter waren unter 15 Jahren, 30 waren fünfzehnjährig, 109 sechzehnjährig, 382 siebzehnjährig, 691 achtzehnjährig, 904 neunzehnjährig, 1040 hatten das zwanzigste Lebensjahr erreicht.

Die Zahl der Ehescheidungen betrug 1970. Eine geschiedene Frau war erst 16 Jahre alt. 19 waren noch unter 20 Jahre. 15 Ehen wurden im ersten, 78 im zweiten Jahre ihres Bestehens getrennt. Ein Paar ging nach 39jähriger Ehe auseinander. 907 der geschiedenen Ehen waren kinderlos, aber selbst Ehen mit 6 bis 10 Kindern wurden getrennt. Ein trübes Kapitel liegt den Ehescheidungen zugrunde. In 568 Fällen war Ehebruch des Mannes, in 328 Ehebruch der Frau zu verzeichnen und in 231 Fällen sind beide des Bruchs der ehelichen Treue überführt. Die Zahl der Selbstmörder belief sich auf 705, darunter 207 Frauen. 45 Menschenleben fielen Mördern und Totschlägern zum Opfer."

Das Alter der unehelichen Mütter gibt am meisten zu denken, man kann sie wohl ruhig bis zum zwanzigsten Lebensjahr als Verführte bezeichnen und gerade die große Summe der verführten Dienstmädchen redet eine erschütternde Sprache. Wenn auch natürlich hinzukommt, daß viele dieser unehelichen Mütter erst zu ihrer Entbindung nach Berlin gereist sind. Die unzähligen, fast täglich in den Spalten der Zeitungen angeführten Auffindungen von Leichen Neugeborener scheinen in dieser Statistik noch zu fehlen. Man könnte ja auch diese aufgefundenen Kinderleichen nicht immer mit vollster Sicherheit als unehelich geborene nachweisen.

Daß die erzwungene Ehelosigkeit der Beamtinnen auch eine große Rolle bei diesen unehelichen Mutterschaften spielt, ist klar, um so mehr, als es sich dabei meistens um junge Frauen im lebenskräftigsten Alter zwischen 20 und 30 Jahren handelt. Man ersieht das aus den nachfolgenden Mitteilungen über Frauen als Beamtinnen, die die „Monatsschrift für innere Mission" in demselben Aprilheft veröffentlicht, allerdings ohne diese Verhältnisse miteinander in Verbindung zu bringen, wie wir das hier tun und wie es jedem denkenden Menschen einleuchten müßte. Aber so sind die Leute. Hier, schaut her, das tut der Staat für die Frauen! Aber daß die Einrichtungen dieses selben Staates mit die Ursache, vielleicht die Hauptursache für diese Berliner Zustände sind, dazu reicht es bei den Blättern für innere Mission nicht. Das überläßt man der Sozialdemokratie. Denn zweifellos befinden sich unter den vielen dienenden Müttern viele wegen Heirat oder zu erwartender Mutterfreuden stellenlos gewordene Staatsbeamtinnen.

So sind in der preußischen Eisenbahnverwaltung gegenwärtig 800 etatsmäßige Stellen für Eisenbahngehilfinnen vorhanden. Daneben sind noch in weit größerer Zahl Eisenbahnanwärterinnen in diätarischem Beamtenverhältnis tätig. Die Bewerberinnen um diese Stellen müssen unverheiratet oder kinderlose Witwen sein, sollen das dreißigste Lebensjahr nicht überschritten haben. Verheiratung löst das Angestelltenverhältnis ohne weiteres.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Gewerkschaftliches.

Die objektivste Behörde gegen die Gewerkschaften.

Die Berliner Staatsanwaltschaft bemüht sich seit fast einem Jahre, einem Gewerkschaftsführer den Prozeß wegen Nötigung und Erpressung zu machen. Es handelt sich in diesem Falle um die sonderbare juristische Auslegung, daß Gewerkschaftsbeiträge für Gewerkschaftsmitglieder und -angestellte ein Vermögensvorteil und die durch irgendwelchen Zwang eingetretenen Beiträge daher einen rechtswidrigen Vermögensvorteil darstellen. Die staatsanwaltschaftlichen Bemühungen fußen auf ein Nachspiel zum Berliner Bäckerstreik vom Vorjahre. Der Syndikus der Bäckerinnung hat schon im Jahre 1907 die denkbar größten Anstrengungen gemacht, dem Angestellten des Bäckerverbandes, Hetzschold, wegen derselben Sache den Prozeß zu machen. Damals hat die Staatsanwaltschaft nach Klarstellung das Verfahren eingestellt, nachdem vorher von Hetzschold ein Untersuchungsrichter wegen Stellung von Suggestivfragen als befangen abgelehnt worden war.

Im Vorjahre nun ging der Strafantrag in trauter „Idealkonkurrenz" vom Vorsitzenden des christlichen Bäckerverbändchens, Schmitz-Düsseldorf, und vom gelben Bundespräsidenten, Wischnöwski, aus. Beiden sollten beim Streik angeblich durch Zwang Mitglieder durch den Bäckerverband abgenommen und diesen gegen ihren Willen Verbands- und Streikbeiträge abgepreßt worden sein. Das wunderbarste bei der Sache aber ist, daß die christlich-gelben Kämpen in der Klage ganz naiv erklären, daß zwar nicht Hetzschold diese Straftaten verübt habe, vielmehr seien diese den „großen Unbekannten" zur Last zu legen, aber — als Leiter der Bäckerorganisation sei Hetzschold für diese verantwortlich. — Wie konnte diese unmögliche Anklage auch nur angenommen werden? Das muß um so mehr verwundern, als dieselbe Staatsanwaltschaft bei viel berechtigteren Strafanträgen absolut abweisend war. Wir erinnern nur an den Strafantrag gegen den Obermeister Schmidt, dem erst durch Beschluß des Kammergerichts Folge gegeben wurde, obwohl Schmidt gegen den § 153 der Gewerbeordnung eklatant verstoßen hatte, indem er die die Forderungen bewilligenden Meister als Verräter, Ehrenwortbrecher usw. bezeichnete und ihnen mit Entziehung des Kredits des Kaufmanns und Sperrung der Hefelieferung — was denn auch mit Hilfe des Hefesyndikats eintrat — drohte. Schmidt ist dann zu drei Tagen — der Staatsanwalt hatte nur einen Tag beantragt — Gefängnis verurteilt, aber kurz darauf begnadigt worden.

Hetzschold hat trotzdem auf sein Recht der Zeugnisverweigerung verzichtet, hat sogar alle Beweismittel, die zur Klarstellung geeignet waren, herbeigeschafft, soweit das in seinen Kräften stand. Selbst dann noch, als dem Kriminalkommissar Kuhn die Sache übertragen wurde, und H. in dessen Akten ein Schriftstück des Innungssyndikus Loewe mit allen möglichen und unmöglichen unkontrollierbaren Behauptungen entdeckte, hat er bereitwilligst Auskunft gegeben. Zum Ueberfluß fand dann vor dem Untersuchungsrichter noch eine Konfrontation mit einer Zeugin statt, die ein für die Anklage negatives Resultat hatte. In dieser Zeit wurde Hetzschold mitgeteilt, daß innerhalb der Innungen und auch in einem anderen Innungsinstitut eifrig Material gesammelt werde, um den Verhaßten, durch die lahme, verfahrene Anklage doch noch zur Strecke zu bringen. Das ungeheuerlichste in dieser Staatsaktion ist aber jetzt in Nr. 3 der „Berliner Bäcker-Zwangsinnungs-Zeitung" zu lesen. Im Protokoll der Innungsvorstandssitzung steht folgender Satz:

> **„Der Staatsanwalt hat in Boykottangelegenheit um Material gegen Herrn Hetzschold. Seinem Gesuche soll nachgekommen werden."**

Zwangsinnung, Gelbe, Staatsanwalt und Christliche in eifrigem Bemühen gegen einen Führer der freien Gewerkschaften! Nun behaupte noch einer, daß unsere Staatsanwaltschaft nicht die objektivste Behörde der Welt sei.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Herrenmaßschneider

ist ja auf Grund der Verhandlungen in Jena im allgemeinen beendet. Es gibt hier in Berlin jedoch noch Geschäfte der Branche, die von der Tarifbewegung bis jetzt nicht erfaßt worden sind und die neuen Tarife nicht anerkannt haben. Die bei diesen Firmen tätigen Schneider hielten am Sonnabend in den Arminhallen eine Versammlung ab, um auch ihrerseits für die Durchführung der Tarife zu sorgen. Der Referent Faustmann führte aus, daß man sich diesmal nicht, wie vor fünf Jahren, damit begnügen werde, wenn die betreffenden Arbeitgeber mit den bei ihnen beschäftigten Schneidern privatim einen Tarif vereinbaren, sondern daß auch sie sich unterschriftlich dem Schneiderverband gegenüber verpflichten müssen, den für ihr Geschäft maßgebenden Tarif anzuerkennen und danach zu zahlen. Diese unterschriftliche Verpflichtung ist notwendig, um dem Tarif in jeder Hinsicht rechtliche Geltung zu verschaffen, und Tarifdurchbrechungen, wie sie während der flauen Geschäftszeit immer wieder vorkommen, zu verhindern. Wo die Anerkennung des Tarifs auf friedlichem Wege nicht zu erlangen ist, wird man selbstverständlich mit der Sperre vorgehen müssen. Es ist in diesem Frühjahr noch Zeit genug, die Sache zu erledigen, zumal die gute Konjunktur sich infolge der rauhen Witterung hinauszieht. Die Vorbedingung des Erfolges ist wie immer, daß die Schneider nun auch bei diesen Firmen auf dem Posten sind und als organisierte Arbeiter ihre Rechte geltend machen. — Die Diskussion zeigte deutlich, daß man fest entschlossen ist, im Sinne des Referats zu handeln. Es wurden sodann die nötigen Feststellungen gemacht, daß die Geschäfte, die seinerzeit als einzelne ihrem Tarifvertrag mit dem Schneiderverband abgeschlossen haben, auch fortdauernd zur Innehaltung dieses Tarifes verpflichtet sind; mit der Frage, ob für sie die mit dem Arbeitgeberverband getroffenen Abmachungen Geltung erhalten sollen, wird sich noch eine demnächst stattfindende Mitgliederversammlung zu befassen haben. Uebrigens ist der Unterschied zwischen diesen Sondertarifen und dem allgemeinen Tarifvertrag nur gering.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauarbeiter in der Provinz Brandenburg.

Die Maurer in Angermünde befinden sich im Streik. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 5 Pf. die Stunde und Abschluß eines Vertrages. Die Unternehmer waren im Wege der Verhandlung zu einem befriedigenden Entgegenkommen nicht zu bewegen.

In Königsberg (Neumark) ist es ebenfalls zum Streik gekommen. Der Stundenlohn für Maurer beträgt 36 Pf. Das ist natürlich viel zu wenig für Saisonarbeiter, besonders da in den letzten Jahren eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung nicht eingetreten ist und der Lohn schon im Jahre 1908 35 Pf. betrug. Es wird deshalb ein Stundenlohn von 42 Pf. gefordert, außerdem Zuschläge für Ueberlandarbeit, für Wasser-, Nacht- und Sonntagsarbeit und die üblichen Nebenforderungen. Die Unternehmer boten aber nur eine Lohnerhöhung um 1 Pf.

Durch Verhandlungen kam es in einer Anzahl Orte der Provinz Brandenburg zum Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen. In Arnswalde wurde ein einjähriger Vertrag mit 2 Pf. Lohnerhöhung abgeschlossen. In Krossen a. O. ein dreijähriger Vertrag, der für Maurer und Bauhilfsarbeiter je 4 Pf. Lohnerhöhung vorsieht. Desgleichen wurden bei dreijähriger Dauer den Maurern und Bauhilfsarbeitern in Mittenwalde i. Mark je 10 Pf. bewilligt, in Schollehne 8 Pf. und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, in Rhinow i. Mark 5 Pf. Lohnerhöhung, in Ziebingen 4 Pf. für Maurer und in Gassen ebenfalls 4 Pf. In Hennigsdorf i. Mark wurde ein zweijähriger Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Arbeitszeit von 9½ Stunden auf 9 Stunden verkürzt wird und für Maurer sowie Bauhilfsarbeiter 5 Pf. und für Träger und Rüster 10 Pf. Lohnerhöhung vorsieht. Einjährige Verträge kamen zustande in Neu-Ruppin für Bauhilfsarbeiter mit 2 Pf. Lohnerhöhung, in Plaue a. Havel für Maurer mit 3 Pf. und in Schwedt a. Oder mit 2 Pf. Lohnerhöhung.

Im Lohngebiet Küstrin verweigerten die Unternehmer des Landgebietes Gorgast Tucheband usw. beharrlich die Anerkennung des Küstriner Vertrages. Sie zahlten 10—12 Pf. unter dem Vertragslohn. Durch einen sechswöchentlichen Streik ist die Durchführung des Vertrages insoweit gelungen, als den Landunternehmern die Arbeit abgenommen wurde, die nun von Küstriner Unternehmern zu den Vertragsbedingungen ausgeführt wird.

In Vorahnung des angekündigten neuen Zuchthausgesetzes.

Unsere Rechtsprechung eilt dem neuen projektierten, verschärften Strafgesetz schon voraus. Sie entscheidet jetzt schon in Streikfällen so, wie die Scharfmacher es zukünftig von Gesetzes wegen haben möchten. Die Regierungsvorlage zur Neugestaltung des Strafgesetzes will das Streikpostenstehen verbieten und der Zentralverband der Industriellen verlangt in seiner Eingabe an den Reichskanzler und an den Reichstag in direkter Form eine Bestrafung des Streikpostenstehens. Dem Amtsgericht Sorau gebührt der Ruhm, im Sinne des angestrebten zukünftigen Zuchthausgesetzes bereits entschieden zu haben.

Bei der Sorauer Maschinenfabrik vorm. W. Heckel streiken die Arbeiter bereits in der 5. Woche. Alle Versuche der Firma, Arbeitswillige zu erhalten, sind durch die Tätigkeit der Streikposten vereitelt worden. Der Firma gelang es zwar, durch Inserate Arbeiter nach Sorau zu locken, jedoch haben die Arbeiter, nachdem sie durch die Streikenden aufgeklärt worden waren, bei der Firma keine Arbeit genommen. Daß die Streikposten ihre Tätigkeit in durchaus zuverlässiger, nicht strafbarer Weise ausübten, geht daraus hervor, daß die Polizei ihnen bisher noch keinerlei Schwierigkeiten gemacht hat. Wohl hat die Firma es mehrmals versucht, die Streikenden durch die Polizei fortbringen zu lassen, jedoch haben die Vernehmungen auf der Polizei wie auch die Beobachtungen der Polizeibeamten an der Streikstelle ergeben, daß Uebergriffe strafrechtlicher Art durch die Streikposten nicht begangen worden sind, weshalb die Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten fand. Nunmehr hat die bestreikte Firma es anders versucht. Sie stellte, vertreten durch die Rechtsanwälte Justizrat Neumann und Dr. Hoene einen Antrag an das Sorauer Amtsgericht auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung, in der allen Streikenden unter Androhung einer Haftstrafe das Streikpostenstehen verboten werden sollte. Das Amtsgericht Sorau ist diesem Antrage denn auch wirklich nachgekommen und hat gegen 15 Streikende auf Grund der §§ 940, 937 ff. und 92 der Z.-P.-O. im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet:

> „Den Antragsgegnern zu 1—15 wird verboten, auf den Zugängen zu dem Fabrikgrundstücke der Antragstellerin und auf dem Sorauer Bahnhofe, insbesondere zu mehreren vereinigt, arbeitswillige und unbeteiligte Leute von dem Betreten dieses Grundstücks, insbesondere durch Ansprachen, Beschimpfen und Nachrufen abzuhalten — und zwar bei einer Haftstrafe von einer Woche für jeden Fall der Zuwiderhandlung."

Der weitere Antrag der Firma, gegen die Sorauer Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes eine gleiche Verfügung zu erlassen, wurde vom Gericht abgelehnt. Die Kosten des Gerichtsbeschlusses wurden den fünfzehn Streikenden aufgebürdet.

Die unbeschränkte Freiheit in der Auslegung der Gesetze und in der Rechtsprechung, die sich Gerichte und Staatsanwälte in letzter Zeit gegen die Arbeiter und ihre Organisation zu eigen machen, nimmt nachgerade ungeheuerliche Formen an. Die Streikjustiz im Ruhrgebiet gibt täglich Beweise dafür. Das Vorgehen der Berliner Staatsanwaltschaft im Falle Hetzschold stellt sich dem würdig an die Seite, und der Beschluß des Sorauer Amtsgerichts setzt allem die Krone auf. Höhere Gerichtsentscheidungen, die sonst als Richtschnur gelten, existieren für diese Juristen anscheinend nicht. Der Entscheid des Reichsgerichts vom Jahre 1901, der das vom Lübecker Senat erlassene Verbot des Streikpostenstehens für ungültig erklärte, wird vom Sorauer Amtsgericht nicht beachtet. Die Metallarbeiter in Sorau werden wohl dasselbe tun müssen, was gegen die Verordnung des Lübecker Senats der Genosse Molkenbuhr damals tat, zum Ungehorsam gegen diese Entscheidung aufzufordern, um durch eine Entscheidung einer höheren Gerichtsinstanz dem Sorauer Amtsgericht die nötige Rechtsbelehrung zuteil werden zu lassen. Sie werden das Recht des Streikpostenstehens weiter ausüben.

Selbstverständlich ist gegen die angeordnete einstweilige Verfügung Widerspruch erhoben worden, außerdem wird gegen die Veranlasser bezw. gegen den Fiskus wegen des entstandenen Schadens, den die Streikenden durch die Verfügung erleiden, Klage auf Grund des § 945 Z.-P.-O. erhoben werden.

Der Fleischerverband im Jahre 1911.

Der Zentralverband der Fleischer hat im Jahre 1911 eine recht umfang- und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Es wurden 72 Lohnbewegungen in 39 Orten und 473 Betrieben mit 1122 Beschäftigten durchgeführt. Viele Meister lassen es sich nicht mehr zum Streik kommen, so daß in 37 Orten ohne Arbeitseinstellung für 450 Betriebe mit 860 Beschäftigten 173 Tarife abgeschlossen werden konnten. Von 13 Angriffsstreiks endeten erfolgreich fünf, teilweise erfolgreich einer und erfolglos sieben. Zwei Abwehrstreiks verliefen erfolglos. Arbeitszeitverkürzung wurde für 644 Personen 7070 Stunden pro Woche erreicht, Lohnerhöhung für 742 Personen 1466 M. pro Woche. Sonstige Verbesserungen wie: geregelte Arbeitszeit, Gewährung von Pausen, Bezahlung der Ueberstunden, Logis außer dem Hause und dafür Extrabezahlung, Ferien unter Fortbezahlung des Lohnes, Erstattung des Lohnes bei Krankheiten, militärischen Uebungen u. dergl., Beseitigung oder Einschränkung der Sonntagsarbeit resp. freie Sonntage u. a. m. wurden für 903 Beschäftigte erreicht.

Am Schlusse des Jahres zählte der Verband 395 Tarifverträge für 498 Betriebe, in diesen Betrieben wird mit wenigen Ausnahmen nur organisiertes Personal beschäftigt.

Die Gesamtkosten der Streiks und Lohnbewegungen betrugen 6438 M. Die Kassenbestände haben sich erheblich verbessert. Am Schlusse des Jahres 1910 betrug der Bestand der Hauptkasse 29 416 Mark. Einer Gesamteinnahme im Jahre 1911 von 69 763 M. steht eine Gesamtausgabe von 56 818 M. entgegen, so daß das Jahr 1911 mit einem Bestand in der Hauptkasse von 42 361 M. abschloß. Außerdem befanden sich noch in den Gau- und Ortskassen 1238 M. Hauptkassengelder. Die Ortskassen verfügten über 6720 M., so daß der Verband ein Gesamtvermögen in bar von 50 219 M. am Jahresschluß aufweisen konnte. Für Unterstützungen wurden 11 284 M. verausgabt, für Agitation 10 518 M.

Die Mitgliederzahl stieg von 3887 auf 5454. Die Fluktuation der Mitglieder ist leider überaus groß, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß der Kost- und Logiszwang im Gewerbe noch vorherrschend ist. Fast ausschließlich nur junge Leute werden von den Meistern beschäftigt. Auch im vorigen Jahre mußten wieder Hunderte von Fleischergesellen im Durchschnittsalter von 30 Jahren ihren erlernten Beruf aufgeben; sie sind den Fleischermeistern — zu alt.

Gelbe Fleischergesellenvereinigungen werden unter Assistenz und weitgehender Unterstützung der Fleischermeister in vielen Orten gegründet. Trotz aller Vieh- und Fleischteuerung lassen es sich die Fleischermeister zur Erhaltung dieser und der Unternehmerschutzverbände tausende Mark kosten, während gegen organisierte Gehilfen ein verwerflicher Terrorismus geübt wird. Trotz all dieser mühseligen Agitationsverhältnisse kam der Verband im Berichtsjahre in erfreulicher Weise vorwärts.

Streik der Droschkenchauffeure in Hannover.

Seit Sonnabend befinden sich sämtliche Fahrer der Adlerwerke, die den Kraftdroschkenverkehr in Hannover zu besorgen haben, wegen Lohnstreitigkeiten im Ausstand. Der starke Verkehr zu den gestrigen Pferderennen auf der großen Bult mußte durch die Taxameter bewältigt werden.

Maßregelungen städtischer Arbeiter in Görlitz.

Für die städtischen Betriebe von Görlitz bestehen Arbeiterausschüsse. Im Auftrage mehrerer Versammlungen hatten nun diese Arbeiterausschüsse an den Magistrat und an das Stadtverordnetenkollegium den Antrag auf eine tägliche Lohnzulage von 30 Pf. gerichtet. Darauf erhielt jeder der Unterzeichner den eigenartigen Bescheid, daß es der Magistrat absolut ablehnen müsse, auf diese Eingabe in irgendeiner Form einzugehen, da sie auf eine Weise zustande gekommen sei, die mit den bestehenden Bestimmungen in Widerspruch stehe. Es sei nicht den Tatsachen entsprechend, daß die Arbeiterausschüsse einen Antrag gestellt, sondern es sei lediglich Tatsache, daß 18 Arbeiter unter Führung und Beaufsichtigung des Verbandes der Staats- und Kommunalarbeiter (gemeint ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter) das Schreiben eingereicht hätten. Der Magistrat dulde aber keinerlei Einmischung von Organisationen.

Obgleich absolut kein Zweifel daran bestand, daß die 18 Unterzeichner der Eingabe die Mitglieder der Arbeiterausschüsse waren, bringt es der Magistrat doch fertig, zu erklären, es seien nicht die Arbeiterausschüsse!

Aber nicht genug damit, daß er diese Eingabe nicht anerkennt, hat er auch noch den stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeiterausschusses gemaßregelt, wegen „agitatorischer Betätigung bei der Lohnbewegung". Der Gemaßregelte war neun Jahre städtischer Arbeiter, der Magistrat hat ihm das beste Zeugnis ausstellen müssen — trotzdem Entlassung. Dieser Arbeiter war zugleich Vorsitzender der Filiale Görlitz des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Er hat das Verbrechen begangen, die Mitglieder der Arbeiterausschüsse, die sich doch auf alle Betriebe verteilen, zu Zusammenkünften einzuladen. Daß solche Zusammenkünfte der Arbeiterausschußmitglieder notwendig sind, das wird auch der Magistrat nicht bestreiten können. Wie wollten sonst die Ausschüsse ihre Tätigkeit ausüben. Am schlimmsten wird es aber den Arbeitern angekreidet, daß sie diese Eingabe von ihrer Organisation haben ausarbeiten lassen. Derselbe Magistrat, der in seiner Eigenschaft als Bergwerksbesitzer sich dem Unternehmerverband angeschlossen hat, um seine Interessen zu fördern, derselbe Magistrat, der bei dem Streik der Bergarbeiter im Jahre 1911 nach den Intentionen des Unternehmerverbandes gehandelt hat, dieser selbe Magistrat bestraft die Arbeiter, wenn sie zur Förderung ihrer Interessen sich ebenfalls ihrer Organisation bedienen. Das ist bezeichnend für die Arbeiterpolitik des freisinnigen Magistrates!

Die zweite Maßregelung betrifft ebenfalls ein Mitglied des Gemeindearbeiterverbandes, den Schriftführer der Filiale. Wegen angeblicher Beamtenbeleidigung wurde dieser nach zweijähriger Dienstzeit sofort entlassen. Und worin bestand die fürchterliche Beleidigung, die nur mit Brotlosmachung gesühnt werden kann? Nun der Arbeiter hatte mit seinem Vorarbeiter eine kleine Differenz und sagte ihm hierbei: „Wenn Du das nicht weißt, dann tut es mir leid." Eine ganz harmlose Aeußerung, wegen der sonst kein Hahn gekräht hätte. Aber der Arbeiter war im vorigen Jahr als Mitglied einer Kommission mit beim Oberbürgermeister gewesen und hatte hierbei dem Herrn manch bittere Wahrheit gesagt. Er war auch sonst ein tätiges Mitglied seiner Organisation. Die obige harmlose Aeußerung kann unmöglich als ausreichender Grund für eine Entlassung angesehen werden; aber sie bot die Möglichkeit, den „Hetzer" loszuwerden.

Die Arbeitervertreter im Stadtverordnetenkollegium werden dem Magistrat bei geeigneter Zeit das Nötige über diese Vorkommnisse mit aller Deutlichkeit sagen.

Ausland.

Aussperrung der Bäckergehilfen in Budapest.

Mit Rücksicht auf die fortdauernden Streiks und Boykotts der Gehilfen haben die Bäckermeister beschlossen, sämtliche Gehilfen auszusperren. Sie werden nur Milchbrot und das allernötigste Hausgebäck herstellen.

Letzte Nachrichten.

Die dritte Homerule-Bill.

London, 15. April. (W. T. B.) Generalpostmeister Samuel verteidigte darauf die Bill in ihren Einzelheiten. Er leugnete, daß sie eine Politik der Auflösung darstelle. Er wies darauf hin, daß bei den Nationen die Tendenz bestehe, den Staaten die Selbstverwaltung zu verleihen, wenn die Umstände es erlaubten und erwähnte in diesem Zusammenhang die elsaß-lothringische Verfassung. Die Erfahrung der letzten 150 Jahre bewiese, daß gerade **die Versagung und nicht die Gewährung der Autonomie zu separatistischen Bestrebungen geführt habe.** Die Autonomie der Kolonien sei wesentlich für die Einheit des britischen Reiches.

Die finanziellen Bestimmungen der Bill hätten den Zweck, eine Störung der Finanzen des einen Landes durch einen Wechsel in den Finanzen des anderen Landes zu verhindern. Es sei unausführbar, dem irischen Parlament das volle und unbeschränkte Bestimmungsrecht über die Zölle zu geben, da dies mit den Befugnissen der anderen Teile des Reiches und der allgemeinen Politik der Regierung unvereinbar sei. Die Regierung betrachte den der Bill zugrunde liegenden Gedanken als vernünftig, durchführbar und gerecht. (Beifall bei den Ministeriellen.) (Siehe auch den Artikel unter gleicher Ueberschrift.)

Lieber tot als dienen.

Athen, 15. April. (P.-C.) Wie hiesige Blätter melden, desertierten auf dem österreichischen Panzerkreuzer „Kaiserin und Königin Maria Theresia" im Hafen von Piräus fünf Matrosen. Drei von ihnen wurden gestern festgenommen. Als man zur Verhaftung der andern beiden schreiten wollte, machten sie einen Selbstmordversuch durch Erschießen. Sie wurden schwerverletzt ins Hospital übergeführt.

Zum Unfall der „Titanic".

Halifax, 15. April. (W. T. B.) Die hiesige Marinebehörde hat nachmittags 4 Uhr die drahtlose Nachricht erhalten, die „Titanic" drohe zu sinken; die die „Titanic" schleppenden Dampfer versuchten, sie in seichtes Wasser bei Cape Race zu bringen. (Vergl. „Aus aller Welt".)

Benzinexplosion in einem Eisenbahnwagen.

Temesvar, 15. April. (P.-C.) Auf der Lokalbahn Oraliczа-Resicza explodierte in einem Wagen dritter Klasse eine von einem Temesvarer Kaufmann mitgeführte Benzinflasche. **4 Reisende wurden schwer, 9 leicht verletzt.**

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Vom Reichskaligesetz.

Der Jahresbericht der Kaliwerke Aschersleben über das Geschäftsjahr 1911 mit den darin enthaltenen ausführlichen Mitteilungen über den Beitritt der Kaliwerke Aschersleben und Sollstedt zum Kalisyndikat enthält wie im Vorjahre eine Kritik des Reichskaligesetzes. Bekanntlich sollte das Kaligesetz vom 25. Mai 1910 den Zweck haben, zur Aufrechterhaltung der Preise die Ueberproduktion von Kali und die übermäßigen Neugründungen und Kapitalinvestierungen in der Kaliindustrie zu verhindern. Da nur in Deutschland sich abbaufähige Kalisalze finden und die Bedeutung dieses Düngemittels für die landwirtschaftliche Produktion aller Länder immer mehr wächst, besteht bereits seit 1879 ein Kalisyndikat zur Ausnutzung dieses natürlichen Monopols. Dem ersten Syndikat gehörten die beiden fiskalischen Werke Preußens und Anhalts und zwei Privatbetriebe an. Bei zunehmendem Abbau von Kalisalzen stiegen die Kalibergbaubetriebe und die Zahl der Syndikatsmitglieder ständig. Das Syndikat, dem 1886 erst sieben, 1909 aber 52 Mitglieder angehörten, hielt stets auf hohe Preise. Diese und die daraus folgende günstige Rentabilität der Werke führten natürlich fortdauernd zu Neugründungen, die durch die bergrechtlichen Verhältnisse jener Zeit sehr erleichtert waren. Da der Absatz ein beschränkter war, fiel mit der zunehmenden Zahl der Werke entsprechend der Absatz. Vom Jahre 1900 bis 1908 sank der Absatz eines Werkes von durchschnittlich 220 400 auf 118 375 Doppelzentner. Gesetzgeberische Maßnahmen Preußens (1898 Vorbehalt der noch nicht verliehenen Lager für den Fiskus, 1905 Lex Gamp, die die Mutungstätigkeit steigerte) förderten die Neuanlagen noch erheblich, so daß 1900 bis 1909 die Zahl der förderfähigen Werke von 15 auf über 50 stieg. Bei den Erneuerungsverhandlungen im Juni 1909 kam infolge hoher Quotenforderungen eine Einigung der kartellierten Werke nicht zustande, trotzdem die preußische Bergwerksverwaltung durch die Drohung des Austritts auf einen neuen Abschluß zu dringen suchte. Sofort nach Scheiterung der Verhandlungen verließen die Vertreter von Aschersleben-Sollstedt den Saal und schlossen mit dem amerikanischen Nordtrust (einer großen Düngergesellschaft) einen Lieferungsvertrag für zwei Jahre ab. Diese Werke ermäßigten den Amerikanern gegenüber die Preise um die Hälfte bis zu zwei Dritteln. Sie und das dem amerikanischen Südtrust gehörige Werk „Einigkeit" brachten dadurch fast den gesamten Absatz nach Amerika an sich. Das galt den Interessenten natürlich als Vergeudung nationalen Vermögens; und da Preußen als großer Kalilagerbesitzer ebenfalls an dem Hochhalten der Preise interessiert war, befürwortete es im Bundesrat einen Gesetzentwurf, nach dem ein Zwangssyndikat gebildet, die Neugründung von Werken für zwanzig Jahre verboten und die Aufhebung der Lieferungsverträge mit den Amerikanern ausgesprochen werden sollte. Statt deren brachte der Bundesrat im Reichstag aber ein Gesetz ein, das ebenfalls ein Zwangssyndikat festsetzen wollte, aber Neugründungen freiließ. Der Reichstag führte statt des Zwangssyndikats die Zwangskontingentierung ein. Durch eine amtliche Kaliverteilungsstelle wird alljährlich die Gesamtmenge und die Verteilung der Gesamtbeteiligung für den In- und Auslandsabsatz sowie an die einzelnen Werke festgelegt. Die Beteiligungsziffer der Werke richtet sich nach Beschaffenheit der Kalilager und der Leistungsfähigkeit der Betriebseinrichtungen. Jedes neue Kaliwerk erhält erst nach zwei Jahren eine Beteiligung, deren Höhe sich vom 3. bis 5. Jahre aber wieder erniedrigt. Uebertragungen (allerdings nicht über 50 Proz.) und Austausche von Beteiligungen sind erlaubt. Ueberschreitungen der Beteiligung bis zu 10 Prozent sind gestattet, ziehen aber eine Sonderabgabe an das Reich oder entsprechenden Abzug von der Beteiligung im nächsten Jahre nach sich. Zur Deckung der Kosten für die Verteilungsstelle und als Propagandagelder für den Kaliabsatz erhebt die Reichskasse für jeden Doppelzentner eine Abgabe von 60 Pfennig. Diese Propagandagelder und ihre Verteilung an politische Vereine sollen zur Vermeidung der bekannten Skandale künftig von uninteressierten Männern verwaltet werden. Damit der Rückgang der Quoten durch Hinzukommen neuer Werke nicht durch Erniedrigung der Arbeiterlöhne ausgeglichen würde, dürfen nach dem Gesetz die Löhne und Gehälter nicht unter dem Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1909 stehen, noch eine Verschlechterung der sonstigen Arbeitsbedingungen in jenen Jahren eintreten. Allerdings haben diese Bestimmungen, ganz abgesehen davon, daß die zunehmende Erhöhung der Lebensmittelpreise doch eine tatsächliche Lohnsenkung hervorruft, nicht zu einem wirklichen Schutz der Arbeiter geführt, da die Unternehmer die Verhältnisse von 1907 bis 1909 als sehr schlecht hinzustellen suchen, um sich vor den gesetzlichen Anforderungen zu drücken.

Von den beabsichtigten Wirkungen des Gesetzes ist nur die eine unzweifelhaft eingetreten: die Hochhaltung der Preise. Die nicht syndizierten Werke Aschersleben und Sollstedt lieferten den Amerikanern Kainit für 89 M. pro Wagen; der Inlandspreis stellt sich aber auf 136 M., also um 47 M. höher. 40prozentige Düngersalze erhielten die Amerikaner um 150 M. billiger und für Chlorkalium stellt sich der Preisunterschied zuungunsten des inländischen Verbrauchs gar auf 646 M. (1366 M. statt 720 M.). Mit der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen steht es also zuweilen bei den Konservativen und dem Zentrum recht schwach aus.

Ganz und gar nicht ist die zweite mit dem Kaligesetz verfolgte Absicht erreicht: die Vermeidung der Ueberproduktion. Gerade die „Kölnische Volkszeitung" veröffentlichte in diesen Tagen „eine von sachverständiger Seite ausgearbeitete Denkschrift" über das „gänzliche Versagen" des Gesetzes in dieser Hinsicht. Die durch das Syndikat hochgehaltenen Preise reizen eben dauernd zu Neuanlagen.

Das Werk Aschersleben äußert sich über die ungünstigen Wirkungen:

„Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Absatz des Jahres 1911 um rund 800 000 Doppelzentner reines Kali gegen 1910 gestiegen ist und man auch für die Zukunft mit einer weiteren Absatzsteigerung rechnet, so würden doch auf absehbare Zeit zirka 10 leistungsfähige Doppelwerke, also zirka 30 Schachtanlagen, leicht genügen, um den gesamten Kalibedarf der Welt zu decken. Anstatt dessen besitzen wir heute mehr als das Dreifache an Schächten in der Kaliindustrie, für deren Anlage über eine Milliarde Mark aufgewendet sein dürfte, während derselbe Erfolg mit einem Aufwande von vielleicht der Hälfte dieser Summe hätte erreicht werden können. Die Millionen, die jetzt unnötigerweise für neue Schachtanlagen verausgabt werden, könnten anderen, wirtschaftlich wichtigen Aufgaben zugeführt werden; eine sehr bedeutende Anzahl von Schächten wird, nachdem sie abgeteuft und die nötigen Aufschlußarbeiten geleistet sind, vielleicht nie in Betrieb genommen bezw. in ihrer vollen Leistungsfähigkeit betrieben werden. So sind wir selbst, wie wir bereits im Vorjahre erwähnt haben, gezwungen, neue Schächte niederzubringen, nur um unsere Förderungsansprüche aufrechtzuerhalten. Von den in langen Jahren angesammelten Ersparnissen werden wir für die zunächst zu bauenden neuen Schachtanlagen etwa 4 000 000 M. verwenden müssen, obgleich wir während der Kampfzeit 1910 und 1911 gezeigt haben, daß wir mit den vorhandenen Anlagen ein Vielfaches unserer gegenwärtigen Förderung leisten können. Das gleiche wird bei dem uns befreundeten Sollstedt der Fall sein . . .

Andere Werke haben bei diesem Kampf um die Quote zu Kapitalserhöhungen und Ausgabe von Obligationen schreiten müssen. Dabei muß die Art und Weise, wie zum Teil die Mittel zur Ausgestaltung dieser neuen Unternehmungen — vorwiegend in Form von Obligationen — beschafft werden, zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß geben. Und diese Vergeudung von Nationalvermögen geschieht in einer Zeit, da führende Stellen im deutschen Wirtschaftsleben Maßregeln zur Einschränkung des Kredits erwägen und vor Ueberspannung der wirtschaftlichen Betätigung warnen, weil die Kapitalbildung in Deutschland nicht gleichen Schritt mit dem Kapitalaufwand hält."

Dieses allgemeine Urteil kann die „Kölnische Volkszeitung" durch genauere Angaben belegen. Die Zahl der Werke ist seit Verabschiedung des Gesetzes bis heute von 68 auf 80, die Zahl der Schächte von 76 auf 97 gestiegen. Daneben befinden sich 105 neue Schächte im Bau, so daß ihre Zahl im Jahre 1916 mindestens 200 betragen wird. Erst im Jahre 1920 werden alle diese Schächte mit voller Quote beteiligt sein. Der Anteil jedes Schachtes an der Beteiligung wird von 1912 bis 1919 von durchschnittlich 11,1 Tausendstel auf weniger als die Hälfte (5,1 Tausendstel) gefallen sein. Mit dieser Vermehrung der Kalischächte hält derjenige des Absatzes nicht Schritt. Bei einer jährlichen Steigerung des Absatzes um 700 000 Doppelzentner würden im Jahre 1920 15,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 275,4 Millionen Mark abgesetzt werden können (1911 betrug der Absatz 9 Millionen Doppelzentner reines Kali). Die auf jeden Schacht durchschnittlich entfallende Jahresquote würde dem Verkaufswert nach in der gleichen Zeit von 2 Millionen Mark auf 1,377 Millionen Mark fallen. Nimmt der Absatz nicht um volle 700 000 Doppelzentner zu — das Reichsamt des Innern nennt eine Steigerung von nur 450 000 Doppelzentnern als wahrscheinlich —, so fiele der Quotenwert des Schachtes natürlich noch erheblicher.

Während sonst Syndikatsbildungen die Konzentration in der Industrie beschleunigen, zeigt sich hier, ähnlich wie beim Spirituskartell, infolge der durch das Gesetz geschaffenen Bedingungen eine künstliche Vermehrung der Betriebszahl. Trotz tatsächlicher Ueberproduktion in der Gesamtindustrie können die einzelnen Werke nicht einmal ihre volle Leistungsfähigkeit ausnutzen. Das heutige Kaligesetz bildet daher ein schädigendes Hemmnis für den Betriebsfortschritt. Fallen seine Bestimmungen, so könnte mit weniger Kapital- und Arbeitsaufwand erheblich mehr als heute produziert werden. Das bloße Profitinteresse ist heute dagegen ausschlaggebend.

Wohl scheint eine Zusammenlegung von Betrieben in gewissem Grade sich anzubahnen. Aber ihre Bedeutung wird durch Neugründungen immer wieder aufgehoben. Gegenüber diesen Verhältnissen ist die Forderung eines Reichskalimonopols dringender als je. Ein solches Monopol dürfte in keiner Form Profitinteressen dienen. Es hätte dem Wunsch der Landwirtschaft nach billigen Düngersalzpreisen zu dienen und die Privatbetriebe in den Staatsbesitz überzuführen. Mit einem bloßen Handelsmonopol, das die Einnahmen der privaten Grundbesitzer garantiert, ist natürlich nichts gebessert.

Die Bergarbeiterbewegung.

Die Handelskammern im Dienste der Bergherren.

Der gewaltige Einfluß, den die Zechenherren auch in den Handelskammern haben, ist im allgemeinen bekannt. Wie sie diesen Einfluß aber in dem großen Bergarbeiterstreik für ihre Interessen auszunützen verstanden, dafür ist eine Eingabe der Bochumer Handelskammer an den Handelsminister ein charakteristischer Beweis.

Vorweg sei bemerkt, daß zu den Mitgliedern der „Vollversammlung" genannter Handelskammer Leute gehören, wie Kommerzienrat Fr. Baare, Bergrat Lindner usw.; daß auch der Syndikus Dr. Wiebe einer der ersten Scharfmacher ist (er war auch einer der ersten, die aus der nationalliberalen Partei austraten, als die nationalliberale Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl für Scheidemann gestimmt hatte).

In der Vollversammlung der Bochumer Handelskammer vom 18. März, also einen Tag vor der Revierkonferenz, in der der Streik abgebrochen wurde, beschäftigten die anwesenden 15 Herren, darunter die obengenannten, sich auch mit dem Bergarbeiterstreik. Das Resultat war die eingangs erwähnte Eingabe an den Handelsminister. Die Eingabe ist so charakteristisch für das Herrenmenschentum der Grubengewaltigen, für die Rücksichtslosigkeit, mit der sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Institutionen im Interesse ihrer Sache in Bewegung setzen, für die Kühnheit, die sie sich dabei gegenüber der Wahrheit leisten, daß wir glauben, den wesentlichsten Teil der sehr umfangreichen Eingabe, die in dem soeben erschienenen 3. Heft der „Mitteilungen der Handelskammer" abgedruckt ist, wiedergeben zu sollen:

> . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ursache des Bergarbeiterausstandes, der von einem der Redner als der frivolste aller im hiesigen Bezirk bisher stattgefundenen Ausstände bezeichnet wurde, nicht auf wirtschaftlichem Gebiete liegt. . . . Es galt, dem christlichen Gewerkverein, welcher der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl durch sein Eintreten für die bürgerlichen Kandidaten schweren Schaden zugefügt hatte, einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Der Zusammenhang zwischen dem Ausstand und den Vorgängen bei der letzten Reichstagswahl ist unverkennbar. . . . In richtiger Erkenntnis der wahren Ursachen des Ausstandes sieht die öffentliche Meinung des hiesigen Bezirks durchaus nicht auf seiten der Ausständigen. . . . Wenn der Reichstagsabgeordnete Sachse in der am vergangenen Sonntag abgehaltenen Streikversammlung behauptet hat, daß Hunderte und Tausende von Geschäftsleuten erbittert über das rigorose und provokatorische Vorgehen einzelner Sicherheitsorgane, den Verbänden Unterstützung angeboten hätten, so soll nicht bestritten werden, daß aus diesen Kreisen Beiträge geleistet worden sind; daß sie aber, von Ausnahmen abgesehen, freiwillig gegeben sein sollen, ist nicht wahrscheinlich. . . . Hier macht

Kleines Feuilleton.

Wie wird man Millionär? In Wien starb dieser Tage ein Herr Spitzberger, der früher Hauptkassierer einer Dampfmühle war. Er hinterließ 2½ Millionen Kronen zur Errichtung eines Kinderkrankenhauses. Diese löbliche Tat wird nun durch Veröffentlichung ausführlicher Spitzberger-Biographien in der österreichischen bürgerlichen Presse geehrt. Da liest man nun — das ist kein Scherz! — daß Josef Spitzberger, obwohl er einer wohlhabenden Familie entstammte, sich schon seit seiner Kindheit jeden Genuß versagt habe. „Im Alter von sieben Jahren begann er zu sparen und legte als Kind schon den Grund zu seinem Millionenvermögen. Er verschmähte im Elternhause den Zucker zum Kaffee und ließ sich von den Eltern, die seinen Kaffee heimlich doch versüßten, dafür drei Kreuzer wöchentlich in die Sparbüchse legen." Auf solche Kindheit mußte folgerichtig ein herrliches Hamsterleben folgen: Spitzberger bewohnte jahrelang ein dunkles Hofkabinett ohne Ofen, ging in die Museen, weil es dort warm war, aber auch wegen der Kunst, die er liebte. Um Beleuchtung zu sparen, ging er mit Sonnenuntergang schlafen. Er nährte sich von Brot und Tee, den er einmal monatlich in seiner zerbrochenen Teekanne erneute. Und als eifriger Zeitungsleser stand er täglich vor den Anschlagbrettern der Stadtexpeditionen der Zeitungen und las — gratis. Allerdings, diese kuriose Sparerei des neuen Harpagon wird verklärt durch seine stets ausgesprochene Absicht, für einen großen Zweck zu sparen. Als Muster für die Erziehung wird man also in der kapitalistischen Gesellschaft den Josef Spitzberger nicht angreifen, der als Schulbub seine Eltern überwacht, ob sie nicht seinen Kaffee zuckern und der sie „im Betretungsfalle" Strafe in die Sparkasse zahlen läßt. Ja, wenn er mit seinem Pfunde redlich gewuchert, womöglich Aktien gekauft und Fideikommisse angelegt hätte.

Theater.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus wollte man dem Publikum auch einmal „spanisch" kommen. „Ewald Cranz" hat also eine „Dichtung" in vier Aufzügen: Ernesto Alcanes geschrieben. Ort der Handlung: Spanien. Zeit: „Gegenwart und Zukunft". In den ersten zwei Akten werden politische Vorgänge aus Spaniens jüngster Vergangenheit behandelt. Der Fall: Ferrer! Nur daß der verlagsbuchhändlerische Held dieser Tragödie „Ernesto Alcanes" heißt und nicht erschossen wird. Allerdings sehen wir ihn schon niederknien auf dem Festungswalle, um die tödliche Flintensalve der Soldaten zu empfangen. Aber da geschieht ein Wunder. Gott, der sehr wohl weiß, daß mit der Füsilierung des Titelhelden der Autor um die nächsten zwei Aufzüge gekommen wäre, läßt in jenem kritischen Moment hinter den Kulissen ein furchtbares Erdbeben los — weßmaßen die Zuschauer schon im nächsten Aufzuge den Alcanes mit anderen Sträflingen tief unter der Erde in einem Bergwerk wiedersehen, allwo er jetzt bereits seit 40 Jahren schmachtet. . . . Während dieser beträchtlichen Zeitspanne hat sich freilich in Spanien nichts geändert. Die Pfaffen herrschen nach wie vor. Infolge ihrer systematischen Volksverdummung ist es sogar zu Bombenanschlägen gegen den König gekommen; und der Verfasser benutzt denn auch die Gelegenheit, uns einen solchen Verführten in der Gestalt eines jungen Grubenfräuleins vorzuführen. Trotzdem geht im königstreuen Spanierlande jetzt doch ein neuer Geist um, den Ferrer-Alcanes vor vier Dezennien gesät hat. In weit über 100 Schulen wird nach Alcanes Muster eine neue Religion gelehrt: die Religion der Menschlichkeit und Liebe. Dies neue Heiltum hat selbst auf den König abgefärbt, so daß er sich bewogen fühlt, Alcanes nebst allen anderen Märtyrern zu begnadigen. Oben, in einer selbstverständlich von Priestern geleiteten Klosterschule, stirbt Alcanes gottergeben und beglückt unter Orgelton und Kirchengesängen.

Rudolf Lettinger (Alcanes), Käthe Wittenberg (Elisabeth) gaben Vorzügliches und Alwin Neuß glänzte als Meister der Regiekunst. e. k.

Deutsches Theater: „George Dandin" von Molière, deutsch von Vollmoeller. Nicht künstlerisches wohl aber biographisch-geschichtliches Interesse heftet sich an diese Arbeit Molières. Er schrieb sie auf Bestellung Ludwigs XIV. für eines jener rauschenden Hoffeste, in denen sich des Sonnenkönigs pomphafte Verschwendungssucht gefiel. Am Rande eines kunstvoll hergestellten Teiches zwischen Springbrunnen und Kaskaden vor einem Parkett von Günstlingen und Adeligen ging das Stück, dem Zeitgeschmack entsprechend mit Balletts und Umzügen, in Szene — ein Vorspiel für die noch stärkeren Sensationen des abendlichen Feuerwerks. Das Milieu, in dem die Komödie erschien, und daß die feine Gesellschaft sich am Schicksale des armen Dandin fröhlich amüsierte, ohne etwas von dem blutigem Ernste, der hinter dieser Maskerade steckte, herauszuhören, ist charakteristisch für das Ancien régime. Der Bauer, der für den Adel die Geistlichkeit, den Königfronden mußte, dessen breiten Rücken den Mummenschanz der müßigen oberen Zehntausend trug, galt als geduldiges Lasttier, das doch nimmermehr auf den Gedanken kommen konnte, den Schwarm der Peiniger von sich abzuschütteln. Ein ungefährliches Geschöpf, dessen plumpe Dumpfheit, wenn es nicht gerade seiner nützlichen Beschäftigung des Frondens oblag, nur Gegenstand des Spottes sein konnte.

Molière, der in seiner unglücklichen Schauspielerehe alle Qualen ohnmächtiger Eifersucht, die Schadenfreude hochgeborener begünstigter Rivalen auskostete, hat seine eigenen Schmerzen Georg Dandin, dem wohlhäbigen mit einem adligen Fräulein vermählten Bauer, in den Mund gelegt. Und darüber hinaus wird das Los Dandins, den seine blaublütige Ehehälfte und deren Sippe höhnisch prellt, zu einem Sinnbild für die allgemein von einem hochmütigen Parasitenadel am Volke geübte Prellerei, die Verworfenheit, die seelisch-intellektuelle Oede der aristokratischen Herrschaften, die sich auf Dandins Kosten amüsieren, in so grellen Farben ausgemalt, die Klagen des Betrogenen, dessen gesunder Menschenverstand gegen eine Welt von lächerlich absurden Konventionen vergebens anrennt, klingen so überzeugend, daß die Komödie als bittere Satire auf die Zeitverhältnisse erscheint. Daß sie von denen, gegen die sie gerichtet war, als harmlos simpler Scherz applaudiert wurde, zeigt nur, wie sehr sie sich in dem Besitz sicher fühlten.

Seltsam kontrastiert mit der grausamen Realität des Leidens, der kochenden Empörung in Dandins Worten die primitive, allerhand Possineffekte herbeiziehende Handlung. „Du hast's gewollt, George Dandin" — dies geflügelte Wort ist der Refrain in all den Ansprachen, die der betrübte Bauer von der Bühne her ans Publikum hält. Warum wolltest du so hoch hinaus und hast dein schönes Geld dazu verwendet, dir eine feine Frau zu kaufen? Dreimal glaubt er einen unwiderlegbaren Beweis ihrer Untreue in der Hand zu haben. Aber immer weiß die listige Person, von der Zofe und dem standesgemäßen Liebhaber assistiert, durch einen Trick die Sache so zu drehen, daß sie im Glanze der verfolgten Unschuld dasteht. Herr und Frau Sotenville, die, so gern sie Dandins Dukaten annahmen und ihm selber unbegrenzte Verachtung bezeugen, applaudieren regelmäßig dem geliebten Kinde und zwingen ihn, sich obendrein noch zu entschuldigen. So gibt Dandin schließlich dann, vor Ekel krank, den Kampf auf. Er meint: Die einzige Rettung für den, der an ein solches Weib geraten, sei der Strick.

Durch diese Szenen, die Possenhaftes, Satirisches und melancholische Verzweiflung mischen, zieht sich, die Buntheit der Motive noch vermehrend, ein Spiel verliebter Schäferpaare, das Vollmoeller unter Ausschaltung der Massenballetts und Chöre in freier Weise dem Original nachgebildet hat. Die alte Sullysche Musik bearbeitete Einar Nilson. Die geputzten Rokokopüppchen mit dem Gegirr ihrer süß-sentimental geschminkten Liebeslieder ergänzten jedenfalls sehr hübsch das Zeitbild und trugen zum Erfolge bei.

Reinhardt hatte für eine glänzende Inszenierung gesorgt. Jakob Tiedke und Emilie Kurz präsentierten das adlige Elternpaar mit flott karikaturistischem Humor. Harry Liedtke war ein hübscher aristokratischer Windhund und Don Juan, Johanna Terwin ein frechdurchtriebenes Zöfchen. Else Heims hätte der adligen Schlange vielleicht noch etwas mehr an Reiz und Anmut geben sollen. Zu einer überragenden Leistung von seltener Innerlichkeit erhob sich Viktor Arnold in der Figur des George Dandin. Er spielte sie in einer Art von Pierrotkostüm; der Kern der Gestalt, der verhaltene Groll, die tiefe Depression kamen ergreifend wahr zum Ausdruck. dt.

Notizen.

— Amundsen wird vor dem Antritt der neuen Polarfahrt nun doch erst eine Vortragsreise antreten. In Berlin will er am 10. Oktober über seine Südpolentdeckung sprechen.

— Ferruccio Busonis musikalisch-phantastische Komödie „Die Brautwahl" (nach E. T. A. Hoffmann) vermochte bei der Uraufführung im Hamburger Stadttheater nicht durchzudringen.

— Joseph Ruederers „Fahnenweihe", die stärkste satirische Komödie in unserer neueren dramatischen Literatur, hatte am Sonnabend bei ihrer Aufführung im Münchener Residenz-Theater einen starken Erfolg. — Daß die Komödie trotz der Hetze gegen den Intendanten ins kgl. Theater einzog, stellt diesem ein gutes Zeugnis aus.

— Der 7. internationale Tuberkulose-Kongreß wurde am Sonntag in Rom eröffnet.

sich der mangelnde staatliche Schutz vor dem sozialdemokratischen Terrorismus in hohem Maße bemerkbar.

Der den Arbeitswilligen gewährte staatliche Schutz reicht, seitdem die Polizei durch Militär verstärkt worden ist, an den Zechen und auf deren erwähnten Zugängen aus. . . . . Wenn bereits beim Ausbruch des Ausstandes den Arbeitswilligen militärischer Schutz gewährt worden wäre, so hätte der Ausstand nach übereinstimmender Meinung sachverständiger Persönlichkeiten höchstens nur den gegenwärtigen Umfang angenommen. . . . Die Polizeimannschaften und Gendarmen haben unter Leitung ihrer vorgesetzten Behörden — das wird allseits anerkannt — ihre schwere Aufgabe mit Energie und Besonnenheit durchgeführt. . . . Den Behörden ist die Industrie zu Dank verpflichtet. . . .

Die vom Reichstagsabgeordneten Sachse in der vorerwähnten Streikversammlung bespöttelte Andeutung einer Maßregelung der Streikenden . . . wird jetzt zur Durchführung gelangen. Der Lohn für 6 Schichten wird einbehalten werden, was schon mit Rücksicht auf die Arbeitswilligen, die wohl allgemein eine Prämie für ihre Pflichterfüllung erhalten werden, unbedingt erforderlich ist; diese Maßregel stellt sich für die Arbeiter — in Verbindung mit den Nachteilen, welche sie in bezug auf ihre erworbenen Ansprüche an die Knappschaft erleiden werden — als eine schwere Strafe dar, die aber der Natur dieses unter schwerem Kontraktbruch begonnenen Streiks auch unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der staatlichen Interessen gebilligt werden wird. Im Anschluß hieran teilen wir noch mit, daß der alte Verband einzelne seiner Mitglieder, die er durch Karten legitimiert, beauftragt hat, anzufahren, wahrscheinlich, um sich über die Stimmung innerhalb der Kreise der arbeitenden Bergleute zu unterrichten und auf diese hetzerisch einzuwirken. — . . . Die meisten industriellen Betriebe besitzen auf einige Wochen hinaus Vorrat. . . . Dadurch, daß das Syndikat seine Auslandslieferungen, soweit nicht feste Kontrakte vorliegen, eingestellt hat, werden erhebliche Mengen für das Inland verfügbar. . . . Der bisherige Verlauf der Ausstandsbewegung drängt uns von neuem die Ueberzeugung auf, daß der Schutz, welchen der Staat zurzeit den Arbeitswilligen gewährt oder zu gewähren imstande ist, nicht ausreicht, und daß auch die Gewerbetreibenden dem sozialdemokratischen Terrorismus in großem Umfange preisgegeben sind. Wenn wir namens der Industrie und ihrer Arbeiter und des mittleren Gewerbestandes den Ruf nach vermehrtem Schutze erheben, so glauben wir, daß diese Forderung mindestens ebenso im Interesse der Allgemeinheit und des Staates liegt. Wir machen uns den im Herrenhaus am 12. März angenommenen Antrag von Puttkamer zueigen und bitten Ew. Exzellenz, auf eine Annahme dieses Antrages hinwirken zu wollen."

Es erübrigt sich, zu diesem offenen Bekenntnis schöner Seelen ein Längeres zu sagen. Wir beschränken uns deshalb auf folgende Bemerkungen:

Ausweislich des amtlichen Berichts hat die ausgiebige Behandlung des Streiks in jener Vollversammlung gar nicht einmal auf der Tagesordnung gestanden. Sie ist auch nicht etwa nachträglich entsprechend ergänzt worden! Wenn man weiß, wie peinlich und bureaukratisch es sonst in dieser Hinsicht gerade in den Handelskammern zugeht — abgesehen davon, daß eine derart wichtige Materie und Beschlußfassung auch nach allgemein parlamentarischen Regeln eine ordnungsgemäße Einreihung in die Tagesordnung erheischt hätte, dann mag man daraus schon ersehen, wie die Bergbaugewaltigen in den Institutionen umspringen, in denen sie Einfluß haben, sobald es sich um die „Interessen der Industrie" handelt.

Was die Eingabe materiell enthält, ist allerdings nicht neu — weder was die plumpe und böswillige Erfindung über die angebliche Ursache des Streiks, noch was die elende Verdächtigung anlangt, daß, soweit Geschäftsleute Unterstützung angeboten, dies nur unter dem Druck des „sozialdemokratischen Verbandes" geschehen sei. Neu ist allenfalls, daß selbst dieserhalb ein stärkerer Schutz vor „sozialdemokratischem Terrorismus" nötig sei. Unbedingt neu ist aber die für den Kenner der Verhältnisse höchst humoristisch wirkende Erklärung, die die Bochumer Handelskammer sich über die ausgestellten Arbeitskarten zurechtgedreht hat. Da haben die Christen nach vieler Mühe es endlich fertiggebracht, einen Teil der Mitglieder der polnischen Berufsvereinigung gegen den Bruderverband aufzuhetzen, indem sie die Lüge ausstreuten, der Alte Verband habe Verrat an ihnen geübt durch tausendfache Ausstellung von Arbeitskarten (in Wirklichkeit sind noch keine hundert im ganzen Streikgebiet an alte Invaliden ausgestellt worden) und nun spuckt die Bochumer Handelskammer den Christen und den nationalpolnischen Blättern in die Suppe. — Interessant ist aber auf alle Fälle das Geständnis, daß, wenn gleich Militär gekommen wäre, der Streik höchstwahrscheinlich keinen größeren Umfang angenommen hätte, wie um die Zeit unmittelbar vor dem Abbruchbeschluß. Nicht minder interessant ist auch die Auslassung über die Wirkung des Streiks: „Auf einige Wochen hinaus" glaubte man sich halten zu können mit Hilfe der Einstellung eines großen Teils der Auslandslieferungen. . . . Uebrigens macht die Form der Eingabe an manchen Stellen den Eindruck, als wenn sie die Antwort auf eine vom Handelsminister gestellte Anfrage wäre. So wird z. B. der Abschnitt über die Wirkung des Streiks mit den Worten eingeleitet: „Was die derzeitige und künftige Wirkung des Streiks angeht, so berichten wir, daß . . ." Also hätte man es wohl bei der „Eingabe" gar mit einer bestellten Antwort zu tun? Dafür spräche wohl auch die Promptheit, mit der die Eingabe als Resultat der angeblich in der Sitzung vom 18. März gepflogenen Debatte schon am 19. März an den Minister abgegangen ist. Neben dem offenen Bekenntnis zum Antrag Puttkamer und der auch vorher in den verschiedensten Variationen wiederholten Forderung auf mehr gesetzlichen Schutz gegen sozialdemokratischen Terror, sind die geradezu zynischen Ausführungen über die Strafe, die an den Streikenden vollzogen werden soll, und die Anerkennung, daß die Polizeimannschaften und Gendarmen ihre volle Schuldigkeit getan, wohl das Wertvollste an diesem Kulturdokument. Daß es ein amtlicher Bericht einer öffentlich-rechtlichen Institution ist, erhöht seinen Wert.

* * *

Streikjustiz.

Strafkammer des Landgerichts Bochum.

Der jugendliche Bergmann Soeba aus Herten kam im angetrunkenen Zustande von einer Geburtstagsfeier und beleidigte zwei Arbeitswillige durch die Rufe: „Streikbrecher." Einer der Arbeitswilligen lief zum Telephon und ließ ihn verhaften. Bei der Verhaftung leistete er Widerstand, dafür wurde er aber, wie er angibt, in der Zelle geschlagen, daß ihm das Blut aus dem Munde quoll. Der Staatsanwalt beantragt 3 Monate Gefängnis. Urteil: 5 Monate.

Eine Polin soll in Recklinghausen einem Arbeitswilligen die Worte: „Pfui, schlagt das Schwein, das arbeitet," nachgerufen haben. Die Angeklagte behauptet, daß sie nur „Hundeonkel" gerufen habe, das von vier Zeugen bestätigt wird. Das Wort will sie auf ihren Schwager, der mit dem Arbeitswilligen vorüberkam, gemünzt haben, der diesen Spitznamen trage. Der Staatsanwalt beantragt 2 Wochen Gefängnis. Das Urteil lautet auf 40 Mk. Geldstrafe.

Vor dem Schöffengericht in Herne stand ein Bergmann, der einem Arbeitswilligen nachgerufen haben sollte: „Streikbrecher, Baptist, Dir sollte man den Bart austaufen." Der Amtsanwalt beantragte nach dem üblichen Streikstrafkatalog das Strafmaß von 4 Wochen. Der Verteidiger stellte fest, daß der Arbeitswillige es abgelehnt hatte, Strafantrag zu stellen und daß dann erst auf Betreiben der Verwaltung der Zeche Shamrock der Strafantrag eingereicht sei. Das Gericht erkannte nur auf einen Tag Gefängnis.

* * *

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter in Mährisch-Ostrau.

Sektionschef Homann vom Ministerium für öffentliche Arbeiten hat die Verhandlungen sowohl mit den Arbeitern als auch mit den Unternehmern bereits aufgenommen. Die Unternehmer wollen außer den bereits gemeldeten, großenteils wertlosen oder gar schädlichen „Zugeständnissen" noch einige Kleinigkeiten bewilligen. Es ist noch fraglich, ob die Arbeiter — Beratungen darüber fanden erst statt — sich noch mit dem zufriedengeben wollen. Um einen raschen Ausgleich der Differenzen herbeizuführen, werden die Zugeständnisse der Regierung den Unternehmern schon noch klarmachen müssen, daß sie etwas mehr Entgegenkommen zeigen müssen wie bisher.

Der Krieg.

Warum nicht Frieden schließen?

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel:

Der Imperialismus war wohl imstande, Italien in das verhängnisvolle Abenteuer zu stürzen, er zeigt sich aber völlig außerstande, es aus der Sackgasse, in die es geraten ist, zu befreien. Der Krieg ist Selbstzweck geworden. Sein Ausgangspunkt ist vergessen worden, sein Endpunkt ist nicht mehr abzusehen — was bleibt, ist die Zerstörung.

Alles, was zur Begründung dieses Krieges angeführt worden war, ist durch die Tatsachen Lügen gestraft, durch die Ereignisse ad absurdum geführt worden.

Es liegt kein Grund vor, diesen Krieg fortzuführen. Alle Forderungen, die Italien im Interesse seiner Bevölkerung oder seiner Industrie stellt, lassen sich ohne Schwierigkeiten durch Verträge regeln. Ich will den Nachweis dafür führen.

Da ist vor allem die Kolonisationsfrage. Ich will nicht nachforschen, woher es denn komme, daß das kapitalistische Italien jährlich eine halbe Million Menschen an das Ausland verliert, warum es ihnen nicht in der eigenen Landwirtschaft und der eigenen Industrie Beschäftigung zu verschaffen vermag. Ich lasse auch die andere Frage beiseite, warum man in Italien glaubt, in Tripolitanien und Benghasi das erreichen zu können, was man in Süditalien und Erythrea, wo noch große Flächen fruchtbares Land der Urbarmachung harren, nicht hat fertigbringen können. Genug, die italienischen Imperialisten bilden sich ein, daß gerade auf dem türkischen Boden in Afrika die Kolonien reussieren werden. Aber was kann denn die Türkei dagegen haben, wenn in Tripolitanien und Benghasi Brunnen gegraben, Oasen geschaffen werden, das Land urbar gemacht wird und blühende Ansiedelungen entstehen. Wo bereits Grundeigentumsrechte der einheimischen Bevölkerung bestehen, die durch eine Arbeit vieler Generationen der Sandwüste kleine Flecken Landes abrangen, müssen diese Rechte allerdings respektiert werden. Aber es gibt ja drüben genug freies Land, die Bodenpreise selbst sind sehr niedrig, — was fehlt, sind nur die Ansiedler. Für die italienische Einwanderung lassen sich durch Verträge Erleichterungen jeder Art festsetzen; abgesehen davon, daß jeder Ausländer in der Türkei auch ohne dies Privilegien genießt: er zahlt keine Steuern, untersteht der Konsulargerichtsbarkeit seines Landes usw.

Eine weitere Frage ist die der Eisenbahnen. Die Erbauung von Eisenbahnen ist unerläßlich, um das Land zu erschließen. Wiederum aber denkt in der Türkei kein Mensch daran, dem Eisenbahnbau Hindernisse in den Weg zu setzen. Wenn sich in Italien Finanzleute finden, um den Eisenbahnbau in Tripolitanien zu fördern, so wird auch die Zustimmung der Türkei ohne Schwierigkeiten zu erlangen sein, und selbst in der Frage der „Garantien" hat ja die türkische Regierung bisher stets nicht etwa zu wenig, sondern viel zu viel Entgegenkommen gezeigt.

Dasselbe bezieht sich auf die Minenkonzessionen, Gründungen von Banken, Dampfschiffgesellschaften und anderen industriellen Unternehmungen. Die Türkei ist in eine Gründerära eingetreten, und alles, was sich darauf bezieht, findet das größte Entgegenkommen des Staates.

Bleibt die große Frage der Staatsverwaltung. Die türkische Administration ist schlecht. Das läßt sich nicht bestreiten. Eine andere Frage freilich ist es, ob die europäische Administration in den Kolonien besser sei. Doch lassen wir das beiseite. Ich denke, dieser Krieg dürfte doch vor allem gezeigt haben, daß die italienische Regierung einen sehr wichtigen Faktor in der politischen Entwickelung Afrikas außer acht gelassen hatte. Dieser Faktor ist die einheimische Bevölkerung.

Man nahm in Italien an, daß es für die Araber gleichgültig sei, unter wessen Herrschaft sie sich befinden. Kann man jetzt noch darüber zweifeln, daß das den Arabern durchaus nicht gleichgültig ist? Die Araber wollen im Staatsverband der Türkei verbleiben.

Und ist es nicht klar, daß eine Bevölkerung, die einer modernen Armee zu trotzen vermag, sich nicht willkürlich regieren läßt? Die Frage der Staatsverwaltung in Afrika ist also eine doppelte: eine Frage der Regierung und eine Frage der Bevölkerung. Die Araber haben sich bis jetzt dem Reformwerk der türkischen Regierung entgegengesetzt — sowohl in Afrika wie im eigentlichen Arabien. Ihr Widerstand gegenüber einer italienischen Verwaltung wird erst recht sich steigern. Mag die italienische Regierung sich einbilden, daß sie ein besonderes Genie für die Kolonialverwaltung besitze, so muß sie doch mit Blindheit geschlagen sein, um nicht einzusehen, daß sie in Afrika noch viel größeren Schwierigkeiten begegnen würde, als die türkische Verwaltung.

Der Krieg, der die einheimische Bevölkerung in Aufregung und sie zum Zusammenschluß getrieben hatte, hat überdies auch noch das administrative Problem in Afrika ungemein erschwert. Die Anarchie, die unter der türkischen Verwaltung herrschte, ist ja ein reines Nichts gegenüber dem blutigen Chaos, der durch den Krieg geschaffen wurde.

Darum ist es der beste Weg aus den Schwierigkeiten, diese Länder der türkischen Verwaltung zu überlassen. Auf diese Weise läßt es sich am ehesten erreichen, daß die Gemüter sich beruhigen, die durch den Krieg geschaffenen Militärverbände der eingeborenen Bevölkerung sich auflösen, diese zur friedlichen Beschäftigung zurückkehrt, worauf man an das Werk herantreten kann.

Die Situation ist so, daß selbst wenn die Türkei in allem dem Willen Italiens sich fügen würde, dieses doch noch gegen die Araber einen langwierigen und kostspieligen Kolonialkrieg zu führen hätte.

Wozu das, da sich alle halbwegs vernünftigen Wünsche Italiens durch Verträge befriedigen lassen?

Aber der Imperialismus kann nicht mehr zurück, weil er damit sich selbst ins Unrecht setzen müßte. Um so mehr Grund haben die Völker, dem tollen Treiben ein Ende zu setzen.

Die Friedensvermittelung der Mächte.

Konstantinopel, 15. April. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Der angekündigte Schritt der Mächte wird morgen vormittags erfolgen. Die Botschafter und Geschäftsträger werden sich einzeln in das Wohnhaus des Ministers des Aeußern begeben und ihm eine identische Mitteilung machen, deren Tenor der Pforte bereits aus Depeschen ihrer Botschafter bekannt ist. Für Rußland wird der Geschäftsträger vorsprechen. Der Ministerrat beriet vorgestern und gestern über die Antwort der Pforte. Wie gerüchtweise verlautet, würde die Pforte die Mächte ersuchen, ihr für die Türkei annehmbare Friedensbedingungen bekannt zu geben.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 15. April. Die „Agenzia Stefani" meldet: General Garioni telegraphiert von der Halbinsel Macabez unter dem 14. April: Nachdem das Fort Buchamez durch einen Ueberfall besetzt worden war, womit eine einzige Kompagnie von Askaris wegen großer Schwierigkeiten in der Verproviantierung beauftragt war, hatte sich der Feind um das kleine Fort angesammelt, um die Verproviantierung durch die Bucht zu stören. General Garioni benutzte dann die durch den Ghibli-Wind verursachte Dunkelheit und entsandte ein Bataillon Askaris auf die andere Seite der Bucht. Das Bataillon machte einen Ueberfall auf feindliche Haufen, welche, ungefähr 1000 Mann stark, zum Teil den regulären türkischen Truppen angehörten. Die Operation gelang vollständig. Der Feind wurde zurückgeworfen und bis hinter die von ihm aufgeworfenen Schanzgräben und die nächsten Dünen verfolgt. Er ließ viele Tote und Verwundete zurück.

Die Italiener hatten neun Verwundete, von denen einer am Morgen starb. Die Ausschiffung des Kriegsmaterials und der Lebensmittel wird trotz der Schwierigkeiten, die das Meer sowohl an der offenen Küste wie in der Bucht bietet, fortgeführt. Die Besetzung von Buchamez macht weitere Fortschritte.

Die Revolution in China.

Maßnahmen zur Beruhigung des Südens.

Peking, 14. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein soeben herausgegebener Erlaß bestimmt, daß General Huanghsing, der militärische Befehlshaber von Nanking, unter der Oberleitung Juanschikais mit der Aufgabe betraut wird, die Ordnung bei den südlichen Truppen aufrecht zu erhalten. Er hat über alle Heeres- und Marineangelegenheiten den zuständigen Ministerien Bericht zu erstatten, kann aber im Notfall, falls im Süden neue Ereignisse losbrechen, alle erforderlichen Maßnahmen treffen, und die Leitung aller Zivil-, Militär- und diplomatischen Angelegenheiten in Nanking in die Hand nehmen. Die Kontrolle der Finanzen wird ihm gemeinsam mit dem Finanzministerium übertragen. Wenn die südlichen Truppen sich beruhigt haben, wird das Amt Huanghsings wieder abgeschafft werden.

Der Erlaß wird deshalb als sehr wichtig angesehen, weil er die Absicht Juanschikais zeigt, den Bruch mit dem Süden zu vermeiden, und weiterhin die stillschweigende Anerkennung der Tatsache bringt, daß die Behörden des Südens noch nicht vorbereitet sind, ihre militärische Organisation aufzulösen.

Die Situation im Süden.

London, 5. April. Die Times meldet aus Nanking: Nanking ist jetzt vollständig ruhig. Es herrscht strengstes Standrecht. Bei der Unterwerfung der Meuterei vom Donnerstag sind 200 bis 300 Leutet getötet worden. Mehrere Minister lehnen die ihnen angebotenen Portefeuilles ab. Die revolutionären Mitglieder der Regierung zeigen wenig Neigung, sich nach Peking zu begeben. An der Pukau-Bahn stehen gegenwärtig 20 000 Mann, 30 000 Mann in Nanking, abgesehen von den Truppen im Jangtse-Tale, und 16 000 Mann in Schanghai. Die Lage gilt allgemein als außerordentlich unbefriedigend und ihre schleunige Lösung ist nicht wahrscheinlich. Eine Hauptschwierigkeit liegt in der Unmöglichkeit, die Truppen des Südens anders als auf der Eisenbahn in Bewegung zu setzen, da es an sonstigen Transportmitteln fehlt.

Geldverlegenheiten.

London, 15. April. Reuter meldet aus Peking: Die chinesische Regierung erklärte in Beantwortung des Protestes des englischen, französischen, deutschen und amerikanischen Gesandten gegen den Abschluß der englisch-belgischen Anleihe von 1 Million Pfund Sterling, es sei wahrscheinlich, daß die Belgier sich der internationalen Finanzgruppe anschließen würden. Das Fehlen der dringendsten Geldmittel verursache der Regierung wiederum äußerste Sorge.

Wirkung der russischen Intrigen in der Mongolei.

Urga, 14. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Abfall von China beginnt allgemein zu werden. Zahlreiche Stämme verschiedener Teile der Mongolei, darunter auch, wie es heißt, die Turgutenstämme des Iligebietes, haben dem Hutuchta schriftlich mitgeteilt, daß sie sich ihm anschließen. Wie verlautet, soll Juanschikai den hier angekommenen einflußreichen Mongolenfürsten der inneren Mongolei, Arachuagan, zum Gehilfen des Kriegsministers ernannt haben.

18. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Leiden, 8. April 1912. (Eig. Ber.)

In der Montagnachmittag-Sitzung setzt Genosse van der Goes seine Ausführungen betreffs des neuen Programms fort. Die Steigerung des Lebensstandards, sagt Redner, werde nur an einer Stelle des sehr langen neuen Programms genannt und hier nur als Folge des Klassenkampfes und als Element zunehmender Bedürfnisse. Also auch hierin befriedige das Programm, dessen Grundgedanke marxistisch sei. Betreffs der zunehmenden Wohlfahrt der Arbeiter sage das Programm nicht, daß man hierin Anzeichen des Nahens des Sozialismus zu sehen habe; nur, daß diese eine Quelle neuen Kampfes sei. Und weiter: daß der Kapitalismus Armut, nicht: zunehmende Armut, bedeute, ein Mißverständnis, das aus dem neuen Programm weggefallen sei. Auch Marx habe nicht anders gedacht. Schon in seiner dem Kommunistischen Manifest vorhergehenden Brüsseler Rede über „Kapital und Arbeit" habe Marx gesagt, es sei der zunehmende Abstand zwischen Reichtum und Armut, der die große Tatsache sei. Etwas Neues werde also nicht behauptet, und diesen zunehmenden Abstand anerkenne auch das Programm. Daß die Arbeiter auch außerhalb ihres Kampfes in gewissem Sinne, aber nicht ununterbrochen, Fortschritte machten, weniger mit dem Lohn, aber als Menschen, sei von Redners Richtung nie verneint worden, z. B. einigermaßen in ärztlicher Behandlung, dem Anteil an den Fortschritten von Kunst und Technik. Die zunehmende Kultur komme allen zugute, aber den Reichen mehr als den Arbeitern. Allerlei Dinge machten die Erde für die Menschheit bewohnbar. Dies aber brauche im Parteiprogramm nicht zum Ausdruck zu gelangen, da es von Klassenunterschieden rede. Auch weise es auf einige Ursachen hin, welche die Möglichkeit der Erreichung von Resultaten unter dem Kapitalismus beschränken, wie die Preisbewegung, die Steigerung der Wohnungsmiete. Dies sei das geringste, was von der marxistischen Richtung

in der Kommission gefordert worden sei. Es ergäben sich, namentlich in England, Anzeichen von Lohnrückgang bei gleichzeitiger Preissteigerung. Das Programm brauche deshalb noch nicht von zunehmender Armut zu reden. Es brauche ja nicht immer so weiterzugehen. Das Programm müsse ja nur die Arbeiter zum Widerstande aufrufen. — Aus dieser Erwägung habe die Kommission auch das Wort „materielle Hebung" durch „gesellschaftliche Hebung" ersetzt. Redner setzt auseinander, daß trotz allem die Arbeiterklasse eine Klasse der Armutleidenden bleibe. Ferner wendet Redner sich gegen die, ihm und seinen engeren Geistesverwandten zugeschriebene Ansicht, daß sie dem von der Gewerkschaftsbewegung Erreichten wenig Wert zuschrieben. Er achtet diese durchaus nicht überflüssig, aber reichere Früchte erziele die Arbeiterbewegung immer mehr durch die politische Aktion, mit der die gewerkschaftliche zusammenwirken müsse. Die Erfahrung der letzten Jahre lehre, daß letztere wenig mehr erziele ohne erstere. — In bezug auf die Verschärfung der Klassengegensätze schließt Redner sich den vom Genossen Troelstra in dessen Referat gemachten Ausführungen völlig an und empfiehlt auch namens der Minderheit einstimmige Annahme des Programms.

Nach mehreren weiteren Reden über den Inhalt des Programms bezw. bestimmte Punkte desselben und über Amendements wird die Diskussion unterbrochen, um der Programmkommission Gelegenheit zu geben, dieselben in Erwägung zu ziehen.

Es erfolgt dann die Besprechung über das Parteiorgan „Het Volk" und dessen Beilage „Het Weekblad". Auch hier stoßen die Ansichten, wie bei allen Beratungen dieses Parteitages, im schärfsten in bezug auf den Seemannsstreik zusammen.

Die Beratungen über „Het Volk" waren von einem Referate des Parteivorsitzenden Genossen W. H. Vliegen über die diesjährige Wahlrechtsdemonstration unterbrochen worden, in welchem er konstatierte, daß es in der Partei feststehe, daß auch dieses Jahr, also am 17. September, ein zweiter roter Dienstag, im Haag stattfinden werde. Redner vermutet, daß der Wahlrechtsartikel in der Verfassung so lauten werde, daß ein Teil der Arbeiter oder der Frauen ausgeschlossen werde. Man werde versuchen, die Wirkung des allgemeinen Wahlrechts durch Verstärkung der Ersten Kammer oder durch das Prüfungsrecht abzuschwächen, also jedenfalls in reaktionärer Richtung. Die Arbeiterschaft müsse sich darauf vorbereiten, daß der richtige Moment für den Kampf um das allgemeine Wahlrecht gewählt werde, daß sie dann den nötigen Druck ausübe, das sei gerade im September. Die Wahlen von 1913 ständen unter dem Zeichen des allgemeinen Wahlrechts. Die Wahlrechtsdemonstration im September müsse imposant sein, weil die Regierung, die Kammer und die verschiedenen Parteien sich vorher über dasselbe aussprechen müßten. Es käme nicht anders, als daß das Proletariat in der Wahlrechtsfrage siege.

Unter lautem Beifall wird das Abhalten der Manifestation mit allen Stimmen angenommen.

Der schwedische Jugendkongreß.

Im Volkshause zu Stockholm tagte vom Karfreitag bis Ostermontag der vierte Verbandstag des Sozialdemokratischen Jugendverbandes Schwedens. Es waren 167 Delegierte erschienen, und mit den Hauptvorstandsmitgliedern und Gästen — unter ihnen je ein Vertreter des Finnischen und des Norwegischen Jugendverbandes — betrug die Teilnehmerzahl 181.

Der Verband hat, wie alle Arbeiterorganisationen Schwedens, schwer unter den Folgen des allgemeinen Massenstreiks von 1909 zu leiden gehabt und ist in seiner Mitgliederzahl auch jetzt noch nicht wieder auf der Höhe wie vor jener gewaltigen Kraftäußerung der Arbeiterschaft des ganzen Landes. Im 3. Quartal 1909 zählte der Verband in seinen 331 Abteilungen 9170 Mitglieder, gegen Ende des Jahres 1910 war die Zahl der Mitglieder auf 7167 gekommen, die der Abteilungen auf 272, und 1911 waren in 268 Abteilungen 6960 Mitglieder vorhanden. An Agitation hat man es aber keineswegs fehlen lassen. Im Jahre 1910 wurden allein von der Verbandsleitung 1015 Versammlungen veranstaltet, und außerdem waren Fußwanderer für einen Zeitraum von im ganzen 22 Monaten unterwegs. Die stärkste Agitation entfaltete der Jugendverband während der Wahlbewegung im verflossenen Jahre durch die „roten Automobile", die durch das Land fuhren und es möglich machten, 528 Versammlungen in Orten abzuhalten, die sonst von der Parteiagitation wenig erfaßt werden; an diesen Versammlungen nahmen rund 340 000 Personen teil. Die Kosten dieser außerordentlichen Agitation beliefen sich auf 17 671 Kronen, und dazu kamen noch 12 800 Kronen für die beiden Automobile. Außerdem hat der Verband eine sehr rege Verlagstätigkeit entfaltet und 20 neue Bücher, 28 neue Broschüren und dazu die Schriften Viktor Larssons in 16 Heften herausgegeben. Verkauft sind in den beiden Jahren 1910 und 1911 52 332 Bücher, 233 261 Broschüren, 38 400 Exemplare von Larssons Werken, 85 000 agitatorische Ansichtspostkarten, und gratis verbreitet wurden 100 000 Druckschriften. Der Verband hat in den letzten Jahren zwei Zeitungen herausgegeben, und die Konkurrenz, die zwischen den beiden Blättern entstand, hat dazu beigetragen, daß die Auflagen zurückgegangen sind. Das ältere Organ „Fram" („Vorwärts") erschien im Oktober 1911 in 27 000 Exemplaren und jetzt sind es nur noch 11 000. Die Auflage des zweiten Blattes „Stormklockan" („Die Sturmglocke") schwankte 1910 zwischen 21 500 und 27 000 Exemplaren und jetzt erscheint dieses Blatt in 16 500 Exemplaren. — Auf dem Kongreß wurde später beschlossen, daß „Fram" eingehen soll.

Der Jugendverband und namentlich auch sein Organ „Stormklockan" unter der Redaktion des Verbandsvorsitzenden Z. Höglund pflegt seit längerer Zeit eine mehr oder minder scharfe Kritik an der Leitung der sozialdemokratischen Partei und an der Haltung ihrer Reichstagsfraktion auszuüben und ist damit gewissermaßen zu einem Sammelpunkt, nicht nur für die Jugend im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern auch für radikal gesinnte Genossen in reiferen Jahren geworden. Das hat zu Differenzen zwischen der Partei und dem Jugendverband geführt, die namentlich auch in der Presse zum Ausdruck kamen. Auf der einen Seite wird behauptet, daß die Kritik der Genossen vom Jugendverband und namentlich von seiten Höglunds unberechtigt sei und auch in der Form oft das zulässige Maß weit überschreite, während von der anderen Seite gesagt wird, daß die leitenden Personen in der Partei und Fraktion jede Kritik zu unterbinden suchten und die Partei auf Abwege führten, gleichsam in ein bürgerliches Fahrwasser. Auf Grund dieser Differenzen mußte der Kongreß sich eingehend mit der Frage befassen, welche Stellung der Jugendverband zur Partei einzunehmen hat. Hierüber waren jedoch schon Vorberatungen zwischen Vertretern der Partei und des Jugendverbandes gepflogen worden, und man hatte sich auf eine Resolution geeinigt, die in ihrem ersten Teile besagt, daß der Kongreß sich auf den Standpunkt der vom internationalen Jugendkongreß in Kopenhagen gefaßten Resolution stellt, und in der es weiter heißt:

„Im Anschluß hieran erklärt der Kongreß, daß ein so intimes und praktisches Zusammenarbeiten wie nur möglich zwischen der Jugendbewegung und der Partei stattzufinden hat; daß der Jugendverband in Uebereinstimmung mit seiner Aufgabe und Tätigkeit in seinen Statuten bestimmt, daß die Mitglieder, die das 21. Lebensjahr erreicht haben, auch verpflichtet sind, der Partei anzugehören, sowie daß die Partei sich bereit erklärt, der Jugendbewegung ihre moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen und durch ihre Presse wie auch auf andere Weise die Agitation und die übrige Tätigkeit des Jugendverbandes für die sozialistische Erziehung der Jugend zu unterstützen, ebenso wie andererseits die politische Agitation der Jugendbewegung in Wort und Schrift bestrebt sein muß, das intime Einverständnis mit der sozialdemokratischen Partei aufrechtzuerhalten und zu stärken."

Diese Resolution wurde nach einer langen Debatte vom Kongreß gutgeheißen. Daneben fand jedoch zur selben Sache noch eine andere Resolution Annahme, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, daß in dem Maße, wie die neue Linkenvereinigung in der Partei ihrer Aufgabe, die radikale Richtung zur Geltung zu bringen, gerecht wird, der Verband sich weniger der Parteikritik zu widmen braucht und desto mehr seiner Aufgabe, der sozialistischen Erziehung der Jugend gerecht werden kann.

Der Kongreß wandte sich gegen den Ministersozialismuß durch Annahme einer Resolution, die von der Auffassung ausgeht, daß die Parteileitung, als sie sich gegenüber dem Angebot eines Sitzes im Ministerium Staaf ablehnend verhielt, dies nicht aus prinzipiellen, sondern aus opportunistischen Gründen tat. Ferner wurde beschlossen, eine noch kräftigere Agitation als bisher für die Abrüstung zu entfalten und zum nächsten Parteitag den Antrag zu stellen, daß diese radikal-antimilitaristische Forderung in das Parteiprogramm aufgenommen wird. Die liberale Regierung beabsichtigt, eine Versuchsmobilisierung der Wehrpflichtigen ins Werk zu setzen. Auch mit dieser Frage beschäftigte sich der Kongreß. Von verschiedenen Seiten im Jugendverband war angeregt worden, man möge einen Mobilisierungsstreik veranstalten, wenn die Regierung ihre Absicht durchzuführen sucht. Der Kongreß hielt es aber nicht für angebracht, dergleichen zu beschließen; erhob jedoch in einer Resolution energisch Protest gegen die Mobilisierung und sprach die Hoffnung aus, daß die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage einmütig dagegen stimmen wird.

In der Alkoholfrage sprach sich der Kongreß für das allgemeine Verbot spirituoser Getränke aus und verurteilte es, daß der Genosse August Palm seit einiger Zeit gegen den Verbotsgedanken agitiert. Im übrigen wandte sich der Kongreß in einer Resolution gegen die Sensationsvorstellungen der Biographtheater, die als eine Fortsetzung der Nic-Carter-Bücher bezeichnet werden. In einer anderen Resolution protestiert der Kongreß aufs schärfste gegen den russischen Justizmord an die sozialdemokratischen Dumamitglieder. Außerdem wurden noch Resolutionen angenommen zur Agitation und Förderung der Genossenschafts- und der Gewerkschaftsbewegung sowie auch eines gesunden und vernünftig betriebenen Sports.

Aus der Partei.

Zu den württembergischen Parteiwirren.

Das sozialdemokratische Pressebureau teilt mit:

Die vom Landesvorstand einberufene Konferenz fand am Sonntag bei Dinkelacker in Stuttgart statt. Es nahmen an ihr teil der Landesvorstand, der Landesausschuß, die Preßkommission, der „Schwäbischen Tagwacht", die Redaktionen sämtlicher württembergischer Parteiblätter, die Kreisvorsitzenden, die Landtagsfraktion, die Stuttgarter Parteileitung und das Stuttgarter städtische Komitee, ferner zwei an verschiedenen Streitfragen direkt beteiligte Genossen. Der Parteivorstand war durch die Genossen Braun und Ebert vertreten. Insgesamt betrug die Zahl der Teilnehmer 83. Dem einleitenden Referat des Genossen Wagner folgte eine ausgiebige Aussprache. Das Ergebnis ist die einstimmige Annahme folgender Erklärung:

> In der Konferenz wird nach eingehender Erörterung der schwebenden Parteistreitigkeiten Uebereinstimmung darüber erzielt, daß die Streitfälle Scherm und Skalsky, die zur Klarstellung und Entscheidung den zuständigen Instanzen überwiesen sind, nunmehr aus der öffentlichen Diskussion in der Presse und in Versammlungen abzuscheiden haben. Auch kommt die Konferenz zu dem Schluß, daß in der vorgekommenen Berichterstattung über parlamentarische Kommissionen an ein bürgerliches Korrespondenzbureau durch Genossen ein bewußter Verstoß gegen die Dresdener Resolution nicht zu erblicken ist, und daß daher diesen Genossen, die die erwähnte Tätigkeit nunmehr einstellen werden, ehrenrührige Vorwürfe nicht gemacht werden können. Die Konferenz fordert, es sollen alle Erörterungen persönlicher Natur über Parteiangelegenheiten in Zukunft aus der Parteipresse ferngehalten werden. Zu parteitaktischen Fragen und zur politischen Haltung der Partei kann nach wie vor in einer dem Parteiinteresse dienenden sachlichen Weise Stellung genommen werden.

Dieses Resultat der Konferenz — so schreibt der Stuttgarter Korrespondent des Pressebureaus — wird von den Parteigenossen des ganzen Reiches freudig begrüßt werden, um so mehr, als die Willensäußerung der Konferenz eine völlig einmütige und geschlossene war. Die Konferenz hat eine Grundlage geschaffen, die ein ersprießliches gemeinsames Arbeiten aller Parteigenossen ermöglicht zum Vorteil unserer ganzen Parteibewegung.

Sozialistische Gemeindewahlsiege in England.

Der „Labour Leader" berichtet, daß bei den Wahlen zu den städtischen Bezirksräten in England und Wales 95 sozialistische und Arbeiterkandidaten gewählt worden sind. Gewonnen wurden 88, verloren 8 Sitze: ein reiner Gewinn von 80. In England verteilen sich die Erfolge ziemlich gleichmäßig auf das Komitee für Arbeitervertretung (Arbeiterpartei) und die sozialistische Unabhängige Arbeiterpartei, die vielfach auch gemeinsam vorgingen. In Wales überwiegt weitaus die Arbeiterpartei. Die vor kurzem gegründete Britische sozialistische Partei erzielte keinen Erfolg. In einer Reihe Bezirke kandidierten zum ersten Mal Arbeitervertreter, in einigen wurden sie ohne Gegenkandidaten gewählt. Weibliche Vertreter werden zwei gemeldet. In einem Bezirk (Ashton in Makerfield-Nord) hat die Arbeiterpartei jetzt eine Mehrheit von einer Stimme. — Auch aus einem Landbezirk wird ein sozialistischer Sieg gemeldet.

Das Werden der sozialistischen Tageszeitung in England.

Nach einem Interview mit dem Vorsitzenden der Unabhängigen Arbeiterpartei, Genossen Anderson, teilt Genosse Longuet in der „Humanité" näheres über die Vorbereitungen zum Erscheinen des „Daily Citizen" mit. Das Blatt wird in Manchester erscheinen, im Mittelpunkt des mittel- und nordenglischen Industriebezirkes, des Sitzes der sozialistischen Bewegung. Da das Blatt den großen bürgerlichen Tageszeitungen völlig ebenbürtig sein soll, wird ein Kapital von drei Millionen Mark gesammelt, wovon in den ersten drei Wochen über eine, jetzt nahezu $1\frac{1}{2}$ gezeichnet sind. Von den großen Verbänden haben die Maschinenbauer 100 000, die Eisenbahner 50 000 gegeben usw. Von den Bergleuten erwartet man, trotz ihrer hohen Streikausgaben, mindestens 80 000 M. Auch Privatleute beteiligen sich. Zwei reiche Genossen haben zusammen 400 000 M. gezeichnet, ein dritter genau die Hälfte seines Vermögens, das sind 200 000 M.!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine merkwürdige Anklage.

Der Zeitzer „Volksbote" brachte am Tage der Entlassung der Kinder aus der Volksschule einen Leitartikel: Den „Schulentlassenen zum Gruß", in dem darauf hingewiesen wurde, wie wenig die heutige Volksschule den Kindern an tatsächlichen zum Kampf ums Dasein notwendigen Wissen biete. Weiter wurde behauptet, daß der Geist der Kinder in der Schule mit Ballast beschwert würde, den sie beim Austritt aus der Schule abwerfen müßten. In diesem Artikel sah die Staatsanwaltschaft in Naumburg einen Verstoß gegen — § 131 des Strafgesetzbuchs (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) und erhob Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Stroinski.

Der beleidigte Fabrikdirektor.

Das Schöffengericht in Itzehoe verurteilte den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" Genossen H. Bielenberg wegen Beleidigung des Direktors der mechanischen Netzfabrik in Itzehoe, Neumann, zu einer Woche Gefängnis. In zwei Notizen der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" war unter Hinweis auf die Löhne der Arbeiterinnen in der Netzfabrik und der an die Aktionäre gezahlten Dividende von 10 Proz. von einer Ausbeutung der Arbeiterinnen gesprochen worden. Neumann fühlte sich beleidigt, obgleich er persönlich gar nicht in den Notizen erwähnt worden war. Das Gericht urteilte, wie oben schon gesagt. Die Worte Ausbeutung der Arbeiter enthielten eine Beleidigung, heißt es in der Begründung des Urteils, im Strafprozeß sei nur beim Wucherparagraphen von Ausbeutung die Rede, von einer Ausbeutung im Sinne des Wucherparagraphen könne aber in der Fabrik keine Rede sein.

Aus Industrie und Handel.

Fürstentrust und Kali.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff des Fürstentrusts. Die „Germania", die noch vor gar nicht allzulanger Zeit einen politischen Leitartikel für die armen, von der objektiv berichtenden Handelspresse und den kritischen Bemerkungen der sozialdemokratischen Parteiblätter „wild und frevelhaft gehetzten" Fürsten und ihren Trust verbrach, drückt sich jetzt von dem Geschäft! Sie bringt einen Artikel „Splendid isolation", in der sie dem Fürstentrust alles das und noch einiges mehr nachsagt, was die Oeffentlichkeit schon vor einem Jahre gesagt hat. Ja, der Glaube allein nützt im kapitalistischen Geschäft auch katholischen Fürsten nichts.

Gerade zur rechten Zeit kommen wieder neue Nachrichten über die Fähigkeiten des Fürstentrusts an die Oeffentlichkeit. Der Fürstentrust, der am Terrainwucher beteiligt ist, der im Orient Bankinteressen vertritt, nach der Levante Schiffe fahren läßt, in Berlin Hotels bewirtschaftet und Innenarchitektur fabriziert, er ist natürlich auch an Kaliinteressen engagiert.

Die von der Handelsvereinigung, der Bank des Fürstentrusts, beherrschten Kaliwerke Friedrichshall hatten im Dezember 1910 für 1,65 Millionen Mark Aktien der Bergwerksgesellschaft Sarstedt A.-G. erworben, der wieder die Anteile der Gewerkschaft Glückauf-Sarstedt G. m. b. H. gehörten. Das dazu notwendige Geld hatte die Palästinabank, die andere Bank des Fürstentrusts, vorgeschossen. Auf Grund des „demokratischen" Aktienrechtes — eine Aktie je eine Stimme — wurde dann plötzlich durch die Aktionärmehrheit von Sarstedt beschlossen, die ganze G. m. b. H. Glückauf-Sarstedt für 4,20 Millionen Mark an Friedrichshall zu verkaufen. Das Geschäft sollte auf die Art abgewickelt werden, daß die Kaliwerke Friedrichshall ihr Aktienkapital um so viel heraufsetzten als notwendig war, um damit Glückauf-Sarstedt zu bezahlen. Komisch erschien dabei der Oeffentlichkeit, daß kurz vorher ganz plötzlich die fürstentreue Direktion der Sarstedt A.-G. die G. m. b. H. durch kräftige Abschreibungen, Neueinschätzung der Grundstücke usw. im Werte auf 4,20 Millionen Mark herunterbilanziert hatten. Ein Konsortium unabhängiger Banken erbot sich sofort, trotz dieser angeblich fortretenden Bewertung mit 4,20 Millionen Mark stehenden Preises die ganze Geschichte für 4,70 Millionen Mark zu übernehmen. Aber halt, das ging nicht, denn die „Mehrheit" der Aktionäre wollte eben nicht so viel verdienen und beschloß den Verkauf für 4,20 Millionen Mark an die Friedrichshall A.-G.

Interessant ist, daß die 4,20 Millionen Mark Aktien der Friedrichshall A.-G., die damals tatsächlich nur einen Wert von 3,75 Millionen Mark hatten, heute schon wieder durch die Sarstedt A.-G. weiter verkauft sind, und zwar an die — Handelsvereinigung, die sie mit 5,5 Millionen Mark in Kauf nahm. Erklärlich wird diese scheinbare Wertsteigerung, oder wenn man es anders betrachtet, die scheinbare Uebervorteilung der einen Fürstengesellschaft durch die andere, wenn folgendes beachtet wird. Sarstedt hatte, als der Kauf entriert wurde, in seiner Bilanz ein böses Defizit. An die Oeffentlichkeit, an den Geldmarkt zu gehen und neue Kapitalien aufzunehmen, ging aus den verschiedensten Gründen nicht. Durch den Verkauf der Glückauf-Sarstedt G. m. b. H.-Anteile und den raschen Wiederverkauf der dafür erhaltenen Friedrichshallaktien wurde ein Buchgewinn von 1,3 Millionen erzielt. Davon wurden die rund 900 000 M. Defizit aus dem Jahre 1910 abgeschrieben, der Rest erscheint jetzt als Geschäftsgewinn im Jahre 1911. So ist die Gewinnrechnung natürlich nur auf dem Papier vorhanden. Aber einmal, bei wieviel Fürstentrustgesellschaften die Gewinne nur auf dem Papier vorhanden sind, läßt sich gar nicht feststellen, und zum anderen, die Hauptsache ist bei dem Geschäft doch erreicht, eine schlechte Bilanz wurde wieder „gesund" gemacht.

Das unangenehmste bei der ganzen Sache ist aber nun, daß die unabhängigen Aktionäre der Sarstedt A.-G. gegen den ungünstigen Verkauf der Glückauf-Sarstedtanteile gerichtlich Einspruch erhoben haben.

Und diese Opposition hat in der ersten Instanz ein obsiegendes Urteil erfochten, am 19. April wird schon das Urteil in der zweiten Instanz fallen — verhandelt worden ist schon —, und wenn hier das erstinstanzliche Urteil bestätigt wird, dann geht die ganze Buchungsgeschichte noch einmal vor sich, nur anders herum, zuletzt wird ein großes Loch bleiben — nun der Fürstentrust hat zurzeit so viele Löcher, daß es auf eines oder das andere nicht mehr ankommt.

Fabriksparkassen.

Wie es mit den Spargroschen der Arbeiter gehen kann, die der Fabrikleitung übergeben werden, lehrt der Konkurs der Papierfabrik in Rathsdamnitz. Durch den Konkurs der Fabrik, die über 200 Arbeiter beschäftigte, sind nicht nur die Arbeiter, darunter Frauen und Kinder, brotlos geworden; sie verlieren auch noch ihre Spargroschen, die sie der Fabrik anvertraut hatten, „da sie ebenso sicher wie auf der Sparkasse seien". 100 Arbeiter erleiden dadurch einen für sie zum Teil recht empfindlichen Verlust.

Soziales.

Wer kein Einkommen hat, hat es zu versteuern.

Eine Steuerveranlagungskommission hat diesen wunderbaren Rechtssatz gegen Arbeiter entdeckt. Tabakarbeiter in Werden hatten aus Solidarität für ihre in Westfalen ausgesperrten Kollegen die Arbeit niedergelegt und dann einen Antrag auf Ermäßigung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1911 gestellt. Hierauf erhielten sie folgenden Bescheid:

„Auf Ihr Gesuch um Ermäßigung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1911 eröffne ich Ihnen, daß die königliche Regierung demselben nicht Folge gegeben hat, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Ermäßigung nicht vorliegen. Nach § 68 des Einkommensteuergesetzes darf eine Ermäßigung nur bewilligt werden, wenn nachgewiesen wird, daß während des laufenden Steuerjahres infolge des Wegfalls einer Einnahmequelle oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist. Bei dem Verluste am Einkommen, den Sie durch die Teilnahme an einem Ausstande erlitten haben, liegt aber keine der beiden obengedachten Voraussetzungen vor. Denn der Umstand, daß Sie aus eigenem Antriebe die Arbeit eingestellt haben, ist weder ein außergewöhnlicher Unglücksfall, noch hat er den Wegfall einer Einnahmequelle zur Folge. Es lag vielmehr jederzeit in Ihrem freien Belieben und stand Ihnen auch tatsächlich frei, Ihre Ihnen ungeschmälert verbliebene Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit durch Wiederaufnahme der Arbeit in dem bisherigen Betriebe oder bei einer gleichwertigen Arbeitsgelegenheit nutzbar zu machen. War hiernach die Einnahmequelle für Sie nicht weggefallen, so fehlt es an der gesetzlichen Voraussetzung für die Steuerermäßigung.

Gegen diese Entscheidung usw. . . . . Dr. Seifert."

Nach Ansicht der Regierung fällt also eine Einnahmequelle nicht fort, wenn die Einnahme fortfällt. Wann denn? Etwa wenn die Einnahme bleibt. Dem völlig irrigen Bescheid liegt die eigenartige Auffassung zugrunde, daß ein Arbeiter über seine Arbeitskraft nicht verfügen dürfe.

Internationaler Kongreß für Unfallverhütung und Arbeitshygiene.

Der erste internationale Kongreß für Unfallverhütung und Arbeitshygiene wird vom 27. bis 31. Mai in Mailand zusammentreten. Dieser Kongreß beschäftigt sich ausschließlich mit der technischen Seite der Frage, unter völliger Ausschließung der rechtlichen wie der medizinischen. Unter den zur Verhandlung stehenden Fragen seien erwähnt: Ueber Anbringung und Betrieb der Transmission, über Ventilierung und Staubvertilgung in den Baumwollspinnereien, über Beseitigung der feuchten Dämpfe und Luftverbesserung, besonders in den Färbereien und den Räumen für Abhaspelung der Seidenkokons und über Schutz gegen die Gefahren hoher Spannung, die sich in den elektrischen Anlagen mit niedriger Spannung einstellen kann. Ehrenpräsidenten des Kongresses sind der Minister Nitti und der frühere Ministerpräsident Luzatti.

Arme Invaliden.

Vergeblich war das Bemühen unserer Partei, den armen Invaliden durch die neue Reichsversicherungsordnung eine höhere Rente zu sichern. Es war kein Geld dafür da, wenn man auch anerkennen mußte, daß man mit der kargen Rente von 16 M. pro Monat keine Familie in den teuren Zeiten ernähren kann. Die Aermsten müssen eben weiter hungern und sehen, daß hilfreiche Leute für sie den Bettelsack schwingen. . . .

Da lesen wir in der „Frankf. Zeitung" einen Bittruf eines Landpfarrers mit folgendem Text:

Bittruf.

„Wer hilft einem 61 Jahre alten Mann, der wegen seiner Schwerhörigkeit keine Arbeit finden kann und der bei seiner Kurzsichtigkeit sich wöchentlich nur 1 M. durch Klöppeln verdienen kann? Er bezieht monatlich eine Rente von 11,25 M. Augenblicklich ist er in der allergrößten Not. Es ist ihm eine Hypothek von 500 M. zur Rückzahlung gekündigt worden. Er weiß nun in seiner völligen Mittellosigkeit nicht, wie er diese Summe aufbringen soll. Dem Manne könnte geholfen werden, wenn einige vermögende Menschenfreunde sich seiner baldigst huldvollst annehmen würden. Gütigst ihm zugedachte Gaben nimmt entgegen

P. Schneider, Pfarrer.

Grumbach b. Jöhstadt i. Erzgebirge.

Im Lande der „Sozialpolitik" erhält ein 61 Jahre alter Invalide ganze elf Mark und 25 Pf. Rente pro Monat ausgezahlt.

Man schämt sich im 20. Jahrhundert nicht, die Invaliden der Arbeit so zu entschädigen und spricht bei dieser, durch die Reichseinkommensteuer auf den schmalen Verdienst der Arbeiter aufgebrachten Hungerrente noch von „Invalidenrente", die den Aermsten ein „sorgenfreies" Leben sichern soll. Wie man für hungernde Vögel im Winter bettelt, so muß der Dorfpfarrer sich an „vermögende Menschen" wenden, und denen die große Not des Schwerhörigen und Halbblinden vorjammern. Sicher gehört der Schwitzmeister des Invaliden zu den „vermögenden" Menschen und zahlt ihm großmütig eine ganze Reichsmark pro Woche für seine Tätigkeit, den Rest seiner Arbeitskraft. Und der Hypothekengläubiger? Gehört er nicht auch zu den „vermögenden Menschen", die ihm in größter Not auch noch die Hypothek aufkündigte, weil sicher der arme Teufel die fälligen Zinsen von der Rente von elf Mark pro Monat nicht zahlen konnte?

Der Dorfpfarrer bettelt jetzt für den Armen milde Gaben, die auch hier und da eingehen werden. Ob er aber bei der letzten Reichstagswahl für die Verbesserung der elenden Gesetzgebung auch eingetreten ist? Almosen drücken ja den Menschen noch mehr nieder und gesetzliche Rechte könnten ihn erhöhen. Das ist auch den Landpfarrern oft nicht angenehm. Daher wird weiter gebettelt für die Armen, die in gesunden Tagen ihre Arbeitskraft dem Kapital zur Verfügung stellten und in Zeiten der Invalidität betteln müssen.

Hinterbliebenenrente.

Bekanntlich haben die bürgerlichen Parteien in Wort und Schrift bei den letzten Wahlen ihren „Anhängern", zu denen ja auch die Arbeiter zählen sollen, Lobreden auf Lobreden auf die neue Hinterbliebenenversicherung gehalten. Natürlich halten sich jetzt sehr viele Angehörige der Versicherten an diesen Wortlaut der Flugblätter und verlangen von den Behörden auch ihr Recht. Sehr oft begegnet man der Auffassung, daß der Wortlaut des neuen Gesetzes maßgebend sei, welcher ja bestimme, daß nach dem Tode des Versicherten dessen invalide Ehefrau und Kinder unter 15 Jahren die Rente erhalten müssen. Unsere Parteiblätter und Arbeitersekretariate können ein Lied davon singen, wie tief diese Anschauung bereits Wurzel gefaßt hat. Man beachtet aber nicht die für die Uebergangszeit so schlau geschaffenen Einführungsbestimmungen zum Gesetz, welche das nachholen, was im Gesetz selbst ja gar nicht gesagt wurde. Und diese Einführungsbestimmungen haben unsere Gegner im Wahlkampf unterschlagen und so die öffentliche Meinung irreführen können. Beachten wir aber Artikel 71 des Einführungsgesetzes, so ist die Sache sofort anders. Dort heißt es doch: „Keinen Anspruch auf Fürsorge haben die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche am 1. Januar 1912 bereits verstorben waren." Damit ist für alle im Jahre 1911 gewordenen Witwen und Waisen die Hoffnung auf die Rente genommen, wenn sie auch noch so bedürftig sind. Dann kommt die weitere Schicht von Hinterbliebenen solcher Versicherten, die bereits vor dem 1. Januar 1912 Invalidenrente bezogen haben, aber erst nach dem 1. Januar 1912 verstorben sind. Diese glauben nun bestimmt, daß der Tod ihres Ernährers doch unter der Wirkung des neuen Gesetzes erst eingetreten sei und daher der Anspruch auf Rente unbedingt vorhanden sei. Diese armen Leute sind noch schwerer davon zu überzeugen, daß der Gesetzgeber so wenig für die armen Teufel übrig hatte. Ihnen muß man eben den weiteren Wortlaut des Artikels 71 des Einführungsgesetzes vorlesen, aus welchem sich ergibt: „Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche am genannten Tage (also 1. Januar 1912) im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalidengesetzes dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt zu haben."

Damit sind die Hinterbliebenen aller vor dem 1. Januar 1912 bereits invalide gewordenen Arbeiter rechtlos, auch wenn der Tod des Versicherten erst im Jahre 1912 eingetreten ist, wenn die Invaliden Dauerrente bezogen haben. Die Zahl ist eine sehr große und bis die letzten dieser Invalidenschar verstorben sind, hat das neue Gesetz wenig zu leisten, noch weniger als schon nach dem Buchstaben zu leisten wäre.

Hungerlöhne in der Schürzenkonfektion.

Infolge der überaus teuren Zeiten, in denen wir uns befinden, ist heute mehr denn je im Haushalt des Arbeiters wie des unteren Beamten die Frau gezwungen, durch Erwerbsarbeit für die Lebenshaltung der Familie mit Sorge zu tragen. Dadurch entsteht ein Ueberangebot von Arbeitskräften vornehmlich in der Konfektion, welches von manchen Unternehmern in geradezu gemeingefährlicher Weise ausgenutzt wird.

In einer Klage vor dem Gewerbegericht konnte diese Tatsache wieder einmal konstatiert werden. Die Schürzennäherin G. klagte gegen den Zwischenmeister Schröder auf Zahlung von 3,75 Mk. für ein Dutzend Schürzen zu 2,25 Mk. und ein Dutzend zu 1,50 Mk. Der Beklagte hatte die Zahlung des Lohnes verweigert, da nach seiner Meinung die Arbeit sehr mangelhaft sei. Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo verurteilte jedoch den Beklagten zur Zahlung der vollen Lohnsumme, nachdem selbst ein sachverständiger Arbeitgeberbeisitzer erklärt hatte, daß für diesen Lohn die Arbeit gut genug gemacht sei.

In wieviel tausend Fällen mögen sich wohl Frauen ihren Körper an der Nähmaschine ruinieren, um vielleicht noch 1,50 Mk. pro Tag zu verdienen? Diese Hungerlöhne, wie man sie bezeichnen muß, sind aber nur ein Ausfluß der Heimarbeit, wo infolge Fehlens einer einflußreichen gewerkschaftlichen Organisation die Arbeiterinnen machtlos dem Ausbeutertum gegenüberstehen. Erst eine Beseitigung der Heimarbeit mit allen ihren schädlichen Begleiterscheinungen kann auch für die Konfektionsarbeiterinnen eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführen.

Gerichts-Zeitung.

50 000 Mark erschwindelt.

Auf die schwere Beschuldigung, eine alleinstehende Dame zur Hergabe von zirka 50 000 M. in betrügerischer Weise veranlaßt zu haben, hatte sich gestern der Gutsbesitzer Kurt Grigall aus Lubianen bei Berent vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zimmermann zu verantworten. Der Angeklagte, der das Gut Lubianen seinerzeit von der Ansiedelungskommission erworben hat, lebt in dritter Ehe, die noch nicht geschieden ist. Von seiner ersten Ehefrau ist er geschieden, die zweite Ehefrau ist verstorben, jetzt ist er seit dem 5. September 1908 mit seiner dritten Frau verheiratet. Das Verhältnis mit der letzteren ist kein günstiges, es verschlechterte sich dermaßen, daß die Ehescheidung in Aussicht genommen und schon einmal ein Antrag auf Einsetzung eines Sühnetermins gestellt worden war. Der Antrag ist später wieder zurückgenommen worden. Im Jahre 1911 lernte der 31 Jahre alte Angeklagte in einer Gesellschaft ein Fräulein von F. aus Naumburg kennen. Obgleich diese ganz allein stehende Dame schon älter als er selbst ist, interessierte er sich für sie und es kam zu wiederholten gemeinsamen Spaziergängen hier in Berlin, wo das Fräulein Aufenthalt in einer Pension genommen hatte. In den Gesprächen erfuhr er, daß die Dame ein Guthaben von etwa 50 000 M., welches ihr ganzes Vermögen darstellte, bei der Seehandlung zu stehen habe. Er behauptet, die ernste Absicht gehabt zu haben, das Fräulein zu heiraten, sobald seine dritte Ehe geschieden sein würde; sie dagegen versichert, daß es eines Abends nach einem gemeinsamen Souper im „Rheingold" zu einer förmlichen Verlobung — freilich ohne Ringwechsel und ohne Kartenversendung — gekommen sei und der Angeklagte ihr verschwiegen habe, daß er noch nicht geschieden sei. Jedenfalls hat sich die Zeugin als verlobte Braut betrachtet und behauptet auch, daß sie beide verabredet hätten, sich zu Pfingsten zu heiraten. Als dann der Angeklagte eine ihm gekündigte Hypothek in Höhe von 33 000 M. auszuzahlen hatte, wandte er sich an Frl. v. F. mit der Bitte, ihrerseits die Hypothek zu übernehmen, und er hatte mit dieser Bitte auch Erfolg. Frl. v. F. ließt ihm durch die Seehandlung 33 000 M. auszahlen und diese Summe hypothekarisch für sich eintragen. Nach einiger Zeit ließ sie ihm von ihrem Guthaben wiederum 10 000 M. überweisen und diese Summe, die der Angeklagte zum Umbau seines Hauses brauchte, gleichfalls hypothekarisch eintragen. Im September 1911 fand wieder ein Zusammentreffen in Berlin statt, wobei es zu Auseinandersetzungen über die noch immer verzögerte Heirat kam. Bei dieser Gelegenheit soll der Angeklagte dem Frl. v. F. ein Schriftstück vorgezeigt haben, aus welchem diese entnehmen sollte, daß seine Ehe geschieden sei und der Verheiratung nichts im Wege stehe. Die Zeugin hat ihm dann noch einmal 4000 M. und dann weitere 1500 M. gegen Schuldschein gewährt, d. h. ihm fast ihr ganzes Vermögen hingegeben. Als die Hochzeit immer weiter hinausgeschoben wurde, bekam die Dame doch Angst, sie vertraute sich einem befreundeten Referendar an, und dieser machte ihr auf Grund der von ihm angestellten Nachforschungen die Mitteilung, daß der Angeklagte noch mit seiner Frau gemütlich zusammenlebe. Diese Mitteilung wurde dann von der Schwester der Frau bestätigt, die inzwischen die Sache erfahren hatte und nach der Pension des Frl. v. F. kam, wo sie gleichfalls bekundete, daß der Angeklagte noch verheiratet sei und mit seiner Frau zusammenlebe. Frl. v. F. hob dann im Januar das Verlöbnis auf. Sie bekundete gestern vor Gericht, daß sie dem Angeklagten die große Summe nur im Vertrauen auf sein Versprechen baldiger Heirat gegeben habe und dies nicht getan haben würde, wenn sie gewußt hätte, daß er noch verheiratet war. Sie fühlt sich dadurch geschädigt, daß das Geld, welches sie hypothekarisch habe eintragen lassen, bei dem Minderwert des Gutes und der sonstigen Belastung desselben äußerst gefährdet sei. Nach der Taxe des Kreistaxators ist dies auch wirklich der Fall. Dieser Taxe gegenüber hatte Rechtsanwalt Bahn als Gutachter drei sachverständige Männer aus der dortigen Gegend gestellt, wonach das Gut einen viel höheren Wert haben soll. — Der Angeklagte bestritt, sich förmlich mit Frl. v. F. verlobt zu haben; er will ihr nur seinen ernsten Willen zu erkennen gegeben haben, sie zu heiraten, sobald er von seiner Frau, mit der er unmöglich zusammenleben könne, geschieden sein würde.

Nach einer mehrstündigen umfangreichen Beweisaufnahme kam das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte wurde auf Antrag seines Verteidigers aus der Haft entlassen.

Alkoholfolgen.

Mit der Verhandlung einer Anklage wegen räuberischer Erpressung begann gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Delkeskamp eine neue Tagung. Aus der Untersuchungshaft wurde der 20jährige Arbeiter Friedrich Jintemann vorgeführt. — Der Angeklagte war, nachdem er einige Zeit mit einem Wanderzirkus als Pferdepfleger herumgezogen war, Ende Dezember v. J. nach Berlin gekommen, um sich hier eine neue Stellung zu suchen. Er nächtigte in dem Asyl für Obdachlose und lebte über eine Woche lediglich von der Suppe und dem Stück Brot, welches morgens in dem Asyl zur Verteilung gelangt. Nach der Behauptung des Angeklagten habe er am 8. Januar mit einem Manne, der ihm eine Stelle verschaffen wollte, mehrere Schankwirtschaften aufgesucht und dort Bier und Schnaps getrunken. Der ungewohnte Alkoholgenuß habe ihn dann zu der Tat verleitet. — Der Angeklagte sprach auf der Straße den 9jährigen Schüler Radziejewsky, der für seine Eltern eine Besorgung ausführen sollte, an und beauftragte ihn, einen Brief wegzutragen, wofür er 50 Pf. erhalten sollte. Er folgte dann dem Knaben in das Haus hinein. Auf der Treppe drückte er dem Kinde unter der Drohung: „Gib alles her, oder ich schieße" mit beiden Händen die Kehle zu. Der völlig eingeschüchterte Knabe mußte dann alles, was er bei sich trug, darunter eine Mark, einen Taschenspiegel und — ein Spiel Karten dem Angeklagten aushändigen. Vor Gericht hat Rechtsanwalt Paul Bredereck, dem bisher unbescholtenen Angeklagten, der offenbar unter dem Einflusse des Alkohols gestanden habe, die mildernden Umstände nicht zu versagen, um ihn wenigstens noch vor dem Zuchthause zu bewahren. — Das Urteil lautete unter Zubilligung mildernder Umstände auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten der Untersuchungshaft.

Aus aller Welt.

Ein Riesendampfer in Seenot.

Am Sonntagabend ist der neue englische Passagierdampfer „Titanic", der am Mittwoch von Southampton aus seine erste Fahrt nach New York angetreten hatte, an der Küste von Neufundland mit einem Eisberg zusammengestoßen. Der Dampfer begann bald nach dem Zusammenstoß zu sinken. Die ersten Meldungen, daß das Schiff versunken sei und ein Teil der Passagiere dabei das Leben verloren habe, haben sich glücklicherweise nicht bestätigt, da die wasserdichten Schotten das Eindringen des Wassers in den hinteren Schiffsraum verhinderten. In dem Augenblicke der Kollision entstand eine große Panik unter den Passagieren, die sich fast sämtlich bereits in ihren Kabinen befanden. Alles stürzte auf Deck, und erst nach längerer Zeit gelang es dem Kapitän und den Offizieren, die Passagiere zu beruhigen, die im Laufe der Nacht in Rettungsbooten untergebracht wurden. Durch drahtlose Telegramme wurden mehrere Dampfer herbeigerufen, die die Passagiere an Bord nahmen. Der Dampfer „Virginia" nahm das verunglückte Schiff, dessen Vorderteil mit Wasser gefüllt ist, in Schlepptau und dampft mit ihm in langsamer Fahrt nach Halifax.

Auf der „Titanic", dem größten Schiff der Welt, befanden sich viele bekannte Persönlichkeiten, darunter Colonel J. J. Astor, Präsident der Grand-Trunk-Eisenbahn, und Ismay, Präsident der White-Star-Linie, die Gräfin Rothes, ferner der Schriftsteller Stead, die Bankiers Guggenheim, Widener und Straus, im ganzen etwa 1380 Reisende, ungerechnet diejenigen, die in Cherbourg an Bord gegangen waren. Die Mannschaft des Dampfers beträgt etwa 900 Personen.

Einsturzkatastrophe in einer Kirche.

In Harrington in New Jersey hat sich, wie dem „B. T." aus New York gekabelt wird, am Montag eine große Einsturzkatastrophe ereignet. Die katholische Gemeinde der Stadt feierte die Grundsteinlegung einer neuen Kirche. Die halbvollendete Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt. Plötzlich brach der Fußboden ein. Dreihundert Personen wurden unter den Trümmern begraben. Bis jetzt wurden zwei Tote und mehrere Sterbende geborgen. Fünfzig weitere Personen sind schwer verletzt. Es befinden sich noch mindestens 250 Personen unter den Trümmern. Der Einbruch des Fußbodens brachte große, an den Wänden der Kirche aufgestapelte Massen von Holz ins Rutschen, das auf die Menschen in der Kirche herabstürzte, und die durch den Boden Hindurchgebrochenen unter sich begrub. Es entstand eine furchtbare Panik. Das Unglück trat unmittelbar nach einer Prozession von 15 Priestern um die neuerbaute Kirche ein, als gerade ein Priester mit der Predigt begonnen hatte. Die Kirche gleicht einem Schlachtfeld. Den Verwundeten wird auf dem Platz vor der Kirche die erste Hilfe zu teil.

Schreckensfahrt eines Kugelballons.

Der Ballon St. Gotthardt des schweizerischen Aeroklubs, der am Sonntagmorgen mit vier Passagieren in Zürich aufgestiegen war, wollte in der Nähe von Cossonay (Kanton Waadt) landen, wurde dabei heftig auf den Boden gestoßen und drei Mann der Besatzung, darunter der Führer, sowie zwölf Sandsäcke fielen heraus. Der so entlastete Ballon erhob sich mit dem vierten Passagier sehr schnell bis zu 5000 Meter Höhe. Der letzte Insasse, ein Herr namens Jenny aus dem Kanton Glarus, machte seine erste Ballonfahrt und ist in der Führung ganz unerfahren. Der Ballon überflog den Genfer See in sehr großer Höhe in der Richtung nach Aix les Bains und verschwand. Schließlich landete der Ballon ohne jede Schwierigkeiten in der Nähe von Annecy in Savoyen. Die drei aus dem Ballon gestürzten Herren wurden ziemlich erheblich verletzt.

Der größte Wolkenkratzer.

Die ungeheuere Steigerung der Bodenpreise in den „vornehmen" Bezirken New Yorks reizt die Bauspekulanten an, den Wolkenkratzern immer höhere Dimensionen zu geben. Gegenwärtig wird ein Riesenbau ausgeführt, der eine Höhe von 255 Meter in 51 Stockwerken erhalten soll. Das Haus wird 1600 Zimmer enthalten, von denen jedes für 200 Mark pro Monat vermietet werden soll. Es wird also einen Mietsertrag von 384 000 Mark pro Jahr abwerfen. Die Baukosten werden 32 Millionen Mark betragen.

Der Mitarbeiter.

Wir lesen im „Neuen Pester Journal": Durch welche Zufälligkeit oft die Presse in den Verdacht kommt, böswillig zu sein, ja sogar direkte Beleidigungen und Ehrenkränkungen zu begehen, beweist der folgende Fall, der sich in Szatmar zugetragen hat. An das Gericht dieser Stadt gelangte vor einigen Tagen eine Ehrenbeleidigungsklage. Ein junger Ehemann hätte den Prozeß eingeleitet und den Akten ein Exemplar eines in der Provinz erscheinenden Wochenblattes beigelegt. In der betreffenden Nummer war eine Heiratsanzeige angestrichen, und mit der hatte es folgende Bewandtnis. Der Aufgeber der Anzeige war der junge Ehemann selbst. Als die Anzeige erschien, strengte er gegen den Redakteur der Zeitung einen Ehrenbeleidigungsprozeß an. Die Heiratsanzeige stand nämlich auf der vorletzten Seite in der folgenden Form im Blatt: „Ilonka R. und Valentin B. zeigen ihre Vermählung an. Mitarbeiter Karl B." Der letzte Satz stand eine Zeile tiefer, jedoch gerade unter der Anzeige. Der Name des ständigen Mitarbeiters des Blattes, Karl B., war, wie man sich denken kann, durch Zufall, nämlich infolge fehlerhaften „Umbrechens" der Zeitungsspalte, in die Heiratsanzeige gelangt. Aber der junge Ehemann ist seitdem — wie er ja auch in seiner Anzeige ausführt — der Gegenstand spöttischer Bemerkungen und allgemeinen Gelächters, so daß er sich kaum auf die Straße traut. Seine Klageschrift schließt mit den Worten: „Ich bitte, den verantwortlichen Redakteur um so strenger zu bestrafen, als er nicht nur mich beleidigt, sondern auch meine Frau kompromittiert hat."

Kleine Notizen.

Mutter Erde rumort. In ganz Oberschlesien wurde am Sonntagnachmittag eine ziemlich starke Erderschütterung wahrgenommen, bei der die Gegenstände in den Zimmern ins Schwanken gerieten.

In einen Kanal gefahren. In Arzweiler (Lothringen) stürzte in der vergangenen Nacht ein Wagen des Hotelbesitzers Bour mit dem Kutscher und vier Insassen in den Kanal. Der Kutscher und zwei Insassen ertranken, die beiden anderen konnten gerettet werden.

Folgen pfäffischer Verhetzung. Vor einigen Tagen gaben wir einer Meldung Raum, wonach einer Bauerngutsbesitzerin in Krummöls (Schlesien) bald nach Uebersendung eines Drohbriefes, in dem sie als evangelischer Hund beschimpft wurde, ihr Besitztum niederbrannte. Wie wir aus einem uns zugesandten Zeitungsausschnitte ersehen, ist die von uns gebrachte Meldung insofern unrichtig, als das Anwesen der Frau bereits vor dem Drohbriefe niederbrannte. Den von uns wiedergegebenen beschimpfenden Brief führt die Empfängerin auf persönliche Feindschaft zurück, die mit der Konfession nichts zu tun habe.

England in „Gefahr". In Glasgow wurde am Montag dem Richter ein Mann vorgeführt, der sich Karl Armgaard Greaves nennt und aus Australien zu stammen behauptet. In seinem Besitze sind Schriftstücke gefunden worden, die für die Sicherheit des Staates gefährlich sind. Der Angeklagte, der englisch mit deutschem Akzent spricht, leugnet jede Schuld.

Mord und Selbstmord. In vergangener Nacht hat der in Chemnitz-Hilbersdorf wohnhafte Steinmetz Seifert seinen 13jährigen Sohn erdrosselt und sich dann selbst erhängt. Seifert, ein 38jähriger Mann, war Witwer und noch gestern abend mit dem Knaben in einem Restaurant gewesen. Irgend ein Grund zu der entsetzlichen Tat ist nicht bekannt.

Im Schneesturm erfroren. Während eines Schneesturmes sind am Sonnabend in der Nähe von Brzezanye in Galizien drei Bauern und ein Gymnasialschüler erfroren.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Arbeitsscheue in Berlin.

In der Sitzung der Berliner Stadtverordneten vom 11. April d. J. wurde über das von der preußischen Regierung geplante Arbeitshausgesetz verhandelt, und bei dieser Gelegenheit hat der Oberbürgermeister, Herr Kirschner, eine Aeußerung getan, die im Interesse der Sache eine nähere Beleuchtung verdient. Die schweren Bedenken, die gegen das Gesetz sprechen, sind von den sozialdemokratischen Rednern sowohl im Berliner Rathaus wie im Abgeordnetenhaus ausführlich zur Sprache gebracht worden. Es ist vor allen Dingen die schwere Rechtsverletzung, deren sich der preußische Staat durch ein solches Gesetz schuldig machen würde, nämlich der Einbruch in die Zuständigkeit des Reichs; sodann die Tatsache, daß die Entscheidung über die persönliche Freiheit aus der Hand des Richters in die Hand des Verwaltungsbeamten gelegt werden soll, wie es sonst nur in Rußland üblich ist; endlich die drohende Gefahr, das Arbeitshaus gegen Streikende anzuwenden. Ja es liegt die Vermutung nahe, daß dies letztere überhaupt der eigentliche Zweck des Gesetzes sei. Denn die Denkschrift der Regierung legt großes Gewicht darauf, daß die Richter stets den Nachweis der Arbeitsscheu verlangen, und daß dieser Nachweis in der Regel nicht erbracht werden kann. Gerade deswegen soll der Richter ausgeschaltet und durch den abhängigen Verwaltungsbeamten ersetzt werden. Nur so erklärt es sich auch, daß die Regierung nicht den geraden Weg geht und das Gesetz dem Reichstag vorgelegt hat: sie fürchtet offenbar, daß der Reichstag mit seinen 110 Sozialdemokraten es glatt ablehnen werde.

Es liegt nun auf der Hand, daß es für die krummen Wege der Reaktionäre von höchstem Werte ist, das Bedürfnis nach einem solchen Gesetz als sehr dringlich hinzustellen. Die vorhandene Arbeitsscheu muß als so riesengroß geschildert werden, daß der öffentlichen Meinung die Vorstellung beigebracht wird: es kann auf keinen Fall mehr gewartet werden, es muß sofort Abhilfe geschaffen werden. Dann blüht der Weizen der Reaktionäre, dann haben sie Aussicht, ihr schädliches Gesetz ohne großes Aufsehen durchzudrücken.

Bekanntlich gehört Herr Kirschner zu den Gegnern des Gesetzes. Aber durch seine Aeußerung hat er tatsächlich Wasser auf die Mühle der Reaktionäre geleitet. Die Aeußerung lautete nach dem Bericht des „Vorwärts":

„Die Zahl der Arbeitsscheuen und derer, die den Verpflichtungen gegen ihre Familie nicht nachkommen, ist fortgesetzt im Steigen, und alle Instanzen, die dazu imstande sind, haben die ernste Pflicht, mitzuwirken, daß diese traurige Erscheinung verschwindet."

Natürlich fällt es uns nicht ein, zu verlangen, daß Herr Kirschner, wenn dies seine Ansicht ist, etwa das Gegenteil davon sage. Aber wir meinen, bei der ernsten Sachlage sollte er sich doch nicht mit dem bloßen Ausspruch begnügen, sondern er sollte die Zahlen und Tatsachen angeben, die die Richtigkeit seiner Behauptung beweisen. Das ist nämlich das Sonderbare, daß auch die Regierung bei der Begründung ihres Gesetzentwurfs sich auf ebensolche Behauptungen ohne Beweis beschränkt. Herr Kirschner hat ja vorher schon im Herrenhause über den Gegenstand geredet, und dort hat er gesagt:

„Die Zahl der Arbeitsscheuen ist vielleicht nirgends so groß wie in unserer Stadt Berlin. Ich brauche nur die eine Zahl hier anzuführen, daß wir in unserm städtischen Obdach in der letzten Zeit tagein tagaus — oder vielmehr nachtein, nachtaus — über 5000 Personen beherbergt haben."

Hier hat er also wenigstens einen kleinen Versuch eines zahlenmäßigen Beweises gemacht, und ein reaktionärer Redner, der nach ihm kam, hat das sogleich ausgenutzt, indem er die Zahl mit 30 multiplizierte und — dem Sinne nach — entsetzt ausrief, es gebe also in Berlin allein jeden Monat 150 000 Arbeitsscheue! Daß es nicht jeden Tag andere Personen sind, die im Asyl nächtigen, daß also da unter Umständen dieselbe Person bis zu 30 mal gezählt ist, dies zu übersehen, ist ein Kunststückchen, das nur dem reaktionären Redner und nicht Herrn Kirschner zur Last fällt. Aber wer sich die von Herrn Kirschner gegebene Zahl ansieht, wird sofort merken, daß er hier die Obdachlosen ohne weiteres als Arbeitsscheue gezählt hat. Daß das nicht angängig ist, merkte er alsbald selbst und machte deshalb eine kleine Einschränkung:

„Das sind gewiß nicht alles Arbeitsscheue; aber es ist gewiß berechtigt, zu behaupten, daß ein großer Teil dieser Personen arbeitsscheu genannt werden muß."

Woher er die Berechtigung nimmt, so etwas zu behaupten, hat Herr Kirschner im Herrenhause nicht gesagt und auch nicht im Rathause. Wenn er's nicht noch nachträglich tut, wird man wohl annehmen dürfen, daß er tatsächliche Gründe nicht hat, sondern nur nach seinem Gefühl, nach seinem Empfinden urteilt. Demnach wird man auch nicht fehlgehen, wenn man in seinen weiteren Ausführungen und besonders in seinen Schlußfolgerungen das Wort „Arbeitsscheue" durch das Wort „Obdachlose" ersetzt. Das heißt, wenn Herr Kirschner (im Herrenhause) fortfuhr, daß „die Zahl dieser Personen seit dem Jahre 1903 fortdauernd im Steigen ist und namentlich in der letzten Zeit erheblich zugenommen hat", dann sind „diese Personen" eben nur Obdachlose, aber nicht Arbeitsscheue. Mit anderen Worten: Herr Kirschner ist in der Lage, Zahlen anzugeben, diese Zahlen wachsen ununterbrochen seit 1903, sie wachsen in letzter Zeit sogar erheblich — aber sie geben nur die Summe der Obdachlosen an; ob und wieviel davon arbeitsscheu sind, darüber weiß Herr Kirschner keine Tatsachen, sondern darüber urteilt er nur nach seinem Gefühl.

Ja wenn man weiter liest, so kommt man sogar zu dem Resultat, daß er das Gegenteil bewiesen hat. Er sagte nämlich im Herrenhause weiter, daß trotz der Zunahme in der Zahl der Obdachlosen

„die Verurteilung von Bettlern und Landstreichern wegen Arbeitsscheu fortdauernd abgenommen hat".

Hier braucht man bloß daran zu denken, daß — nach Angabe der Regierung — die Gerichte in jedem einzelnen Fall den Nachweis der Arbeitsscheu verlangen, und man wird in der Abnahme der Verurteilungen den Beweis dafür erblicken können, daß die Obdachlosen eben in ihrer übergroßen Mehrzahl nicht arbeitsscheu sind, daß demnach die Gefühle und Empfindungen des Herrn Oberbürgermeisters falsch sind.

Daß die Reaktionäre sich die Behauptungen des Herrn Kirschner zunutze machen, darauf werden wir nicht lange zu warten brauchen. Sind sie doch um Gründe in der größten Verlegenheit. Man muß nämlich wissen, daß die Regierung ihrem famosen Gesetz auch nicht eine Spur von amtlichen Zahlen zur Begründung beigegeben hat. Sie hat keine amtlichen Zahlen. Und nur um den Schein einer Begründung zu erwecken, hat sie ein paar von privater Seite gesammelte Zahlen mit angegeben. Die sind aber nicht weniger als 10 Jahre alt! Sie beweisen also für den heutigen Stand der Dinge gar nichts, insbesondere beweisen sie nichts für die wichtige Frage, ob die Zahl der Arbeitsscheuen inzwischen zu- oder abgenommen hat. Außerdem führt die Regierung noch eine sogenannte „Statistik" (ebenfalls von privater Seite) aus dem Jahre 1909 an. Die umfaßt aber nur einen einzigen Monat und bringt nur Zahlen aus 20 Städten; sie kann also ernsthaft gar nicht in Betracht gezogen werden.

Diese Sachlage war doch Herrn Kirschner bekannt. Um so mehr ist es zu bedauern, daß er es nicht vermieden hat, durch seine bis jetzt völlig beweislosen Behauptungen sich den Dank aller Reaktionäre zu erwerben.

Der erste Verbandstag der Hausangestellten.

Der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands wurde am Sonntagvormittag um 10 Uhr im Gewerkschaftshause eröffnet. Die Vorsitzende Ida Baar bot in ihrer Begrüßungsansprache auch der anwesenden Vertreterin der organisierten Dienstboten Oesterreichs, Adelheid Popp-Wien, ein herzliches Willkommen. Von der Generalkommission der Gewerkschaften war Gustav Bauer, von der Berliner Gewerkschaftskommission Adolf Ritter, von dem Arbeiterinnenkomitee Frau Boenig und Martha Tietz erschienen. Zur Leitung des Verbandstages wurden gewählt Ida Baar und Luise Kähler als Vorsitzende, Frau Hennig und Fräulein Gewehr als Schriftführerinnen.

Die

Berichterstattung des Vorstandes

stand als erster Punkt auf der Tagesordnung. Die gedruckt vorliegenden Berichte für die Zeit vom 1. April 1909 bis zum 31. Dezember 1911 sind bereits in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" besprochen worden. Die Vorsitzende, Fräulein Baar, betonte in ihrer Erläuterung zu den Berichten, daß die Erfolge der Organisation, wie sie in den veröffentlichten Zahlen, besonders in den Mitgliederzahlen zum Ausdruck kommen, zwar gering erscheinen, daß aber eine reiche Agitationsarbeit geleistet worden ist und Gewinne in Fülle zu verzeichnen sind, die sich nicht zahlenmäßig ausdrücken lassen. Von den 18 Verbänden der Dienstboten, die sich 1909 zu dem Zentralverband zusammenschlossen, hätten viele ohne die Hilfe der Zentralstelle sich nicht bis heute aufrechterhalten können. Und heute bestehen 35 Ortsgruppen mit einem zum großen Teil gefestigten Mitgliederbestand. Die Leistungen des Verbandes sind gestiegen, wie die Ausgaben für Krankenunterstützung, die Errichtung von Arbeitsnachweisen und Auskunftsstellen und Rechtsschutz beweisen. Die Wirksamkeit des Verbandes zeigt sich auch darin, wie die Gegner in ihren christlichen Verbänden und in den von Hausfrauen gegründeten Vereinigungen eine Gegenagitation entfalteten. Man befürchtete das Emporkommen der Ortsgruppen des Zentralverbandes und versuchte durch mancherlei Mittel, zum Beispiel durch die Errichtung von Hausdienstausschüssen, die Dienstboten für sich zu gewinnen. Als besondere Schwierigkeit in der Agitation bezeichnete die Vorsitzende den Mangel an geeigneten tüchtigen Kräften, die gewillt sind, sich in den Dienst der Organisation zu stellen. Dieser Dienst wurde mancher leitenden Kraft zu schwer oder unmöglich gemacht, so daß ein Wechsel in der Leitung mancher Ortsgruppe eintrat, der gewöhnlich nachteilig wirkte, wenn nicht, was natürlich am schlimmsten war, die leitende Stellung zeitweise unbesetzt blieb. Die Vorsitzende empfahl dringend den Ortsgruppen die Heranbildung von geeigneten Hilfskräften, die eventuell eine leitende Stellung übernehmen können. — Im allgemeinen könne man, wenn man die vorliegenden Schwierigkeiten in gerechter Weise abwägt, mit den erzielten Fortschritten der Gesamtorganisation wohl zufrieden sein; in dem sehr ausführlich gehaltenen Bericht habe die Verwaltung genaue Rechenschaft über ihre Tätigkeit abgelegt. — Den

Kassenbericht

erläuterte dann die Kassiererin Gertrud Hanna, die einerseits anerkannte, daß der Verband noch Zuschüsse braucht, andererseits aber die Notwendigkeit betonte, danach zu streben, auf eigenen Füßen zu stehen. Sie verglich die Einnahmen des ersten Jahres mit denen des letzten Jahres der Berichtszeit und zeigte, daß sich die Einnahmen aus Beiträgen und Eintrittsgeldern im Jahre 1911 um 73 Proz. erhöhten, während die Mitgliederzahlen um 31 Proz. stiegen, was als recht erfreulicher Fortschritt anzusehen sei. Nur eine ganz geringe Summe ist für den Rechtsschutz verbraucht worden, aber daraus dürfe man keine falschen Schlüsse ziehen, denn man müsse die reiche Verbandstätigkeit für die außergerichtliche Schlichtung von Streitfällen in Betracht ziehen. Die Rednerin ging dann auf eine Differenz mit der Ortsgruppe Hannover ein, die den Verbandstag noch besonders beschäftigte. Zum Schluß besprach sie die eingelaufenen Anträge, soweit sie die Kassenverhältnisse betreffen.

Für den Ausschuß nahm Luise Kähler-Hamburg das Wort. Sie zollte dem Wirken des Vorstandes Anerkennung und erklärte, daß Wünsche und Beschwerden nennenswerter Art den Ausschuß nicht beschäftigten.

Im Namen der Revisoren erklärte Louise Zietz, daß Bücher und Belege für die Kassenführung sowohl unter der Leitung von Fräulein Baar wie unter der von Fräulein Hanna in bester Ordnung befunden wurden. Die Revisoren beantragten die Entlastung für den Gesamtvorstand. Diesem Antrage stimmten die Versammelten später ohne Widerspruch zu.

In der

Diskussion über den Geschäftsbericht

nahm die Angelegenheit der Ortsgruppe Hannover einen breiten Raum ein. Hannover beansprucht unter allen Ortsgruppen insofern eine Ausnahmestellung, als von dort keine Beiträge an die Hauptkasse abgeliefert werden. Die Delegierte von Hannover sowie der anwesende Vertreter des dortigen Gewerkschaftskartells verteidigten die Haltung der Ortsgruppe mit Gründen, die von keiner Seite auf dem Verbandstag anerkannt wurden. Das Gewerkschaftskartell Hannover unterstützt die Ortsgruppe dort mehr als irgendein anderes Kartell, und die Einrichtungen der Ortsgruppe lassen für die Hauptkasse nichts mehr übrig. Mit diesem Stand der Dinge erklärten sich aber sämtliche Redner in der Diskussion nicht länger einverstanden, und Bauer von der Generalkommission machte schließlich den Vorschlag, daß das Kartell von Hannover, wenn es bestimmte Mittel zur Verfügung stellt, sich eines maßgebenden Einflusses bei der Verwaltung enthalten möge, der allein der Hauptverwaltung des Verbandes zusteht. Das Kartell sollte sich mit der Mitwirkung durch eine Vertretung in der Ortsverwaltung begnügen. Dieser Vorschlag fand die allgemeine Billigung der Delegierten; dem Hauptvorstande wurde eine bestimmte Regelung der Angelegenheit aufgegeben.

Der Verbandstag ging dann zum zweiten Punkt der Tagesordnung über, die

Anträge auf Abänderung der Statuten

betreffend. Die Delegierten der Ortsgruppen, von denen die Anträge ausgingen, erhielten zunächst das Wort zur Begründung derselben. Die Generaldiskussion darüber begann am zweiten Verhandlungstage, Montag früh um 9 Uhr. Im Vordergrunde der Diskussion stand zunächst der Antrag des Hauptvorstandes, den monatlichen Verbandsbeitrag von 40 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von einigen Ortsgruppen unterstützt, von Hamburg außerdem noch eine Erhöhung des Eintrittsgeldes von 20 auf 50 Pf. beantragt. Die Gewinnung der Diener für den Verband kam ebenfalls zur Sprache. Ein Antrag zielte auf eine besondere Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder, die dann Ansprüche auf höhere Leistungen stellen könnten. Aber für eine solche Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern bestand wenig Neigung unter den Delegierten. Diener haben sich bisher nur vereinzelt als Mitglieder aufnehmen lassen.

Andere Anträge beschäftigten sich mit den Unterstützungseinrichtungen des Verbandes, mit den Rechten der Mitglieder innerhalb der Organisation usw. Nach eingehender Beratung beschloß der Verbandstag, den Monatsbeitrag auf 50 Pf. zu erhöhen; davon sollen aber 50 Prozent den Ortsgruppen verbleiben. Eine allgemeine Erhöhung des Eintrittsgeldes wünschte der Verbandstag nicht, überließ es aber den einzelnen Ortsgruppen, das Eintrittsgeld bis zum Betrage von 50 Pf. zu erhöhen; davon soll jedoch die Hauptkasse nicht mehr als 20 Pf. erhalten. In bezug auf die Krankenunterstützung wurden einige Bestimmungen zum besseren Verständnis des Statuts beschlossen. — Die übrigen Anträge wurden teils abgelehnt, teils einer Kommission zur Durchsicht übergeben.

Der Verbandstag hörte dann ein Referat von Ida Baar über die

Agitation

für den Verband. Die Referentin würdigte die Schwierigkeiten, die der Agitation in den Kreisen der Dienstboten begegnen, eingehend und gab eine Reihe von Anregungen, wie die Agitation wirkungsvoll betrieben werden kann. Sie verteidigte energisch die Hausangestellten gegen die Geringschätzung, die ihnen so oft entgegengebracht wird und gegen die Annahme, daß sie weniger Befähigung und guten Willen zur Organisation besitzen als Kategorien anderer Arbeiterinnen. Schuld tragen vielmehr äußere Umstände, wie zum Beispiel die unbedingte Abhängigkeit im Dienstverhältnis und die Ausnahmestellung, die durch die Gesindeordnung für sie gegeben ist. Die Referentin forderte dazu auf, die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft in den einzelnen Orten anzurufen, denn an solcher Mithilfe mangele es oft recht sehr. Unter anderem wünschte die Rednerin, daß die Ortsleitungen allen gesetzlichen Bestimmungen, die den Hausangestellten von Nutzen sind, wie zum Beispiel in der neuen Reichsversicherungsordnung, große Aufmerksamkeit widmen.

Eine lebhafte Diskussion folgte dem Vortrage. Aus den einzelnen Ortsgruppen erzählten die Delegierten von ihren Erfahrungen in der Agitation, wobei auch der Gegenagitation von konfessionellen Vereinen, Hausfrauen- und anderen Vereinen, die von Vorlegern von Dienstbotenzeitungen und Stellenvermittlern gegründet werden, gedacht wurde. Die Vereinzelung der Mädchen und der Mangel an persönlicher Freiheit wurden als besondere Hindernisse in der Agitation von Luise Zietz hervorgehoben. Man sollte nicht nur versuchen an die Mädchen heranzukommen, sondern vor allen Dingen auch die Eltern beeinflussen, daß sie ihre Töchter, die in den Dienst gehen, dem Verbande zusenden. Durch Vorträge, durch die Presse, durch Plakate und Flugblätter wollte man Aufklärung geben über Ziele und Zwecke des Verbandes verbreiten. — Viel Anerkennung fand der Wert der Auskunftsstellen und des Rechtsschutzes durch den Verband, wie auch betont wurde, daß durch die allgemeine Agitation des Verbandes die Arbeitsverhältnisse für die Dienstboten in mancher Beziehung verbessert wurden. Von verschiedenen Seiten kamen freilich auch Beschwerden über mangelndes Verständnis und geringes Entgegenkommen bei Arbeiterorganisationen, wo man auf mehr Förderung der Verbandsbestrebungen rechnete.

Mit der Diskussion verbunden wurde eine Weiterberatung einer Reihe von vorliegenden Anträgen. Der Antrag des Hauptvorstandes, eine zweite Angestellte für das Zentralbureau zu wählen, erhielt die Zustimmung des Verbandstages. Ferner wurde beschlossen, daß eine Regelung der Gehälter für die Angestellten vorzunehmen ist, daß ein Merkbüchlein mit Kalender für die Hausangestellten herausgegeben werden soll und daß die Worte am Kopf des Fachorgans „Monatsschrift des Vereins für die Interessen der Hausangestellten" zu streichen sind.

Die Vorsitzende gab zum Schlusse des zweiten Verhandlungstages bekannt, daß mit dem Kartell von Hannover ein zufriedenstellendes Einverständnis erzielt worden ist. —

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die am Freitag abgehaltene Generalversammlung der Zahlstelle Berlin beschäftigte sich zunächst mit Anträgen, die sich auf die Unterstützungen derjenigen Mitglieder beziehen, welche auf Grund eines früheren Beschlusses berechtigt sind, statt des Beitrages von 1 M. nur 60 Pf., das heißt nur den Verbandsbeitrag ohne Lokalzuschlag zu zahlen. Angenommen wurde folgender Antrag:

„Mitglieder der Zahlstelle Berlin, welche durch Zahlen des vollen Beitrages schon Anrechte an die Lokalkasse erworben haben, erhalten auch dann, wenn sie nur Hauptkassenbeiträge zahlen, in den nächsten 26 Wochen Lokalunterstützung. Die gleiche Wartezeit tritt in Kraft, wenn später wieder der volle Beitrag gezahlt wird."

Der Verwaltung wurde ein Antrag überwiesen, welcher lautet:

„Den Beschluß vom September 1911 über die Lohngrenze von 21 M. bei Bezahlung des 60 Pf.-Beitrages aufzuheben und dafür 24 M. zu setzen. Den 60 Pf.-Beitrag nicht nur für Korbmacher und Maschinenhilfsarbeiter, sondern für alle Branchen einzuführen."

Hierauf kamen einige Anträge zur Verhandlung, welche sich auf die Delegiertenwahl zum Verbandstage beziehen. Die Antragsteller befürworteten eine Aenderung des Wahlmodus in der Weise, daß nicht die ganze Zahlstelle einen einheitlichen Wahlbezirk bilde, sondern eine Anzahl gesonderter Wahlbezirke nach Branchen gebildet werden, auf welche die Delegierten nach der Stärke der Branchen verteilt werden. Nach längerer Debatte wurden diese Anträge, die an den Verbandstag gestellt werden sollten, abgelehnt.

Einstimmig wurde beschlossen, freiwillige Beiträge zu sammeln, um die ausgesteuerten Mitglieder zu unterstützen. — Aus der Stichwahl zwischen zwei Beisitzer-Kandidaten ging Grasse als gewählt hervor.

Schließlich wurde die Kandidatenliste für die Delegiertenwahl zum Verbandstag aufgestellt.

Auf Vorschlag Glockes erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die nächste Vertrauensmännerversammlung über die Maifeier zu entscheiden hat.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Generalversammlung, welche am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain abgehalten wurde, war eine Fortsetzung der Generalversammlung vom 24. März, die mit ihrer Tagesordnung nicht zu Ende gekommen war. — Jetzt stand zunächst die Neuwahl des ersten Bevollmächtigten auf der Tagesordnung. Hierzu lag ein Antrag der Former und Berufsgenossen bei Borsig vor, welcher verlangt, daß dem ersten Bevollmächtigten Cohen bei seiner Wiederwahl ein Mißtrauensvotum ausgestellt werde, um ihm Gelegenheit zu geben, sich über den Ausgang des Formerstreiks zu äußern. Ein zweiter Antrag verlangt, daß die Wahl des ersten Bevollmächtigten vertagt und eine Kommission eingesetzt werde, welche einen Gegenkandidaten aufzustellen hat. In der dem Antrage beigegebenen Begründung heißt es unter anderem, Cohen habe gesagt, er nehme eine Wiederwahl nur an, wenn die ganze Kollegenschaft hinter ihm stehe. Das sei nicht der Fall, denn einige Bezirksversammlungen hätten sich gegen Cohen erklärt.

Handke, der die Versammlung leitete, erklärte, Anträge, die erst in der Generalversammlung gestellt werden, seien nicht zulässig, weil dadurch das Recht der Mitglieder, vorher zu den Anträgen Stellung zu nehmen, verletzt werde. Weiter bemerkte der Redner, die Ortsverwaltung und die Bezirksversammlungen haben zur Wahl des ersten Bevollmächtigten Stellung genommen und empfehlen die Wiederwahl des Kollegen Cohen. Andere Vorschläge sind nicht gemacht, andere Kandidaten nicht aufgestellt worden.

Aus der Versammlung wurden nun einige Kandidaten vorgeschlagen, die aber ablehnten. Einer der Vorgeschlagenen gehörte nicht zu den Teilnehmern der Generalversammlung. Er befand sich im Vorraum, konnte aber über die Annahme der Kandidatur nicht befragt werden, weil die Mehrheit der Versammlung ablehnte, ihn zu diesem Punkt zuzulassen. — Somit blieb Cohen der alleinige Kandidat. Die Debatte über seine Wahl wurde eröffnet. Müller fragte, warum Cohen in der Versammlung der Gewerkschaftskommission am 3. April erklärt habe, er werde sich dem daselbst gefaßten Beschluß über den Beitrag zum Maifonds nicht fügen.

Cohen antwortete hierauf in einer längeren Rede, deren wesentlichster Teil besagt: Nach den Vereinbarungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, sowie den Beschlüssen des Parteitages und des Gewerkschaftskongresses sollen die Sammlungen zum Maifonds freiwillige sein. Mit voller Absicht ist die Freiwilligkeit in den Beschlüssen ausgesprochen, weil jeder Zwang vermieden werden sollte. Keine örtliche Instanz hat das Recht, einen Beschluß zu fassen, der den Beschlüssen des Parteitages und des Gewerkschaftskongresses widerspricht. Jeder Beschluß, der feste Beiträge fordert oder eine Verpflichtung zur Beitragsleistung ausspricht, ist ungültig, denn er verstößt gegen die Beschlüsse des Parteitages und des Gewerkschaftskongresses. Dem hat die Berliner Gewerkschaftskommission im vorigen Jahre Rechnung getragen, indem sie beschloß, es unterliege dem freien Willen eines jeden, wie viele Beitragsmarken (zu 50 bezw. 25 Pf.) er nehmen wolle, jedoch werde erwartet, daß sich jeder an der Sammlung beteiligen werden. — Wenn auf Grund des vorjährigen Beschlusses nicht viel eingekommen ist, so darf man doch nicht erwarten, daß sich die Einnahmen erhöhen, wenn man den Beitrag um das Vier- bis Fünffache erhöht. Deshalb hat denn auch die gemeinsame Versammlung der Gewerkschaftskommission und der Parteifunktionäre den Antrag, einen halben Tagesverdienst zu erheben, abgelehnt. Der dann gefaßte Beschluß, Marken zu 50 Pf. und 1 M. herauszugeben, war nur ein vorläufiger, die endgültige Beschlußfassung sollte Sache der beiderseitigen Körperschaften sein. Das hat der Vorsitzende, Genosse Ernst, ausdrücklich gesagt. Die Parteiorganisation von Groß-Berlin hat denn auch in ihrer Generalversammlung zu dem Beschluß Stellung genommen und ihn bestätigt. Nun hätten auch die Gewerkschaften, vielleicht eine Sitzung der Vorstände, einen für sie bindenden Beschluß in der Angelegenheit fassen müssen. Das ist aber durch den Beschluß, den die Gewerkschaftskommission am 3. April faßte, verhindert worden. Wenn ich mich im Einverständnis mit der Ortsverwaltung gegen diesen Beschluß erklärte, so geschah es deshalb, weil er nicht im Einklang steht mit den Beschlüssen des Parteitages und des Gewerkschaftskongresses und weil es unsere Pflicht ist, zu verhindern, daß Konflikte aus Anlaß derartiger Beschlüsse entstehen. Wir müssen doch fragen: Wenn unsere Mitglieder zur Zahlung von Maifondsbeiträgen in bestimmter Höhe verpflichtet werden, was geschieht dann mit denen, die nicht zahlen? Wir haben uns in dieser Angelegenheit an die Generalkommission gewandt und haben von ihr die Antwort bekommen, daß die Erhebung fester Beiträge gegen die zwischen Parteivorstand und Gewerkschaftskommission getroffenen, vom Leipziger Parteitage genehmigten Vereinbarungen verstößt, daß also feste Beiträge nicht erhoben werden dürfen und die Leistung eine freiwillige sein muß. — Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission, an den wir uns hierauf wandten, lehnte die von uns beantragte Einberufung einer Sitzung ab, er gab uns aber eine Deklaration des Beschlusses vom 3. April. Diese besagt: In der Versammlung ist mehrmals erklärt worden, daß die Beisteuer zum Maifonds eine freiwillige ist, und daß niemand zum Beitrag gezwungen werden kann, und daß aus der Nichtbeteiligung an der Sammlung keine Konsequenzen gezogen werden können. — Also durch diesen Bescheid des Gewerkschaftsausschusses ist der Charakter der Freiwilligkeit gewahrt. Wir haben dadurch das erreicht, was wir erreichen wollten und brauchen in dieser Angelegenheit keine weiteren Schritte zu tun. — Zur Maifeier selbst hat die Ortsverwaltung Stellung genommen und beschlossen:

In allen Betrieben, wo zwei Drittel unserer Kollegen vollberechtigt, das heißt mindestens ein Jahr Mitglied sind, sollen sie zur Maifeier Stellung nehmen. Bei der Feststellung der Zahl der Vollberechtigten werden auch die Mitglieder anderer Organisationen mitgerechnet. In diesen Betrieben entscheidet die einfache Mehrheit der Beschäftigten. Wird auf diese Weise die Arbeitsruhe beschlossen, dann hat sich die Minderheit dem Beschluß zu fügen und ebenfalls die Arbeit ruhen zu lassen. Diejenigen, die dann ausgesperrt werden, erhalten vom 2. Mai ab die statutenmäßige Streikunterstützung. — Eine Zustimmung der Ortsverwaltung zur Arbeitsruhe ist nicht erforderlich.

Im weiteren Verlauf der sehr ausgedehnten Debatte spielte der Formerstreik die Hauptrolle. Mehrere Redner kritisierten die Taktik der Ortsverwaltung in diesem Streik und erhoben Vorwürfe gegen Cohen, die zum Teil einen vorwiegend persönlichen Charakter trugen. Was sachlich über den Formerstreik und über den Dreherkonflikt in Rosenthal gesagt wurde, ist schon in der vorigen Generalversammlung vorgebracht und in der Hauptsache auch in unserem Bericht mitgeteilt worden. Einer der Redner meinte, die Generalversammlung sei keine einwandfreie Vertretung der Berliner Kollegen. Wenn Cohen Mut habe, dann solle er sich nicht hier, sondern in einer Urabstimmung zur Wahl stellen.

Cohen verteidigte sich in längeren Ausführungen gegen die Angriffe seiner Kritiker und rechtfertigte die Taktik der Ortsverwaltung. Er habe sein Amt ausgeübt im Interesse der Mitglieder. Im Falle seiner Wiederwahl werde er seine Tätigkeit in derselben Weise fortsetzen, wie er es bisher getan habe und wodurch er, wie er glaube, das Vertrauen der Kollegen erworben habe. Hier, wo er kritisiert worden sei und sich verantwortet habe, stehe er zur Wahl. Er ersuche darum, daß über die Resolution eines Teils der Borsigschen Former, die ein Mißtrauensvotum gegen ihn beantrage, zuerst abgestimmt werde. Wenn die Resolution angenommen werde, dann werde er natürlich von der Kandidatur zurücktreten, dann sei man ihn los. Er gehe seinen geraden Weg, wie bisher in Vertretung der Interessen der Kollegen. Mehr könne man nicht von ihm verlangen. (Bravo.)

Hierauf wurde die Resolution der Borsigschen Former (die von einer Branchenversammlung der Former eingebracht ist) mit allen gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt und Cohen per Akklamation mit allen gegen etwa 40—50 Stimmen wiedergewählt.

Als zweiter Kassierer wurde Blumenthal, als Revisoren wurden Dräger und Grieß, als Beisitzer Jsmar und Stricker wiedergewählt. — Der Rest der Tagesordnung wurde der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung vertagt.

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Sitzung: Heute Dienstag, den 16. April, abends 9 Uhr, bei Eichhorn, Danziger Str. 93/94. Vortrag. Gäste willkommen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. 4. cm	seit 13. 4. cm¹)	Wasserstand	am 14. 4. cm	seit 13. 4. cm¹)
Memel, Tilsit	376	−24	Saale, Grochlitz	115	−5
Pregel, Insterburg	38	−15	Havel, Spandau²)	78	−6
Weichsel, Thorn	488³)	+54	„ Rathenow²)	127	+4
Oder, Ratibor	202	−10	Spree, Spremberg²)	90	+4
„ Krossen	254	+10	„ Beeskow	85	+4
„ Frankfurt	234	+10	Weser, Münden	292	−11
Warthe, Schrimm	84	+2	„ Minden	287	−1
„ Landsberg	74	0	Rhein, Maximiliansau	412	−4
Netze, Vordamm	45	−1	„ Kaub	219	−1
Elbe, Leitmeritz	45	−11	„ Köln	250	+2
„ Dresden	—	—	Neckar, Heilbronn	85	−9
„ Barby	216	−10	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	170	−14	Mosel, Trier	106	−8

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel. ³) Nach telegraphischer Meldung Wasserstand bis heute Morgen auf 442 cm gefallen.

Nervöse sollten Kathreiners Malzkaffee trinken.

Der Gehalt macht's!

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

85 Küchen-Einrichtungen, 60 Sofas,
große Posten Schreibtische, Bücherschränke, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer.
Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 32.

Zigarren
Gelegenheitsposten für Restaurateure u. Händler v. 20 M. aufwärts. (11—1 Uhr u. 5—7 Uhr.) Schreiner & Co., Schicklerstraße 5.

Steppdecken Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Steppdecken in voller Bettgröße

Similiseide (Seidenersatz)	in den Farben bord., blau, oliv	5.25 bis 21.00
Wollatlas		9.00 bis 27.00
Similiseide (doppelseitig)		8.25 bis 25.00
Daunendecken		25.00 bis 125.00
Schlafdecken		2.50 bis 48.00

Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.

Los nur 50 Pfg.
Ziehung 23. April 1912
Gnesener Pferde-**Lotterie**
3242 Gewinne i. W. v. zus. M.
70000
darunter 42 Pferde, 5 Equipagen M.
50000
3200 Silbergewinne Mark:
20000
Hauptgewinn W. Mark:
10000
Lose 50 Pf. 11 Lose sort. aus verschied Tausenden 5 M.
Porto und Liste 25 Pf extra durch das General-Debit
H. C. Kröger
BERLIN W. 8, Friedrichstr. 193a
sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstell.
Telegr.-Adr.: „Goldquelle"

Treptower Lustgarten
Parkstraße 2
empfiehlt seinen Saal und Garten zur Maifeier sowie zu anderen Festlichkeiten.
Telephon: Moritzplatz 10 141.

Pollmanns **Bandagen-**Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Stoffe
für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots, Damenkostüme Mtr. 3,— 4,— 6,— M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis d. Petrikirche.

Orts-Krankenkasse der Schmiede und verwandten Gewerbe.
Donnerstag, den 25. April 1912, abends 8½ Uhr:
Ordentliche
General-Versammlung
bei Fröhlich, Muskauer Straße 1.
1. Vorlage der Jahresrechnung 1911.
2. Bericht der Revisoren und Antrag auf Erteilung der Decharge.
3. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern, Arbeitnehmer (Ersatzwahl).
4. Statutenänderung.
5. Verschiedenes. 273/17
Der Vorstand.
J. A.: Ad. Pilgrim, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher.
Die Ordentliche
General-Versammlung
findet am Donnerstag, den 25 April 1912, abends 9 Uhr, im Restaurant Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25, statt.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht.
2. Bericht der Revisoren.
3. Genehmigung des Vertrages mit dem Rendanten.
4. Zentralisation der Krankenkassen.
5. Beschlußfassung über Fortbestehen der Kasse laut Reichsversicherungsordnung.
6. Verschiedenes. 273/15
Hierzu werden die Herren Delegierten eingeladen.
Der Vorstand.
G. Lürich, Vorsitzender.

Tätowierung
entfernt Dr. Schünemann, Spezialarzt für Hautkrankheiten, Berlin, Oranienstr. 139.

Auch Teilzahlung!
Nur Wilh. **Möbel-Misch**
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Wer Stoff selbst
liefert Anzug od. Paletot nach Maß inkl. Zutaten, auf Roßhaar von 25 M. an. Wenn ich Stoff zugebe, von 45 M. an. Deutsche u. englische Stoffe.
Mein Zuschneide- u. Anprobesystem bürgt für tadellosen Sitz.
F. Hänke Prenzlauer Str. 25 II. Alexanderplatz.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).
Soeben erschien: 246/20
Die Wertzuwachssteuer.
Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.
Von Albert Südekum.
(Heft 12 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik.)
Preis 1 M.
Vereinsausgabe 40 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Volkshause (großer Saal), Rosinenstr. 3:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 250/13
2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung.
3. Vereinsangelegenheiten.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Der Vorstand.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Gau Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 21. April, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain:
Uebungs-Stunde für den Bezirk 1 (Berlin).
Geübt werden folgende Lieder: Weihe des Gesanges. Dem Lenz entgegen. Jägerchor. Sturm. — Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Bureau und Stellennachweis: Kaiser-Wilhelm-Straße 18a.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 6170.
Mittwoch, den 17. April 1912, abends 8½ Uhr:
Allgemeine Mitglieder-Versammlung
in den „Musikersälen", Kaiser-Wilhelm-Straße 18m (großer Saal).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Dr. Siegfried Weinberg über: „Die Rechtsprechung in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse". 2. Wahl eines Mitgliedes zum Verbandsvorstand. 3. Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz in Kottbus. 4. Verbandsangelegenheiten.
Kolleginnen und Kollegen! Erscheint alle in dieser Versammlung. — Gäste haben Zutritt. [47/6] Die Ortsverwaltung.

Deutscher Kürschner-Verband.
Filiale Berlin.
Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Weinstr. 8. Fernspr.: Königstadt 6789.
Mittwoch, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr:
General-Versammlung
in den „Musiker-Sälen", Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.
Tagesordnung:
1. Vortrag der Genossin Ida Altmann über: „Die deutsche Literatur." Klopstock, Lessing, Wieland, Herder. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1912. 3. Gewerkschaftliches. 100/8
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin I.
S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof rechts II. Telephon: Amt Moritzplatz 9737.
Kostüm-Schneider und Schneiderinnen!
Dienstag, den 16. April 1912, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 57/58.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Alfred Bernstein über „Hygienische Ausblicke". 2. Vorgänge in der Berliner Kostümbranche. 168/20
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Kommission.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Fünfter Kreis.

Dienstag, den 16. April 1912, abends 1/2 9 Uhr, in den Unions-Sälen,
Greifswalder Straße 221/223:

Oeffentliche Frauen-Versammlung.

Vortrag der Genossin **Reichert: „Bist Du eine der Unserigen?"**

Nach dem Vortrage freie Aussprache. 223/12*

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Einberuferin.** J. A.: Anna Holzapfel, Rückerstr. 7.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 58/59:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht vom ersten Quartal. 2. Verschiedenes und Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Sektionsvorstand.**

Sektion der Kunststeinversetzer.

Mittwoch, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Kollegen Gollmick über: **„Für und gegen die Tarifverträge."** 2. Diskussion. 3. Sektionsangelegenheiten und Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erwartet **Die Sektionsleitung.**

Die

General-Versammlung des Zweigvereins

findet **nicht am 19. Mai,** sondern umständehalber

erst am 9. Juni

statt. 138/16* **Der Zweigvereinsvorstand.**

Oeffentliche Versammlung

Am Mittwoch, den 17. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Roczicki, Gesellschaftshaus, Pankow, Kreuzstr. 3/4.

Referent: **Stadtverordneter Waldeck Manasse:**

„Kirchen — Kasernen — Schulen".

Diskussion. **Eintritt 10 Pf.**

55/8* **Der Einberufer.** A. Herndt, Pappel-Allee 15—17.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Konkordia-Festsälen", Andreasstr. 64:

Gemeinsame

Vertrauensmänner-Versammlung

sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Maifeier.

Stock- u. Zelluloidarbeiter.

Donnerstag, den 18. April 1912, abends 6 Uhr, in den Rittersälen, (Inh. Bercht), Ritterstraße 75:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Stellungnahme zum 1. Mai.** 2. Bericht von der Gaukonferenz und Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Donnerstag, den 18. April 1912, abends 8 Uhr, im **Märkischen Hof,** Admiralstraße 16a:

Versammlung aller in der Sitzmöbelindustrie beschäftigten Arbeiter, Tischler, Polierer usw.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** über: **„Gewerkschaftskämpfe — Klassenkämpfe".** Referent: Kollege **Jul. Hildebrandt.** 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Einsetzer.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlungen

für die Bezirke 1, 2, 3, 4 und 6 in den bekannten Lokalen.

Möbelpolierer. (Bezirk Weißensee.)

Donnerstag, den 18. April, abends 6 1/2 Uhr, im **Prälaten,** Lehderstraße 122:

Branchen-Versammlung.

82/2 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engelufer 15:

Allgemeine Betriebs-Versammlung

für alle Beschäftigte der

Revier-Inspektionen.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: Zeit- und Tagesfragen der Arbeiterbewegung. Referent: Stadtv. Ad. Ritter.
2. Sitzungsbericht vom 4. April cr. (U. a. über die Auslegung des § 18 der Arbeitsordnung, die Akkordarbeit.)
3. Der Fortfall der Mittagspause bei den Sonntagswachen.

Vollzähliges Erscheinen erwartet 84/1

Die Ortsverwaltung. J. A.: M. Busacker.

Möbel-Cohn

58 Gr. Frankfurter Str. 58

unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark	15	30	50	75
	bis 25	bis 45	bis 70	bis 160

Moderne

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer

jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.

Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.

Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Unserem Genossen

Wilhelm Radelsen

nebst Gattin

zur Silberhochzeit unsere herzlichsten Glückwünsche.

Neukölln. Der 3e. Bezirk.

Unserem Genossen

Emil Hahn

und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. **Die Genossen u. Genossinn. d. Bez. 677/8, 681/2.**

Ordentl. General-Versammlung

der

Ortskrankenkasse

der

Hutmacher, Hutfournituren- und Filzwarenverfertiger in Berlin

am **Mittwoch, d. 24. April 1912, abends 8 Uhr,** im **Restaurant „Armin-Hallen", Kommandantenstr. 58/59.**

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Bericht der Revisoren pro 1911 und eventueller Antrag auf Erteilung der Decharge des Vorstandes und des Rendanten.
3. Antrag der Beamten betr. Neuregelung der Gehälter.
4. Antrag auf Anstellung von Beamten.
5. Antrag auf Abänderung der § 12 Ziffer 3 (Fortfall des Karenztages.)
6. Beschlußfassung über Zentralisation der Krankenkassen.
7. Verschiedenes. 1158b

S. Dannheuser, Vorsitzender.

Innungs-Krankenkasse

der

Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin.

In Gemäßheit des § 48 des Kassenstatuts sind die **Wahlen** von 17 Arbeitgebern und 17 Arbeitnehmern als Vertreter zu den Generalversammlungen der Krankenkasse für 1912 vorzunehmen.

Hierzu laden wir die Kassenmitglieder auf

Donnerstag, den 25. April 1912, abends 7 1/2 Uhr

nach dem „Prälaten", Stadtbahnbogen 110, ergebenst ein.

Die Wählerliste wird um 7,45 Uhr geschlossen.

An demselben Tage um 8 Uhr finden die Wahlen von 17 Vertretern der Innungsmitglieder statt, wozu diese ebenfalls ergebenst eingeladen werden.

Die Wählerliste wird um 8 1/2 Uhr geschlossen.

Indem wir um zahlreiche Beteiligung ersuchen, bemerken wir, daß als Legitimation der Kassenmitglieder das Krankenbuch, als Legitimation der Innungsmitglieder die Beitragsquittung gilt. 273/10

Berlin, den 15. April 1912.

Der Vorstand.

J. A.: Rose, Vorsitzender.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein für den **4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Stralauer Viertel.)** Bezirk 297 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Rosa Michalski

Goßlerstr. 20, gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

215/4 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim.

Bezirk Stralau.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Glasmacher

Eduard Gabel,

Alt-Stralau 46, im Alter von 52 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. April, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle in Stralau aus statt. 241/3

Um rege Beteiligung bittet

Die Bezirksleitung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer

Anton Piotrowski

(Bezirk Süden) am 13. April im Alter von 39 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Michael-Kirchhofes in Mariendorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

138/14 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband

(Zweigverein Berlin.)

Am 12. April verstarb unser Mitglied, der Maurer

Karl Noske

(Bezirk Pankow).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 16. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des dritten Gemeinde-Friedhofes in Pankow-Schönholzer-Heide, Bahnhofstraße, aus statt.

138/16 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Fritz Waschke

am 12. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Anschläger

Gustav Hoppe

am 14. d. Mts. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwig-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Former

August Heinacker

am 14. d. M.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Virchow-Krankenhauses aus nach dem Gnaden-Kirchhofe in der Barfusstraße statt. 115/11

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Am 14. April starb mein guter Mann, unser lieber Vater, der Former 1190b

August Heynacker

im 54 Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, vom Virchow-Krankenhause aus nach dem Friedhofe der Gnaden-Gemeinde in der Barfusstraße statt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.

Durch den Tod ist uns unser Kollege

August Rehberg

(Parkverwaltung) entrissen worden.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung findet am Mittwoch, den 17. April, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln aus statt.

34/2 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter

Albert Kühnast

Thaerstraße 36, im Alter von 24 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, den 15. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Hermann Winderlich

Romintener Str. 32, im Alter von 36 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute,** Dienstag, den 16. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

82/1 **Die Ortsverwaltung.**

Am 12. d. Mts. verstarb unser lieber Kollege

Stanislaus Marcinkowski.

Ehre seinem Andenken!

Die Kollegen der Pianofortefabrik Görs & Kalmann.

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 16. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.

(Deutscher Senefelder-Bund.)

Am 11. April verstarb in der Heilstätte Feldberg unser Kollege und Mitglied, der Lithograph

Louis Schädlich

im Alter von 51 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Hedwigs-Kirchhofes, Liesenstr. 8, aus statt.

Die Verwaltung der Filiale I.

Die Beerdigung des Herrn Lithograph

Louis Schädlich

findet am Dienstag, den 16. April, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des St. Hedwigfriedhofs Liesenstr. 8, aus statt. 295/18

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die Blumenspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Karl Bindseil** sage ich meinen innigsten Dank.

Die tiefbetrübte Witwe nebst Kinder.

1187b

Danksagung.

Für die Zeichen innigster Anteilnahme bei dem Tode meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sprechen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Karl Flohr unseren besten Dank aus.

Marie Kaczmarek nebst Kinder. 1186b

Reinickendorf (West).

Danksagung.

Für die vielen Kondolenzen und herzliche Teilnahme sowie die überaus herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter

Gertrud Wolff geb. **Adler**

sage ich allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Waldeck Manasse für die tief zu Herzen gehenden Worte sowie den Sängern der „Kreuzberger Harmonie" und den Obleuten und Ordnern der Freien Volksbühne, dem stellvertretenden Chef und Kollegen der Firma Rietsch u. Sohn, unseren tiefsinnigsten Dank.

Johann Wolff nebst Kindern und Angehörigen.

Nicht am eleganten

Schuh allein, nein, an allen Schuhen sollten Sie Continental Gummi-Absätze tragen. Dauerhafter als Leder. Keine Erschütterungen des Körpers. Angenehmer, elastischer Gang. Fordern Sie stets von Ihrem Schuhmacher

Continental Gummi-Absätze

Auch erhältlich in den Lederhandlungen u. Schuhgeschäften.

Schweimer Gummiwaren-Industrie G.m.b.H., Schweim i. W.

An Arbeitsstätten

sollten nur noch

Schloßbräu-Flaschenbiere

getrunken werden.

Nahrhaft, erfrischend, sehr bekömmlich.

Die Qualität ist hervorragend!

Wir schwören

auf

Selowsky's

Caruso-Cigaretten

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**

Amt 4, 3014.

Elegante

Herren-Moden

fertig u. nach Maß

von **1** Mark

wöchentliche Teilzahlung.

Kein Waren-Kreditbank

S. Boltuch

Frankfurter Allee 75

Eingang Tilsiter Straße

Kein Waren-Kreditbank

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 16. April 1912.

Anfang 3½ Uhr.

Neues Schauspielhaus. Der eingebildete Kranke.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Kgl. Schauspielhaus. Penthesilea.
Deutsches. George Dandin.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Hoverland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Weltbäder an europäischen Küsten.
Kammerspiele. Gawän.
Lessing. Glaube und Heimat.
Komische Oper. Ein aufgelegtes Geschäft.
Westen. Die schöne Helena.
Kleines. Lottchens Geburtstag. G. und F. Eitzler. Hockenjos.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Judith.
Kurfürstenoper. Tiefland.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Lustspielhaus. Das lausige Nest.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Mädchenmarkt.
Schiller O. Der Kompagnon.
Schiller-Charlottenburg. Der scharfe Junker.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Ernesto Nicanes.
Luisen. Ich lasse dich nicht.
Rose. 5×100 000 Teufel.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Der Ehemann am Fenster. Ein angebrochener Abend.
Thalia. Autoliebchen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Der Hausteufel. Wie man Männer bessert.
Reichshallen. Eine Hochzeit in der Mällerstraße.

Anfang 8½ Uhr.

Folies Caprice. Der Polizeihund.
Walhalla. Berliner Allerlei.
Voigt. Geschlossen.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Der Meister.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr: Neu einstudiert:
Der Kompagnon.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Lady Windermeres Fächer**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Kompagnon.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der scharfe Junker.**

Urania.
Wissenschaftliches Theater
8 Uhr:
Weltbäder an europäischen Küsten.
(Von Hamburg bis Lissabon.)
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62, Mittwoch, den 17. April, 11¼ Uhr vorm.:
Prof. Dr. P. Schwahn: **„Der Verlauf der Sonnenfinsternis."**
Anschließend u. a. Beobachtungen mit dem gr. 12zölligen Refraktor.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonntag 3¼ Uhr: **Der Vogelhändler.**

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.
Sonntag 3¼ Uhr: **Wiener Blut.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell.
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**
Sonntag, 21. April, nachm. 3 Uhr: **Ein Walzer von Chopin.**

Luisen-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ich lasse Dich nicht.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zum ersten Male:
5×100 000 Teufel.
Große Ausstatt.-Posse in 1 Vorspiel u. 3 Akten v. Jacobson u. Thalburg. Musik v. Michaelis. Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
5×100 000 Teufel.

Herrnfeld Theater
Schluß diesjähriger Spielsaison:
Montag, 29. April
bis dahin täglich:
Wie man Männer bessert
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die **Novität:**
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11—2 (Theaterkasse)

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Hierauf: **Ein angebrochener Abend.**

Passage-Panoptikum.
Das vereinte Riesenpaar
Brünhild und Dusorc
Deutschland u. Frankreich
Hede, das Löwenmädchen
halb Mensch — halb Animal
lebend zu sehen
Ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Gastspiel
Gertrude Barrison
Karl Hollitzer
Das Geisterfenster
und das große April-Programm mit 10 neuen Attraktionen!

Metropol-Theater,
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Ein sensationeller Erfolg des gr. komischen Programms.
Ganz Berlin spricht von Bellini.

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Das größte Naturwunder, das je gelebt! Die Kopf auf Kopf zusammengewachsenen Zwillinge.
Lebend zu sehen.
Ohne Extra-Entree.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Aprilprogramm mit Grete Gallus.
Allabendlich Lachstürme!
Der Possenschlager
Die lustige Strohwitwe.

Ki-Ko bei Kroll
früher Neues Kgl. Opernheater.
Lichtspiele
in wirklichen Naturfarben (Kinemakolor).
Das Eröffnungsprogramm ist von der gesamten Presse glänzend besprochen
Täglich von 4—11 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der Mällerstraße.
Burleske von Meysel.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Schluß der Saison am 24. April.

Zirkus Busch
Heute Dienstag, abends 7½ Uhr:
Gala-Vorstellung.
Debut! **The Avolos!** Debut! gr. gymn. Neuheit an 6 Bambusstangen. Noch nie gezeigt. Zum 1. Male in Deutschland!
Iwanoff (Looping the Loop am schwing. Trapez).
Der ber. amerik. Cowboy
Jack Joyce.
Amateur-Konkurrenz-Reiten! 50 M. Belohnung, wer stehend auf dem Pferde dreimal um die Manege reitet. Anmeldung im Bureau.
Um 9½ Uhr: **„Die Hexe".**

Kammer-Lichtspiele
Potsdamer Platz.
Das hochinteressante Programm!
U. a.:
Graf Wolff Metternich
mit seiner Gattin
Claire Wallentin
im neuesten Lustspiel
„Der Stallmeister".

Mentes Volksgarten
Inh. Walter Schröter
Telephon: Amt Lichtenberg Nr. 164,
Lichtenberg, Roederstr. 28/29
Verlängerte Landsberger Allee.
Vom Alexanderplatz 15 Minuten.
Linie 64, 67, 71,
Linie Kurzestraße—Hohenschönhausen.
Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag
Frei-Tanz.
Sonntags: **Großer Ball**

Zirkus A. Schumann
Heute Dienstag, den 16. April, abends 7½ Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
Neu! Gastspiel Neu!
der **Donkosaken**
mit ihren
Origin.-Steppenpferden.
Um 9½ Uhr das mit so großem Beifall aufgenommene Ausstattungsstück
Das Motorpferd
in 5 Akten mit der glänzenden feenhaft. Schlußapotheose etc.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena.
Allabendl. d. sensat. Eisballett „Yvonne". Die kl. Walz.-Königin Charlotte. Weltmstr. Erer Meyer.
Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Vom 1. bis 16. April:
Da auserwählte Riesenprogramm
Unter anderem:
Die heiratslustige Witwe.
Große Posse mit Gesang in 1 Akt.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Dienstag, den 16. April, 7½: Humoristischer Gala-Abend.
Mittwoch, 17. April:
3 Uhr **2** 7½ Uhr
Gala-Vorstellungen.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Sonntag, 21. April: **2 Abschieds-Galavorstellung.**
Galerie **40** Pf., III. Platz **70** Pf., II. Platz **1,20** M., I. Platz 2 M., Parkett 3 M. Logensitz 4 M.

„Clou" Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Gr. Konzert.**
Musikc. d. Kais.-Frz.-Grdr.-Gren.-Regts. Dirig. Musikm. **Becker.**
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen **Wochentagen** nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert
bei **freiem Eintritt.**
Heute: Musikc. d. 1. Grdr.-Drag.-Regts. Dirig. Oberm. **Baarz.**

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Heute abend 7 Uhr: Flugblatt-Verbreitung in Groß-Berlin.

In **Neukölln** findet die Flugblattverbreitung infolge der Stadtverordnetenwahlen am Donnerstag, den 18. April, statt.

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Heute Dienstag, abends 9 Uhr, findet bei Bartsch, Hermannstr. 48/49, die Resultatverkündigung über den Ausfall der Stadtverordnetenwahlen in der zweiten Abteilung statt. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Charlottenburg. Heute, abends 8 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im großen Saale des Volkshauses. Tagesordnung siehe Inserat. Zutritt nur gegen Ausweis durch Mitgliedsbuch. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Heute abend in allen Bezirken Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Schmargendorf. Die zum heutigen Dienstag angekündigte Flugblattverbreitung findet nicht statt. Der Vorstand.

Boxhagen-Rummelsburg. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Tektow. Am Mittwoch, den 17. d. M., abends 8½ Uhr, im Lokal von W. Bonow: Regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht der Stadtverordneten und der Maikommission. Der Vorstand.

Niederschönhausen-Nordend. Heute Dienstag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 Uhr Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Bezirk Waldmannslust und Umgegend. Die für Groß-Berlin auf den 16. April angesetzte Flugblattverbreitung findet für unseren Bezirk am Sonntag, den 21. April, von den bekannten Lokalen aus statt. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Am Mittwoch, den 17. d. Mts., findet für alle Bezirke Zahlabend statt. Die Brandenburger Vorstadt versammelt sich bei Schuhmacher, Alte Luisenstraße.

Berliner Nachrichten.

Dreiklassen-Karussell.

Auf dem Dache des Mumienpalastes in der Leipziger Straße billige Karnickelzüchtung und auf der Kehrseite der reaktionären Hochburg in der Prinz-Albrecht-Straße billige Hochzeitsfeier auf Generalunkosten . . . es paßt zusammen. Wie Wagner zum Faust sagt die eine Staatsmumie zur anderen: Mit euch, ihr Herren, zu spazieren, ist ehrenvoll und ist — Gewinn." Lassen die Herrenhäusler ihre Staatskarnickel auf dem Dache Familienfeste feiern, so verschlägt es auch dem Nachahmungstriebe anderer volksfeindlicher Parlamentarier nichts, wenn sie in den prächtigen Wandelhallen des mit Steuergroschen erbauten Dreiklassenparlaments Kindtaufen, silberne Hochzeiten und was sonst noch ohne Saalunkosten feiern. „Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzen leiden, doch ihre Weine trinkt er gern." Der Chor der Landräte hätte dazu ein Ständchen bringen, der Polizeiminister den Taktstock schwingen und die nationalliberale Schützengilde des Hochzeitsvaters Krause Ehrensalven abgeben oder Purzelbäume schlagen müssen. Ein Zirkus mit Staatsclowns und dressierten Paraderossen ist ja die parlamentarische Festung der preußischen Reaktion schon immer gewesen. Na, man muß schließlich zufrieden sein, daß die hochzeitlichen Schwärmer für den „billigen Laden" bloß die Heizung und Beleuchtung genassauert haben und nach dem Rezept preußischer Vergnügungsreisender nicht auch die Dinerrechnung dem dummen Michel präsentieren. Möglich ist bei solchen Leuten alles. Aber was das billige Hochzeitsfest der braven Familie Krause nun für schöne Perspektiven eröffnet! Vielleicht bald schon werden nationale Studenten hier ihre Saufgelage abhalten. Für Duelle, die das Gesetz verbietet und ein blödsinniger Ehrenkodex vorschreibt, ist das „Volkshaus" just der beste Ort. Schutzleute stehen davor und passen auf, daß die Herrschaften nicht gestört werden. Auch die Boxkämpfe, die neuerdings unter den Offizieren der Garderegimenter Mode geworden sind, sollte man hierher verlegen. Und wie wär's mit einem fidelen Staatskientopp im großen Sitzungssaal während der Ferien? Das kann die Würde dieses Hauses doch wirklich nicht mehr beeinträchtigen. Die Wandelhallen eignen sich ganz brillant zu einem überdachten Rummel, auf dem die Januschauer, Pappenheimer und Konsorten vor ihren Radaubuden prächtige Anreißer abgeben würden. Das Dach könnte man vielleicht als billige Sommerwohnung für Mondsüchtige oder als Berliner Monaco für blaublütige Wechselreiter einrichten. Aber stubenrein muß das Dreiklassenparkett bleiben. Bloß aus den Höhenrevieren darf jauchzen Groß und Klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein! Wehe, dreimal wehe, wenn etwa ein Volksfreund das kleinste Zimmerchen für einen gemeinnützigen, idealen Zweck überlassen haben will! Dann zucken die Ehrenhüter des hohen Hauses die Achseln, suchen krampfhaft nach abweisenden Paragraphen. Und richtig — da steht zwischen den Zeilen geschrieben: Im Bier- und Wein-Kabarett für Kulturfeindschaft hat die Bildung nichts zu suchen!

Ueber das sogenannte Schüler-Schulschiff in Wilmersdorf veröffentlicht im „Berliner Lokal-Anzeiger" ein ungenannter Verfasser, der wohl in Offizierskreisen zu suchen ist, einen mehrspaltigen Propaganda-Aufsatz. Es handelt sich hier um eine private Gründung, die selbstverständlich, wie aller militärisch zugestutzte Klimbim, die weiteste Unterstützung behördlicher und besonders maritimer Kreise findet. Wenn in dem sehr geschickt und verlockend geschriebenen Artikel gesagt wird, die Einrichtung sei nicht künstlich ins Leben gerufen, sondern der eigenen Initiative von Schülern entsprungen, so stimmt das wohl nicht ganz. Freilich hatten sich hier Gymnasiasten zusammengefunden, um nach Kinderart das Leben und Treiben von Matrosen nachzuempfinden, aber diese nicht ungewöhnliche Erscheinung haben sich dann gewisse Leute, die mit dem Schlagworte von unserer auf dem Wasser liegenden Zukunft aufstehen und schlafen gehen, in ihrer besonderen nationalbeglückenden Art zunutze gemacht. So wurde durch die „Munifizenz des Gründers", der dafür seinen Orden schon weg hat oder ihn noch bekommen wird, auf Wilmersdorfer Trockengebiet nahe dem Fichte-Gymnasium nach dem Vorbilde der Kriegsmarine ein getakeltes Schulschiff, Abklasch mit Batterie und allem sonstigen drum und dran errichtet. Selbstverständlich muß Uniform angelegt werden und Abzeichen an der Uniform gibt es ebenso selbstverständlich auch schon. „Allen" Eltern steht es frei, hier ihre Söhne zum Eintritt anzumelden. Viele Schüler bleiben aber schon nach kurzer Zeit wieder fort, weil sie nicht finden, was sie erwartet haben und sich dem strammen Kommando des leitenden ehemaligen Seeoffiziers nicht recht anpassen können. Das Arbeitsfeld ist, wie offen erklärt wird, ganz auf militärischen Drill zugeschnitten. Seemännische Kenntnisse werden vermittelt, eine militärische Ausbildung gegeben, Besprechungen über die Verfassung (!) des Reiches gehalten und „so der staatsbürgerliche Sinn gepflegt. Die besten militärischen Eigenschaften können sich hier früh entwickeln: Gehorsam, Pflichttreue, Ordnung, Ruhe, Besonnenheit, Liebe zur Waffe".

Nur zu recht hat der Artikelschreiber, wenn er sagt, daß jeder, der von „solchen Dingen" etwas versteht, das Schüler-Schulschiff nicht als Spielzeug nimmt, wozu es oberflächliche und unwissende Beobachter stempeln wollen. In der Tat ist aus Spaß bitterer Ernst geworden, aus der Soldatenspielerei das von oben genährte Bestreben, die freie Jugend mit allen tauglichen Mitteln in den Zwang der Bewunderung für den Militarismus und Imperialismus hineinzulotsen. Als ob nur militärische Erziehung, nur imperialistischer Geist unsere Jugend stark machen können! Man kann es im allgemeinen unterschreiben, wenn es in dem Aufruf weiter heißt, die Eltern und Erzieher sollten nicht an einer Veranstaltung vorübergehen, die die Schärfe der sinnlichen Auffassung fördert, durch Freude an körperlicher Arbeit ein Gegengewicht gegen Vergnügungssucht und sexuelle Verirrungen schafft, die Liebe zum Volksliede pflegt, die Jungen zum Rudern aufs Wasser und in den Ferien in die grüne Heide führt. Ja, will der" die andere Jugendpflege, die nicht auf militärischer Grundlage, nicht auf nationaler Beduselung aufgebaut ist, etwas anderes? Will nicht auch sie die Jugend stark und tapfer machen für die Kämpfe des Lebens? Allerdings nicht für jene Kämpfe, die darauf ausgehen, die Macht des Imperialismus zu stärken und dem Volkswohlstande die besten Kräfte, die besten Söhne unter Kanonenkugeln zu rauben. Neben der Jugendpflege auf dem Schüler-Schulschiff laufen echt politische Bestrebungen einher, die bei der anderen Jugendpflege, wie sie von Arbeiterorganisationen geübt wird, obwohl hier nicht einmal vorhanden, bekämpft werden, sogar mit ungesetzlichen Mitteln des Polizeistaates. Eltern, die es trotz eines gewissen nationalen Empfindens mit dem Volke halten, sollen ihre Kinder nicht auf das Schüler-Schulschiff senden, hinter dessen erzieherischen Versuchen sich ganz andere Zwecke verbergen, als sie der Oeffentlichkeit auf den Präsentierteller gelegt werden.

Kinder verlangt!

Aus Lichtenberg hatten wir gemeldet, daß im Hause Kronprinzenstr. 20 an einem Fenster aber zum Grünkramgeschäft gehörenden Wohnung ein Plakat ausgehängt worden war, durch das „Kinder zum Etikettsknoten sofort verlangt" wurden. Auf diese Mitteilung antwortet uns jetzt Herr Gedeike, daß nicht die Inhaberin des Grünkramgeschäftes, sondern er mit der Sache zu tun habe; daß er nicht Kinder unter zwölf Jahren, sondern meist solche, die in einem halben Jahr konfirmiert werden sollen, beschäftige; daß von Ausnutzung der Kinder keine Rede sein könne, da er selber nur einen sehr geringen Nutzen davon habe. Für 1000 Stück Etiketts der verschiedenen Sorten bekomme er selber vom Geschäft 20 Pf., 25 Pf., 30 Pf., 35 Pf., 40 Pf., 45 Pf., 50 Pf. und er zahle dafür den Kindern 16 Pf., 20 Pf., 25 Pf., 27 Pf., 35 Pf., 35 Pf., 40 Pf. Danach bleibe ihm am Wochenschluß ein Gewinn 12—15 M., wovon er noch 1,20 M. für Fahrgeld abrechnen müsse. Wir hatten über die Höhe des Verdienstes, den Herr Gedeike aus der Beschäftigung der Kinder hat, gar nichts angegeben. Durch seine eigenen Angaben wird jetzt unsere Darstellung ergänzt. Daß an der von ihm ausgegebenen Heimarbeit auch Kinder unter 12 Jahren teilgenommen haben, wird ihm selber unbekannt geblieben sein, uns aber ist es bekannt geworden. Für alle, die es angeht, wiederholen wir: Nach den Vorschriften des Kinderschutzgesetzes dürfen Eltern ihre Kinder auch in der eigenen Wohnung für einen fremden Arbeitgeber nur dann arbeiten lassen, wenn die Kinder mindestens zwölf Jahre alt sind. Und auch das wiederholen wir: Wir halten die Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder aus erziehlichen wie aus gesundheitlichen Gründen für bedenklich und wünschen, daß sie gänzlich verboten wird.

Schweres Automobilunglück. Sonntag nachmittag fuhr das Automobil eines Charlottenburger Privatiers die Berliner Straße in Nieder-Schöneweide in schnellstem Tempo hinunter, als der Chauffeur die Gewalt über die Steuerung verlor und das Auto in ein in der Berliner Str. 106 befindliches Schuhwarengeschäft hineinfuhr. Bei dem Ueberfahren des Trottoirs drückte der Wagen den dort vorübergehenden Kriminalwachtmeister Prenis und dessen Frau aus der Löwestr. 5 an die Wand. Dem Ehemann Prenis wurde der Unterleib aufgerissen und der Frau die Schädeldecke gebrochen und das rechte Auge dermaßen verletzt, daß sie wahrscheinlich die Sehkraft verlieren dürfte. Beide Verletzte wurden in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo der Mann gestern früh den erlittenen Verletzungen erlag. Der Zustand der Frau gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Entgleisung der Uferbahn Grünau—Schmöckwitz. Eine große Verkehrsstörung, die sich am Sonntag recht unangenehm bemerkbar machte, ereignete sich auf der neuen Benzolbahn Grünau—Schmöckwitz. Der von Grünau um 8 Uhr 50 Min. abgelassene und vollbesetzte Motorwagen entgleiste in der Nähe des Restaurants Richtershorn in einer Kurve und legte sich zur Seite. Die Fahrgäste, von denen niemand verletzt ist, wurden durcheinander geworfen und stürzten, nachdem sie sich vom ersten Schreck erholt hatten, dem Ausgang zu. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß der Motorwagen, der im letzten Augenblick eine Stütze durch den Straßendamm erhielt, nicht in die Böschung hinabgestürzt ist. Der Verkehr mußte unterbrochen werden und konnte erst gestern wieder aufgenommen werden. Eine genaue Untersuchung ist eingeleitet. Wie verlautet, sollen an dieser Stelle z. B. an den Osterfeiertagen die Anhängewagen öfter herausgesprungen sein. Außerdem wird über die außerordentliche „schnelle" Beförderung geklagt. Alle Augenblicke bleibt die Bahn stehen und so mancher Fahrgast, dem die Sache zu langweilig wird, zieht es vor, den Wagen schimpfend zu verlassen und sich seinen Beinen anzuvertrauen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabendabend 6 Uhr in der Exerzierstraße 24. Als die 32 Jahre alte Frau des Stukkateurs O. Goebler die Fenster reinigte, stürzte sie infolge eines Fehltritts vom vierten Stock des Quergebäudes in die Tiefe hinunter, wo sie mit schweren inneren Verletzungen liegen blieb. Mieter des Hauses eilten sofort zum Arzt, der auch gleich zur Stelle war; er konnte jedoch nur noch den während der Zeit eingetretenen Tod feststellen. Während der Arzt noch untersuchte und die Nachbarn um ihn herumstanden, kam der Mann von der Arbeit. Fremde Kinder erzählten ihm, daß eine Frau vier Treppen aus dem Fenster gefallen sei. Ahnungslos trat der Mann an die auf dem Hofe liegende Leiche, wo er erschreckt seine drei Kinder im Alter von 8 bis 10 Jahren um die Leiche der Mutter stehen sieht, die „meine Mutti, meine Mutti!" schreien. Den Schmerz des Mannes kann man sich denken.

Einer von der Hinzegarde. Eine seltsame Rolle gab am Sonnabendabend der Agent für Arbeitswillige Ernst Klitzke aus der Elsasser Straße in Fürstenwalde. Mit einem scharf geladenen Revolver in der Tasche fuhr K. nach dem erwähnten Nachbarort, wo er in den Straßen die Passanten mit der Waffe bedrohte. Er postierte sich dann vor der Möbelfabrik „System" und legte fast auf jeden der vorüberkommenden Fußgänger den Revolver an. Als man zur Festnahme des Revolverhelden schreiten wollte, drohte er jeden niederzuschießen, der ihm zu nahe käme. Auch in mehreren Restaurants bedrohte K. die Gäste. Als zwei Polizeibeamte zur Verhaftung des seltsamen Menschen schreiten wollte, richtete K. auch auf diese die Schußwaffe. In dem Augenblick, als er den Hahn abdrücken wollte, wurde er von hinten umfaßt und kampfunfähig gemacht. Gefesselt mußte der tobende Exzedent zur Polizeiwache gebracht werden.

Fallschirmabstürze in Johannisthal. Auf dem Flugplatz Johannisthal führte am Sonntag nachmittag der Luftschiffer Thomnick einen Absturz aus einem Heißluftballon aus. Der Ballon, der über einem eigens konstruierten Ofen erwärmt wurde, stieg schnell auf 600 Meter und verließ dann den Platz. Ueber Rudow schwang sich Thomnick aus der Gondel, ließ sich mit einem Fallschirm in die Tiefe hinab, der Luftschiffer erreichte ohne jeden Unfall den Boden und konnte auch bald darauf den inzwischen niedergegangenen Ballon bergen.

Einen bösen Unfall erlitt Sonntagnachmittag der Flieger Müller mit dem Kühlstein-Eindecker. Müller hatte in 80 Meter Höhe bereits mehrmals den Platz umkreist, als sich die Maschine plötzlich senkrecht nach unten einstellte und zu Boden schoß. Der Flieger wurde bewußtlos unter den Trümmern hervorgezogen und nach der Unfallstation des Platzes gebracht, wo der Arzt einen Bruch des linken Beines feststellte. Ob Müller innere Verletzungen davongetragen hat, steht noch nicht fest. Der Pilot wurde im Automobil nach dem Britzer Krankenhaus gebracht, doch ist er außer Lebensgefahr. Die Ursachen des Unfalls konnten noch nicht festgestellt werden.

Schwere Gasexplosion in einer Gastwirtschaft. Eine starke Gasexplosion erfolgte gestern abend kurz nach 6 Uhr in der Gastwirtschaft von Bethke in der Zorndorfer Str. 42, Ecke Petersburger Straße. Zu der genannten Zeit ertönte plötzlich aus den Toilettenräumen eine heftige Detonation. Gleichzeitig flog die Verbindungstür in das Lokal hinein und eine lange Stichflamme schoß durch den Raum, wobei die Kleider der Gastwirtsfrau in Brand gerieten. Im Nu glich die Unglückliche einer Feuersäule. Sie stürzte lichterloh brennend auf die Straße, wo sie bewußtlos zusammenbrach. Straßenpassanten eilten sofort hinzu und erstickten die Flammen an dem Körper der Frau. Der Arbeiter Benkmann, der mit der Schaufensterscheibe auf den Straßendamm geschleudert worden war, hatte weniger schwere Verletzungen davongetragen. Beide Verunglückte wurden nach der Unfallstation in der Warschauer Straße gebracht und dort verbunden. Die Verletzungen der Frau erwiesen sich als so schwer, daß sie sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. Der Arbeiter Benkmann konnte nach Anlegung von Notverbänden nach seiner Wohnung entlassen werden. Auf der Unfallstelle war inzwischen die Feuerwehr, die von drei Seiten alarmiert worden war, eingetroffen. Da bei der Explosion in dem Lokal Feuer nicht entstanden war, konnte sich die Wehr auf die Aufräumungsarbeiten beschränken.

Beim Reiten tödlich verunglückt ist der 23 Jahre alte Cand. theol. Glatzel, der Sohn eines Hauseigentümers aus der Teltower Straße. Als der junge Mann in der Bahn des 2. Garde-Ulanen-Regiments in Moabit ritt, bockte das Pferd und warf ihn ab. Er fiel so unglücklich, daß er sich einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung zuzog. Schon auf dem Wege nach der Charité verschied er.

Mittel- und Arbeitslosigkeit haben den 24 Jahre alten Kraftwagenführer Friedrich Eize, der in der Fehrbelliner Str. 20 in Schlafstelle wohnte, in den Tod getrieben. Eize kam im September vorigen Jahres nach Berlin und glaubte hier leicht Stellung zu finden. Er bekam aber nur gelegentlich einmal Arbeit und war gezwungen, seine ganzen Ersparnisse aufzubrauchen. Als er jetzt aller Mittel bar war, erschoß er sich in der Choriner Straße in der Wohnung seines Onkels, den er wie früher schon öfter besucht hatte.

Verunglückte Kinder. Zwei schwere Straßenunfälle haben sich in der Georgenkirchstraße und in der Siemensstraße zugetragen. Vor dem Hause Georgenkirchstraße 10 wurde ein sechsjähriges Mädchen Magdalena Retsch, die Tochter eines Postbeamten, von einem Milchwagen überfahren. Das Kind erlitt einen gefährlichen Schädelbruch und fand in bedenklichem Zustande im Krankenhause am Friedrichshain Aufnahme. An der Ecke der Siemens- und Waldstraße geriet ein siebenjähriger Knabe Oskar Bonitz unter die Räder eines Brauerwagens. Er trug schwere Arm- und Beinverletzungen davon und mußte nach dem Krankenhause Moabit transportiert werden. In beiden Fällen ist die Schuldfrage noch nicht aufgeklärt.

Das Opfer eines schweren Straßenbahnunfalles wurde gestern der 43 Jahre alte Wächter Adolf Steiner, Bornholmer Straße 4 wohnhaft. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes der Müllerstraße hatte St. nicht das Herannahen eines Straßenbahnwagens der Linie 43 beobachtet. Er wurde von der Vorderplatiform umgestoßen und unter den Motorwagen geschleudert. Mit schweren inneren Verletzungen, Rippenbrüchen und stark blutenden Kopfwunden wurde der Verunglückte ins Virchow-Krankenhaus eingeliefert.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden der 22 Jahre alten Plätterin Martha Hinze aus der Schillingstraße gefunden, von dem kürzlich berichtet wurde. Die Vermißte wurde Sonnabend an der Kühlendammschleuse als Leiche in der Spree wiedergefunden.

Mit einem Kautionsschwindler, der wegen größerer Betrügereien von der Polizei zu Frankfurt a. M. festgenommen worden ist, hat sich jetzt auch die Berliner Kriminalpolizei zu beschäftigen. In den größeren Zeitungen Deutschlands erschienen vor einiger Zeit Anzeigen, in denen ein Plantagenbesitzer für seine Besitzungen in Brasilien einen Verwalter suchte. Als Gehalt wurden 6—10 000 M. jährlich in Aussicht gestellt. Natürlich meldeten sich zahlreiche Personen aus allen Städten um diesen günstig erscheinenden Posten. Die Bewerber bekamen dann von einem Manne aus Frankfurt a. M. Schreiben, in denen ihnen mitgeteilt wurde, daß sie sich zu einer bestimmten Zeit in einer Restauration in der Nähe des Hauptbahnhofes einfinden sollten. Hier trafen sie dann einen jungen Mann, der angab, früher eine Schiffsreederei besessen zu haben. Diese habe er aber jetzt verkauft und einige Plantagen in Brasilien erworben. Er machte die Leute auch noch besonders darauf

aufmerksam, daß es ein fieberreiches Gebiet sei, wußte ihre Bedenken aber auch sofort zu zerstreuen. Als Bürgschaft verlangte er 2000 Mark, die er als „reicher Mann" natürlich sofort bei der Deutschen Bank anlegen wollte, damit sie für die Angestellten nicht verloren gehen könnten. Diese sollten dann in einigen Tagen, nachdem er sich hier verheiratet, mit seiner eigenen Yacht die Brasilienreise antreten. Viele gingen auf den Leim, erkannten aber zu spät, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren, ihr Geld aber waren sie los.

Für Ertaubte und Schwerhörige beginnen Mitte April in der königl. Charité-Ohrenpoliklinik die neuen Kurse im Absehen der Sprache und zur Spracherhaltung unter fachärztlicher Leitung. Meldungen dazu werden Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 12—1 Uhr daselbst entgegengenommen. (Eingang vom alten Hauptportal, Schumannstraße.) Die Teilnahme ist für Unbemittelte unentgeltlich.

Feuer in einem Hotel. In Erstickungsgefahr schwebte bei einem Brande in dem Hotel zum goldenen Löwen in der Jüdenstraße 55 ein Monteur Karl Schuchert aus Erfurt. Das Feuer war im zweiten Stock entstanden und hatte Möbel, Kleider, den Fußboden, die Decke, Fenster und Türen erfaßt. Als man die Gefahr bemerkte, war in dem Hotel schon eine starke Verqualmung eingetreten. Dem Monteur Schuchert, der in einem Zimmer des dritten Stocks wohnte und am Sonnabend erst zugezogen war, wurde durch den erstickenden Rauch der Rückweg abgeschnitten. Die Feuerwehr war glücklicherweise schnell zur Stelle. Sie errichtete auf der Straße eine große mechanische Leiter und brachte den gefährdeten Hotelgast über diese hinweg in Sicherheit. Die Ablöschung des Feuers erfolgte dann mit einer Schlauchleitung. — Durch Brandstifter wurde auf dem Boden des Hauses Grünthaler Straße 22 Feuer angelegt. Die Gefahr wurde aber rechtzeitig bemerkt und konnte schnell beseitigt werden. Von den Brandstiftern selbst fehlt noch jede Spur.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. Gau Berlin. Sonntag, den 21. April: Uebungsstunde. (Siehe heutiges Inserat.)

Vorort-Nachrichten.

Neukölln. (Rixdorf).

Die Entscheidung.

Heute fällt die Entscheidung über die künftige Zusammensetzung des Neuköllner Stadtparlaments. Es muß sich zeigen, ob die Mandate der II. Abteilung ausschließlicher Besitz des Bürgertums bleiben sollen.

Viel Arbeit ist heute noch zu leisten. **Wir fordern daher nochmals in letzter Minute unsere Parteigenossen auf, sich am heutigen Tage zahlreich zur Verfügung zu stellen.**

Niemand darf fehlen!

Die Gegner machen verzweifelte Anstrengungen, sämtliche Mandate an sich zu reißen, die ganze Beamtenschaft ist dafür tätig.

Die Parteigenossen, welche keinen Funktionär in ihrem Bezirke haben, melden sich im Wahlbureau bei Bartsch, Hermannstr. 48/49. Da wir schon in der Mittagszeit mit den Schlepparbeiten beginnen, so werden alle Parteigenossen, welche sich in einer unabhängigen Stellung befinden, ersucht, sich gleich bei Beginn der Wahl zur Verfügung zu stellen.

Wahlberechtigt ist jeder, der in der letzten Wählerliste steht, und zwar übt er in dem Bezirk sein Wahlrecht aus, in dem er am 1. August v. J. wohnte. Jeder bringe sich Legitimationspapiere mit.

Die Wahl in der II. Wählerabteilung findet in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt.

Wahlbezirk 1a. umfassend die Bürknerstraße, Friedelstr. 25—41, Hobrechtstr. 11—74, Kottbuser Damm, Lenaustr. 1—10/11 und 20—28/29, Maybachufer 1—29, Pflügerstr. 1—12 und 67—82, Sanderstraße, Schinkestraße, Zweimberger Straße, Weserstr. 1—6 und 216/17, wählt im Lokal von Franz Eichstruth, „Hohenstaufensäle", Kottbuser Damm 76.

Wahlbezirk 1b. umfassend die Framstraße, Friedelstr. 1—22 und 42—61, Hansastraße, Lenaustr. 12/13—19, Liberdastraße, Manitiusstraße, Maybachufer 30—66, Mansenstraße, Ossastr. 1—8 und 43—50, Pannierstr. 4 bis 60, Pflügerstr. 13—66, Reuterplatz, Reuterstr. 27—65, Rütlistraße, Tellstraße, Weserstr. 7—31 und 189—210, wählt in der Turnhalle der 17. und 18. Gemeindeschule, Weserstr. 12/13.

Kandidaten: Robert Dichte, Eigentümer, und Max Alischer, Schirmhändler.

Wahlbezirk 2a. umfassend die Bouchéstraße, Elbestraße, Fuldastr. 11 bis 52, Harzer Str. 1—25 und 96—98, Kaiser-Friedrich-Straße 29—55 und 195—221, Kölnisches Ufer 50—74, Laubestraße, Lohmühlenplatz, Lohmühlenstraße, Ossastr. 9—16 und 34—42, Schandauer Straße, Weichselplatz, Weichselstr. 11—60, Weiganduser 1—15/16, Weser Str. 32—58 und 164 bis 188, Wiesenufer, wählt in der Turnhalle des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Straße 209/210.

Wahlkreis 2b. umfassend die Anzengruberstraße, Berliner Str. 47/48 bis 61, Berthelsdorferstraße, Brockenstraße, Dammweg, Donaustr. 35—53 und 86—88, Elsenstraße, Flinowstraße, Harzer Str. 26—95, Heidelberger Straße, Herzbergplatz, Junstr. 1—23 und 31—48, Kaiser-Friedrich-Str. 56 bis 194, Kiefholzstraße, Kölnisches Ufer 1—48/49, Richardstr. 1—8 und 108 bis 120, Roseggerstr. 13—41, Straße 62 (Bienengartenallee), Stuttgarter Straße, Teupitzer Straße 15—97, Thiemannstr. 1—14 und 26—40, Treptower Str. 10—44 und 51—96, Weiganduser 17—49, Weserstr. 59 bis 162/163, Wildenbruchplatz, Wildenbruchstraße, wählt in der Turnhalle der 19. und 20. Gemeindeschule, Stuttgarter Str. 35/38.

Kandidaten: Richard Felsch, Gastwirt, und Friedr. Fleischer, Zimmermeister.

Wahlbezirk 3a. umfassend die Bergstr. 1—58 und 119—163, Donaustraße 54—85, Gärtnerstraße, Goethestraße, Herzbergstraße, Hohenzollernplatz, Junstr. 24—30, Kirchgasse, Kirchhofstr. 1—9 und 35—49, Richardplatz, Richardstr. 9—53 und 64—107, Roseggerstr. 1—12 und 42—55, Rosenstraße, Schöneweider Straße, Treptower Straße 1—9 und 97—106, wählt im Lokal von Wilhelm Zemlin, „Deutsches Wirtshaus", Bergstr. 136/137.

Wahlbezirk 3b. umfassend die Bergstr. 59—118, Böhmische Straße, Brusendorfer Straße, Droysstraße, Efferstraße, Grenzallee, Johann-Huß-Straße, Kölnische Allee, Kanner Straße, Lahnstraße, Marschstraße, Mittelbuschweg, Naumburger Straße, Niemetzstraße, Richardstr. 54—62/63, Saalestraße, Schubomastraße, Teupitzer Str. 1—14 und 98—111, Thiemannstraße 15—25, Thüringer Straße, Unstrutstraße, Walterstr. 27—42, Wipperstraße, Zetzer Straße, wählt in der Turnhalle der Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Emser Str 138/137.

Kandidat: Wilhelm Schuch, Maurermeister.

Wahlbezirk 4a. umfassend die Bendastraße, Bodestraße, Bruno-Bauerstraße, Delbrückstraße, Edmundstraße, Emser Str. 1—37 und 107/108—140, Glasowstraße, Herthastraße, Ilsestraße, Jonasstraße, Juliusstraße, Kirchhofstraße 10/11—33/34, Knesebeckstr. 1—34 und 129—150, Kranoldplatz, Kranoldstraße, Rogatstraße, Reinholdstraße, Ringbahnstraße, Rübelandstraße, Schierkestraße, Selkestraße, Siegfriedstraße 1—23/24, Stubenrauchplatz, Thomasstraße, Walterstr. 1—26 und 43—55, wählt in der Turnhalle der 11. und 12. Gemeindeschule, Thomasstraße 20/21.

Wahlbezirk 4b. umfassend die Bambachstraße, Boberstraße, Emser Straße 38—105/106, Grüner Weg, Hermannstr. 75—178, Knesebeckstr. 35/36 bis 119, Mariendorfer Weg, Neißestraße, Netzestraße, Oderstr. 1—29, Siegfriedstraße 25/26—58/59, Warthestraße, wählt im Lokal von Richard Felsch, Knesebeckstr. 48/49.

Kandidaten: August Vogel, Eigentümer, Karl Rohr, Spediteur, und Gustav Zepmeisel, Buchdruckereibesitzer.

Wahlkreis 5a. umfassend Falkstraße, Hermannstr. 28—74 und 179 bis 232, Jägerstraße, Jarstr. 5—10, Kopfstraße, Lessingstraße, Leykestraße, Mainzer Str. 27—36, Mittelweg, Neckarstraße, Prinz-Handjerystraße, Steinmetzstr. 1—41 und 81/82—121, Wahmannsdorfer Straße, Zietenstraße, wählt im Lokal von Emil Hartmann, Kindlbrauerei, Hermannstr. 214—219.

Wahlkreis 5b. umfassend die Allerstraße, Fontanestraße, Herrfurthplatz, Karlsgartenstraße, Leinestraße, Lichtenrader Straße, Mahlower Straße, Oderstr. 30—52, Okerstraße, Schillerpromenade, Seichower Straße, Steinmetzstr. 43—79/80, Wanzlikstraße, Weiserstraße, wählt in der Turnhalle der 21. u. 23. Gemeindeschule, Weiserstr. 19/20.

Kandidat: Dr. Walter Fürst, prakt. Arzt.

Wahlbezirk 6a. umfassend die Berliner Straße 1—46 und 62—107, Donaustr. 1—34 und 99—131, Erkstraße, Fuldastr. 1—10 und 53—61, Hobrechtstr. 1—10 und 75—84, Kaiser-Friedrich-Straße 1—28 und 222—248, Pannierstr. 1—3 und 61—64, Reuterstr. 18—26 und 66—77, Schönstedtstraße, Weichselstr. 1—10 und 61—69, wählt im Lokal von Martin Reuter, Reuterstr. 26, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße.

Wahlbezirk 6b, umfassend die Biebrichstraße, Boddinstraße, Erlanger Straße, Hasenheide, Hermannplatz, Hermannstr. 1—27 und 233—258, Isarstraße 1—4 u. 11—14, Mainzer Str. 1—26 und 37—60, Münchener Straße, Reuterstr. 1—17 und 78—98/99, Wissmannstraße, wählt im Lokal von Arnold Scholz, „Neue Welt", Hasenheide 108/114.

Kandidaten: Hermann Wilke, Tischlermeister, und Ernst Röhl, Eigentümer.

* * *

Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung am Sonntag hatten folgendes Ergebnis:

	Eingeschr. Wähler	Sozialdemokr.	Gegner	Gewählt
1. Bezirk	1568	601	—	Wermuth, Redakteur
3. „	1426	678	1	Thurow, Gew.-Beamter
7. „	1125	482	—	Groger, Parteisekretär
8. „	1640	697	—	Heitmann, Gew.-Beamt.
10. „	1350	634	—	Schuch, Maurermeister
11. „	1748	759	—	Boeske, Kassierer
14. „	1672	745	—	Iden, Eigentümer
19. „	1266	619	—	Bytomski, Eigentümer
22. „	1208	665	—	Jaeck, Gew.-Beamter
24. „	1243	595	—	Polenske, Eigentümer

Da die Gegner keine Kandidaten aufgestellt hatten, so ist dadurch eine geringere Wahlbeteiligung gegenüber den letzten Wahlen zu verzeichnen. Berücksichtigt muß des weiteren werden, daß zwischen der Auslegung der Wählerlisten — September v. J. — und den jetzt stattgefundenen Wahlen zwei Umzugstermine liegen, welche bei der fluktuierenden Bevölkerung auch ihren Einfluß auf das Resultat ausgeübt haben.

Die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt 45,7 Prozent.

Von einem eigentlichen Wahlkampf konnte in der dritten Klasse keine Rede sein, um so heftiger wird der Kampf am heutigen Tage in der zweiten Abteilung werden.

Die Altbürgerlichen werden noch am heutigen Tage **ein Flugblatt verbreiten** mit der schönen Einleitung:

„Die rote Flut wälzt sich heran!
Am Dienstag fällt die Entscheidung über die Zukunft unserer Stadt!
Ganz Deutschland blickt auf uns!"

Damit sind sie dann mit der Sozialdemokratie fertig. Gegen die Tätigkeit der Sozialdemokratie vermögen sie nichts einzuwenden. Um die Wähler für sich einzufangen, appellieren sie an diejenigen, welche noch mit einer gewissen Notscheu behaftet sind, um vielleicht dadurch den Sieg an ihre Fahnen zu heften. Anders verfahren dagegen die Demokraten, sie glauben mit sachlichen Mitteln zu kämpfen. Ihr Führer, der Oberkorrektor Roß, konnte sich nicht verkneifen, in der letzten demokratischen Versammlung der sozialdemokratischen Fraktion arbeiterschädliche Handlungen vorzuwerfen. Diese sollen darin bestanden haben, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten bei der Schnellbahnangelegenheit nicht die nötige Beachtung der Tariffrage geschenkt haben.

Darin irrt sich der Herr gründlich, die sozialdemokratischen Stadtverordneten sind bisher energisch für die Schaffung billiger Verkehrsmittel eingetreten.

Auch wirft der Herr den sozialdemokratischen Stadtverordneten weiter vor, daß sie durch die Erhöhung der Gewerbesteuer die breiten Massen mehr belastet haben, als das Großkapital.

Demgegenüber stellen wir fest, daß die sozialdemokratische Fraktion dafür eingetreten ist, die Kleingewerbetreibenden nicht höher zu belasten als bisher.

Im übrigen ist die Fraktion für die progressive Ausgestaltung der oberen Gewerbesteuerklasse eingetreten.

Durch die Vorlage des Magistrats sind da auch die Gewerbesteuersätze bis zu einem Einkommen von 4000 M. gleich geblieben, während für die I. Klasse eine Steuererhöhung um 120 M. angenommen wurde.

Es scheint sehr faul um die demokratischen Aktien zu stehen, wenn man zu derartigen Mitteln greift, durch solche böswilligen Verdrehungen den Gegner herabzusetzen.

Für unsere Parteigenossen muß diese Kampfesweise unserer Gegner ein doppelter Ansporn sein, alles zu tun was in ihren Kräften steht, um für uns den Sieg zu erobern.

Charlottenburg.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am gestrigen Nachmittag gegen 5½ Uhr in der Bismarckstraße, nahe am Knie. Dort wollte ein 5—6jähriger Knabe, dessen Name bisher noch nicht ermittelt werden konnte, den Fahrdamm überschreiten, ohne darauf zu achten, daß ein Automobil in ziemlich schneller Fahrt herannahte. Der Führer versuchte den Wagen im letzten Augenblick herumzureißen, doch gelang ihm dies nicht mehr und so geriet das Kind unter den Kraftwagen, dessen Räder ihm über Kopf und Brust hinweggingen. Der Besitzer des Wagens, ein Herr T., Charlottenstr. 7/8 wohnhaft, brachte das verunglückte Kind nach der Unfallstation in der Berliner Straße, wo der Arzt einen Schädelbruch, sowie Rippenbrüche und innere Verletzungen feststellte. Der Knabe wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause Westend gebracht.

Lichtenberg.

Das rätselhafte Verschwinden eines sechsjährigen Knaben beschäftigt zurzeit die Lichtenberger Kriminalpolizei. Am Sonnabendnachmittag war der sechsjährige Knabe Oswald Ernst, dessen Mutter auf der Liebesinsel im Rummelsburger See wohnt, mit seinem um vier Jahre älteren Bruder angeln gegangen. Die Knaben saßen auf einem in den See hinausführenden Bootssteg und hatten beide ihre Angeln ausgelegt. Nach etwa einer Stunde kam der ältere Knabe in die Wohnung der Mutter und erklärte dieser, er könne seinen Bruder Oswald nirgends finden. Frau Ernst machte sich sofort auf die Suche, doch konnte auch sie keine Spur von dem Knaben entdecken. Erst nach einiger Zeit bemerkte man die von der Strömung bereits fortgeführte Angelrute, so daß zu vermuten ist, daß der Kleine ertrunken ist. Auffällig erscheint der Umstand, daß der ältere Bruder keine Angaben darüber machen kann, ob sich ein Unfall in seiner Gegenwart abgespielt hat, oder ob der Kleine erst in seiner Abwesenheit verunglückt ist.

Steglitz.

Das Sparsystem unserer Gemeindeverwaltung. Die schönen Reden des Gemeindevorstehers und der bürgerlichen Gemeindevertreter über das Thema „Sparen" bei der kürzlichen Etatsberatung werden schon jetzt durch ein lehrreiches Beispiel ins rechte Licht gerückt. Im Juli des Jahres 1910 bewilligte die Gemeindevertretung gegen die Stimmen unserer Vertreter 3200 M. zur Verlegung der Schulbaracken von der Ringstraße nach der Jahnstraße. Unser Redner verurteilte damals aus hygienischen Gründen die Benutzung von Baracken überhaupt und forderte die sofortige Inangriffnahme des geplanten Schulneubaues in der Friesenstraße, wodurch die Baracken entbehrlich würden. Vom Gemeindevorstand wurde geantwortet, daß aus Sparsamkeitsgründen die Baracken versetzt und weiter benutzt werden sollten, denn dadurch wäre es möglich, den Schulneubau um ein halbes Jahr zu verschieben, was eine Zinsenersparnis von 10 000 M. bedeute. So wurde es denn auch gemacht. Erst im November 1910 wurde der Neubau beschlossen und im Frühjahr 1911 begonnen, wie sich jetzt herausstellt, natürlich zu spät. Die vor einigen Wochen erfolgten Anmeldungen der kleinen Abc-schützen bestätigte die Befürchtung, daß trotz der Baracken keine Möglichkeit bestehe, alle Kinder unterzubringen. Nun war Holland in Not. Der einzige Ausweg war der, mit allen Mitteln die Fertigstellung des Neubaues zu versuchen. Nun begann eine fieberhafte Tätigkeit in der Friesenstraße. Der ganze stolze Bau vom Keller bis zum Dachgeschoß wimmelte von Bauhandwerkern. Die Arbeitszeit wurde ins Unendliche ausgedehnt, der 12stündige Normalarbeitstag schien das erstrebenswerteste Ziel. Beim Eintritt der Dunkelheit erstrahlten sämtliche Räume in einem Meer von elektrischem Licht, gleich einem Warenhaus zur Weihnachtszeit, und ohne Rast und Ruh schafften die Bauhandwerker-Heinzelmännchen. In dem Feuereifer ging sogar der Unterschied von Werk- und Sonntag verloren, ja selbst der Karfreitag konnte die Arbeitswut nicht unterbrechen. Am zweiten Osterfeiertag begann das Rennen aufs neue bis zum letzten Donnerstag, an dem den Unterricht beginnen sollte. Und er begann, dauerte allerdings nur eine Stunde, dann gab es „Kälteferien", weil die Heizung noch nicht funktionierte. Fertig ist die Schule natürlich trotzdem noch nicht, nur die notwendigsten Räume wurden gebrauchsfähig hergerichtet. Selbst die Straße ist noch nicht gepflastert, nur auf einem halbfertigen Bürgersteig ist das Gebäude zu erreichen. Durch diese Umstände wird die Freude über das wirklich schmucke Aeußere des Bauwerkes wesentlich herabgestimmt. Aber wir haben doch 10 000 M. an Zinsen gespart, könnte eingewandt werden. Bei der Ueberstunden-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit und dementsprechender Extrabezahlung wird die Ersparnis wohl nur eine schöne Illusion bleiben. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Ueberstunden- und Nachtarbeit erfahrungsgemäß auf Kosten der Qualität der geleisteten Arbeit geht, wodurch das Reparaturenkonto belastet wird. Hoffentlich läßt sich unsere Gemeindeverwaltung den Fall zur Warnung dienen und beginnt das Sparen an einer anderen Stelle.

Lankwitz.

Gegen das Verbot der Schulentlassungsfeier am Palmsonntag protestierte eine am Sonntag nachmittag bei Dohns tagende, sehr gut besuchte öffentliche Versammlung. Der Amtsvorsteher Dr. Beyendorff sollte zu dieser Versammlung eingeladen werden, er hatte es jedoch vorgezogen, die Annahme des eingeschriebenen Briefes, in dem die Einladung enthalten war, zu verweigern.

Der Referent, Dr. Julius Moses, geißelte in seinem Referat über „Polizei und Jugendpflege" in sarkastischer Weise die Beschränktheit der Auffassung, durch kleinliche Polizeiverbote und andere Schikane eine so großartige Bewegung wie die sozialistische zu vernichten oder hemmen zu wollen. Er erklärte, daß er in seiner Festrede am Palmsonntag vor allen Dingen den Schulentlassenen als Arzt die Gefahren des Dämon Alkohol vor Augen führen wollte. Er hätte gar nicht daran gedacht, den Jugendlichen eine politische Rede zu halten, dazu böten sich uns genügend andere Gelegenheiten. Da das übrige Programm aus Darbietungen von Leuten wie Mendelssohn, Schubert, Mozart usw. zusammengesetzt war, lauter Männern, von denen keiner die Nationalhymne oder andere wichtige patriotische Weisen komponiert hat, so wäre allerdings der preußische Staat in große Gefahr geraten, wenn nicht der Amtsvorsteher von Lankwitz, Herr Dr. Beyendorff, wachsam gewesen wäre und rechtzeitig diese Gefahr durch ein mutiges Verbot abgewendet hätte. Herrn Dr. Beyendorff könne man nur dankbar sein, daß er uns zu einer so guten Volksversammlung verholfen habe. Im weiteren Verlauf seines Referats zeigte der Referent, in welcher Weise heute versucht wird, unter dem Deckmantel von schönen Worten, wie Vaterlandsliebe, Gottesfurcht, Treue zu Kaiser und Reich usw., die heranwachsende Jugend zu gehorsamen und willigen Ausbeutungsobjekten für die Besitzenden zu drillen. Er verwies dabei auf verschiedene Gedichte in Schullesebüchern, die in blutrünstiger Weise ganz im Nick-Carter-Stile die Seelen der Kinder mit Chauvinismus erfüllen sollen, das nennt man dann bei uns national! Bei den Schulentlassenen solle nun diese Tendenz durch Veranstaltung von Kriegsspielen, von hurrapatriotischen Veranstaltungen weitergepflegt werden. Der Redner betonte demgegenüber die Pflicht der Arbeitereltern, die Hände nicht müßig in den Schoß zu legen, sondern nun ihrerseits erst recht die Erziehung der Jugend zu pflegen in dem Sinne, daß dieselben, wenn sie das Alter von 18 Jahren erreichen, den Weg in die Reihen des kämpfenden Proletariats finden. In der Diskussion wurden die Anwesenden noch auf die Bestrebungen der maßgebenden Kreise am Orte hingewiesen, die den Jugendfang treiben. Seien doch im diesjährigen Etat aus den allgemeinen Steuergroschen 800 M. eingesetzt und soll doch ferner im Gymnasium ein Jugendheim für „nationale" Vereine eingerichtet werden. Die Versammelten wurden aufgefordert, durch intensive Teilnahme an der Jugendpflege dem entgegenzuarbeiten. Es gelangte zum Schluß folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

> Die in der heutigen Versammlung zahlreich erschienenen Arbeitereltern protestieren energisch gegen das Verbot der Schulentlassungsfeier am Palmsonntag durch den Amtsvorsteher Herrn Dr. Beyendorff, welcher eine künstlerische Veranstaltung der Arbeiterschaft ohne weiteres als öffentliche politische Versammlung erklärt, während Veranstaltungen des bürgerlichen Bildungsausschusses mit ausgesprochen politischer Tendenz ungehindert unter vorzugsweiser Beteiligung Jugendlicher stattfinden dürfen. Die Versammelten verpflichten sich, mehr wie bisher dafür zu agitieren, daß die Arbeiterschaft ihre Kinder sowohl von den bürgerlichen Veranstaltungen durch die Schule, als auch durch sogenannte Jugendorganisationen fernhält. Alle derartigen Veranstaltungen der Bürgerlichen verfolgen den Zweck, die Jugend den Anschauungen der Eltern zu entfremden und sie zu Hurrapatriotismus und Duldsamkeit zu dressieren. Die Veranstaltungen der Arbeiterschaft dagegen verfolgen den Zweck, die heranwachsende Jugend zu freien Persönlichkeiten und willensstarken Charakteren zu erziehen. Die Versammelten verpflichten sich, überall, in der Familie und im Bekanntenkreise, in der Werkstatt und in der Fabrik, in diesem Sinne zu wirken, und ihre Kinder nur an den Veranstaltungen der Arbeiterschaft teilnehmen zu lassen.

Grünau.

Endlich ist es auch der Grünauer Arbeiterschaft gelungen, einen Sitz in der Gemeindevertretung zu erobern. Während unsere Genossen vor zwei Jahren mit 160 gegen 161 bürgerliche Stimmen unterlagen, stieg die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der am 20. März stattgefundenen Ersatzwahl auf 184, bei den Bürgerlichen auf 196. Am 28. März fand eine Ergänzungswahl statt, bei der es unser Kandidat auf 196 gegen 190 Stimmen des Grundbesitzervereins und 28 des Bürgervereins brachte, so daß am 12. April eine Stichwahl zwischen unserem Kandidaten und dem der vereinigten Grundbesitzer und Beamtenvereine stattzufinden hatte. Wenn man in Betracht zieht, daß zirka 200 Beamte im Ort wohnen und daß den Bürgerlichen gegen 35 Forensen zur Verfügung standen, ist unser Erfolg doppelt zu bewerten. Die Mitglieder des Bürgervereins hatten sich mit Ausnahme des Barbiers B. der Stimme enthalten. Noch zwei Tage vor der Wahl erklärte der bürgerliche Wahlmacher B., daß die Arbeiter auf keinen Fall in die Gemeindevertretung hineindürften; bei der Bearbeitung der Wähler wurde dieser Herr nach Kräften vom örtlichen Gemeindelehrer B., sowie dem Fuhrunternehmer N. unterstützt. Dazu kam, daß der Kandidat der Bürgerlichen ein Beamter war. Eine besondere Ueberraschung bereitete unseren Genossen der Wahlleiter gleich zu Anfang der Wahl dadurch, daß er sämtliche am 1. April verzogenen Wähler für nicht wahlberechtigt erklärte; dadurch gingen uns 5 Stimmen verloren. Trotz alledem trug unser Kandidat mit 222 gegen 206 Stimmen den Sieg davon. Möge dieser Erfolg nunmehr unsere örtliche Bewegung derart festigen, daß bei künftigen Wahlen den Bürgerlichen ein- für allemal die Aussicht auf Erfolg genommen ist.

Heinersdorf bei Weißensee.

„Warum muß die Arbeiterschaft im Ortsparlament vertreten sein?“ lautete das Thema einer Gemeindewählerversammlung, die am vergangenen Sonntag in Heinersdorf stattfand. Die Versammelten folgten mit regem Interesse den Ausführungen des Stadtverordneten Genossen Dupont-Berlin. An der Hand unseres Kommunalprogramms zeigte der Redner, wie selbst in den kleinen Gemeinden in sozialpolitischer Beziehung auf dem Gebiete der Schule, der Armen- und Waisenpflege Besserungen erstrebt und durchgeführt werden können. Reicher Beifall lohnte die von Sachkunde getragenen interessanten Ausführungen.

In der Diskussion, zu der sich von den anwesenden Gegnern trotz Aufforderung niemand zum Wort meldete, bezeichnete unser Kandidat, Genosse Karl Schmidt, die Auslassungen der Bürgerlichen, wonach die Sozialdemokraten bei der letzten Stichwahl für die Kandidaten des Bürgervereins eingetreten seien, als falsch. Nicht ein Mitglied der politischen Organisation sei zur Wahl gegangen, sondern alle hätten der ausgegebenen Parole, die auf Stimmenenthaltung lautete, strikte Folge geleistet. Mit einem Appell, am Wahltage die Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten zu vereinigen und an der am Mittwochabend 7 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung teilzunehmen, schloß der Vorsitzende, Genosse Schlemminger, die Versammlung.

Spandau.

Ein schwerer Unfall ereignete sich heute vormittag im Umschlaghafen. Der Bootsmann Schulz aus Pollenzig wurde von einer eisernen Kranwinde am Kopf getroffen; er erlitt eine klaffende Schädelwunde und wurde, nachdem ihm ein Arzt den ersten Beistand geleistet hatte, nach dem städtischen Krankenhause übergeführt.

Potsdam.

Eine männliche Leiche wurde gestern an der Grenzremise hinter Bornstedt auf forstfiskalischem Gebiet gefunden. Es handelt sich um einen Selbstmörder, der sich erhängt hat und abgerissen ist. In seinem Besitz fand man weder Ausweispapiere noch Barmittel. Der Lebensmüde ist von mittlerer Statur, hat dunkelblondes Haar und bartloses Gesicht. Er dürfte 35—40 Jahre alt sein. Man glaubt, daß der Tote nicht aus hiesiger Gegend stammt. Er war gut gekleidet.

Aus der Frauenbewegung.

Der zweite sozialdemokratische Frauentag.

Der 12. Mai ist der Tag der Frauen. An allen Orten, in denen eine Parteiorganisation besteht, werden am 12. Mai Frauenversammlungen abgehalten, die der Forderung des Frauenwahlrechts gelten. Wie im vergangenen Jahre ist es die sozialdemokratische Partei, die den „Frauentag“ veranstaltet, und die freien Gewerkschaften haben versprochen, die Aktion bestens zu unterstützen. Sache der örtlichen Organisationen und nicht zuletzt der weiblichen Mitglieder in ihnen, ist es nun, den Frauentag zu einer wuchtigen Kundgebung für die politische Gleichberechtigung der Frau zu gestalten. Die Eroberung des Frauenwahlrechtes wird in steigendem Maße zu einer sozialen Lebensnotwendigkeit nicht nur für die proletarische Frau, sondern für die gesamte Arbeiterklasse. Erklärlich genug: die Klassengegensätze werden schärfer, die Klassenkämpfe deshalb härter; das Interesse der im Kampfe stehenden Arbeiterklasse erfordert es, daß möglichst alle Kräfte dem Kampfe dienstbar gemacht werden, also auch die der Frauen. Diese aber stehen heute waffenlos im politischen Kampfe, weil ihnen das Wahlrecht fehlt. Sie zur gleichgerüsteten Kämpferin zu machen durch die Eroberung des politischen Wahlrechtes, sie damit zu befähigen, um so wuchtigere Hiebe im politischen Kampfe führen zu können, gebietet das Klasseninteresse dem Proletariat.

Diese Erkenntnis ist es, die zur Veranstaltung des Frauentages geführt hat. Durch ihn wird die alte Programmforderung der sozialdemokratischen Partei, die volles Bürgerrecht des Weibes heischt, mitten in die politische Agitation gerückt und es werden die proletarischen Frauen zu bewußten Trägerinnen dieser Forderung. Je größer ihre Zahl ist, die am 12. Mai sich am Frauentag beteiligt, desto wirksamer wird ihre Forderung unterstrichen, desto mehr auch der Nachweis der politischen Reife erbracht und desto umfassender und gründlicher werden die noch teilnahmslos beiseite stehenden Frauen aufgerüttelt und zur politischen Betätigung angespornt. Gewiß Gründe genug für unsere Genossinnen, keinen Tag und keine Stunde zu versäumen, die der Propaganda für „unseren Tag“ dienen können.

Ans Werk! Nutzet die Stunde! Das sei deshalb die Losung der Genossinnen.

Der Frauenverband der norwegischen Arbeiterpartei

hielt am Gründonnerstag zu Stavanger, dem Tagungsort des Parteikongresses, seine 10. Jahresversammlung ab, zu der dreißig Vertreterinnen der verschiedenen Ortsgruppen erschienen waren. Der Verband, der im Jahre 1910 gegründet wurde und dessen Grundstock der Sozialdemokratische Frauenverein von Kristiania bildete, hat in den letzten Jahren immer stärkere Fortschritte gemacht und ist ständig in der Weiterentwickelung begriffen. Er entfaltet eine starke Agitation für die politische und prinzipiell sozialdemokratische Aufklärung der Frauen wie auch für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen, für ihren Anschluß an die bestehenden Gewerkschaften, und arbeitet auf diesem Gebiet Hand in Hand mit den Gewerkschaften, wie auf politischem mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Der Verband gibt unter dem Titel „Kvinden“ (Die Frau) ein Monatsblatt heraus, und dem Kongreß lag ein Antrag vor, das Organ von jetzt ab vierzehntägig erscheinen zu lassen, worauf man jedoch vorläufig wegen Mangel an den nötigen Geldmitteln verzichten mußte. Ferner beschäftigte man sich mit einem Antrag auf Errichtung sozialistischer Sonntagsschulen, wie sie hier und da im Lande schon bestehen. Es ist natürlich nicht die Absicht, die Kinder bereits in die Politik hineinzuziehen, sondern ihnen, gegenüber der in Norwegen mit ganz besonderem Eifer getriebenen Ueberfütterung mit Religion, etwas vernünftige Aufklärung beizubringen und sie, soweit es ihrer Auffassungsgabe entspricht, mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Die Jahresversammlung beschloß hierzu, daß der Arbeitsausschuß des Verbandes Untersuchungen über die Arbeitsmethode der bestehenden sozialistischen Sonntagsschulen veranstalten soll, und das Ergebnis wird den verschiedenen Ortsvereinen mit der Aufforderung zugestellt werden, gemeinsam mit der Parteiabteilung an den verschiedenen Orten auf die Errichtung solcher Schulen hinzuarbeiten. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder, und hierzu wurde beschlossen, daß der Verband dahin wirken soll, daß alle Lohnarbeit für Kinder im Schulpflichtsalter verboten wird.

Dem Storthing liegt bereits seit dem Jahre 1909 ein Gesetzentwurf vor, der die Lage der außerehelich geborenen Kinder und ihrer Mütter verbessern soll. Auch mit dieser Frage beschäftigte sich der Kongreß und sprach sich namentlich dafür aus, daß den Kindern für die ganze Zeit ihrer Entwickelung der nötige Erziehungsbeitrag gesichert wird, wie dies in Dänemark durch ein Gesetz von 1909 bis zu einem gewissen Grade schon der Fall ist.

Die Frauen haben bekanntlich nach norwegischem Gesetz dasselbe Recht, als Schöffen- oder Laienrichter tätig zu sein, wie die Männer, und im allgemeinen wird auch bei der Auswahl für dieses Amt kein Unterschied zwischen den Geschlechtern gemacht, jedoch hat sich herausgestellt, daß man, wenn es sich um die Aburteilung von Sittlichkeitsverbrechen handelt, die Frauen in der Regel grundsätzlich ausschaltet, obwohl ein gesetzlicher Grund dazu nicht vorhanden ist. Hiergegen haben bereits die bürgerlichen Frauen protestiert, und der Kongreß unserer Parteigenossinnen schloß sich diesem Proteste an und hielt es um so mehr für angebracht, die Frauen bei solchen Sachen nicht auszuschalten, als die Opfer der Sittlichkeitsverbrechen ja fast immer Frauen und Kinder sind.

Sodann beschloß der Kongreß einstimmig, Protest zu erheben gegen die ungeheuerlichen Flottenpläne der Regierung, die eine Summe von 16½ Millionen Kronen verschlingen sollen. — Zu den bevorstehenden Storthingswahlen ermahnte die Vorsitzende Frau Tynäs die Genossinnen, kräftig zu agitieren. Jede sozialistische Frau müsse hier ihre Pflicht tun, die Lauen aufzurütteln und ohne Unterschied für die männlichen sowohl wie für die weiblichen Kandidaten der Partei eintreten. Es lag auch ein Antrag vor, eine besondere Agitatorin fest anzustellen, was jedoch aus finanziellen Rücksichten noch nicht durchführbar ist. Im übrigen beschäftigte der Kongreß sich noch mit verschiedenen anderen Fragen und forderte die Frauen unter anderem zu energischer Tätigkeit für die Förderung des Genossenschaftswesens auf. Als Vorsitzende des Verbandes wurde Frau Tynäs einstimmig wiedergewählt und als Geschäftsführerin Frau Ritteberg. Als Korrespondent zum Internationalen Bureau wurde Frau Fernanda Nissen gewählt, als Stellvertreterin für dieses Amt Frau Gjöstein-Stavanger.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn hier Treppen — Hofbruch —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Erbschaft Zürich. Ihr Stiefbruder ist in Ansehung des mütterlichen Nachlasses mit Ihnen in gleicher Weise erbberechtigt. — **Agnes.** Ihre Anfrage ist unverständlich. — **O. R. 79.** Nur die Schwester hat das Kündigungsrecht. — **M. H. 222.** 1. Ja. 2. Falls das Vormundschaftsgericht die Genehmigung erteilt. — **B. Wiener Straße.** Fordern Sie nochmals Abrechnung unter Setzung einer Frist von vielleicht 14 Tagen. Falls auch diese erfolglos ist, reichen Sie eine Beschwerde an den Vorstand der Anwaltskammer in Potsdam, zu Händen des Justizrats Wolbert in Potsdam, ein. — **E. M. 12.** 1. Ja. 2. Derartige Ansprüche verjähren in einem Jahre. 3. Nein. — **F. K.** Die Ansprüche aus dem Jahre 1909 sind verjährt. Falls die später gelieferten Artikel erschienen sind, können Sie wegen des Honorars für dieselben Klage erheben. Die Armenverwaltung bezw. der Wahlverein werden sich damit nicht befassen. — **B. C. 130.** Richtet sich nach dem in dem Statut der Ortskrankenkasse, der Sie angehören, festgestellten durchschnittlichen Tagelohn. — **H. S. 55.** Lesen Sie den Artikel „Steuerfragen“ im „Vorwärts“ vom 17. März. — **S. R. 80.** Beiderseitiges Einverständnis ist kein Scheidungsgrund. — **W. 100.** Falls ein Sachverständiger das Vorhandensein der Mängel begutachtet, können Sie Lieferung mangelfreier Sachen verlangen unter Setzung einer Frist. Falls die Aufforderung erfolglos ist, können Sie vom Vertrage zurücktreten und Rückzahlung verlangen. Gerichtliche Sachverständige finden Sie im Adreßbuch (II. Teil) verzeichnet. — **H. R. W. 68.** 1. Ja. 2. Geldstrafe bis zu 600 Mark, für den Nichtbeitreibungsfall Haft. — **O. Sch. 60.** Ja, bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. So lange Sie unverheiratet sind, sind Sie in Höhe von 15 bis 20 Mark monatlich unterstützungspflichtig. — **Benzin.** Machen Sie der Gewerbeinspektion Mitteilung. Besondere polizeiliche Vorschriften bestehen nicht. — **W. 3.** Ja.

Marktbericht von Berlin am 13. April 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Aale 1,50—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,50. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Witterungsübersicht vom 15. April 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.
Swinemünde	770	W	2	wolkig	5	Haparanda	761	S	1	heiter	−6
Hamburg	771	OSO	1	wolkenl.	5	Petersburg	761	NW	1	bedeckt	−1
Berlin	770	O	1	wolkig	5	Scilly	773	NO	1	wolkig	9
Frankf. a. M.	767	NO	3	wolkig	5	Aberdeen	771	NW	2	wolkenl.	9
München	766	NO	4	bedeckt	3	Paris	769	NNO	3	heiter	7
Wien	766	NNO	1	bedeckt	5						

Wetterprognose für Dienstag, den 16. April 1912.

Vielfach heiter, am Tage ziemlich milde, aber noch veränderlich bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Die da glaubten, es gäbe nichts Besseres, haben sich schnell und gern zu der Ansicht bekehrt, daß der „Kornfranck“ tatsächlich etwas Besonderes ist. Er kann niemand enttäuschen.

7

Kauft Kleider bei der **H. K. G.**
Dann bleibt gefüllt das Portemonnaie!

Selbstkostenpreis + 10 %

Wenn zu Kleidern schlechte Stoffe oder Zutaten verarbeitet werden, so geschieht dies in der Absicht, den Gewinn zu erhöhen oder auf Kosten der Reellität billig zu verkaufen. Für derartige Manipulationen fehlen uns jegliche Beweggründe, weil wir unsere Waren zum Selbstkostenpreis (einschl. Geschäftsunkosten) verkaufen und als Gewinn lediglich eine Umsatz-Provision von 10 % erheben.

Einzel-Verkauf v. fertigen Herren-, Jünglings-, Knaben-, Sport-Kleidern in allen Preislagen u. Grössen.

Herren-Kleider-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. H.K.G.

Deutschlands grösstes Spezialgeschäft dieser Art.

Nur Neue Schönhauser Strasse 1
Ecke Weinmeister- und Münz-Strasse.

Wir haben keine Filialen! H.K.G. gesetzl. geschützt.

Kreuzstern

MAGGI's Suppen

sind die besten!

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!"

Verkäufe.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Farbenfehlern 3,25, 3.85, 4.50, 5.75, 6.85, 7.50, 9.25, 12.50.

Salonplüsch-Teppiche 13.50, 16.50, 19.50, 22.50, 27.50, 35—38 usw. Riesenfabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.25, 3.85, 4.50, 5.25, 5.65, 7.50, 8.50 usw.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.50, 12.85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4.25, 5.50, 6.75, 7.85, 9.35, 11.50 usw. E. Meitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1361R*

Beiten, Stand 11,00 16,00, hochfeine 21,00. Brautbetten, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Prachtteppiche, Anzüge, Freischwinger, spottbillig. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. 1370R*

Hermannplatz 6 Blandleihhaus. Jedermanns allerbilligster Wareneinkauf. Riesenauswahl Pelzsachen. Herrenpaletots. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf. Aussteuerbetten. Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †50*

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Räumungspreise sind bis zu 50 Prozent herabgesetzt Rosenthalerstr. 54.

Neubau Oranienstr. 126 ist eröffnet.

Teppich-Thomas Rosenthalerstraße 54. 1322*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maystoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Gaskronen, dreiflammig 7,50, komplett, Gaszuglampen 6,00, Gasuhren 2,40, Gaswandarme 1,50. Kronenlager, Große Frankfurterstraße 92, Ravenéstraße 6 (Wedding), Rixdorf, Berlinerstraße 102. 61R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Kostümen, Kleidern, Tuchmänteln, auf Seide. Herstellungspreis bis Mark 150, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Fischers Teppichhaus, gegr. 1884, Potsdamerstraße 109. Spottbillige Riesenposten Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tüllstores, Läuferstoffe. Vorwärtsleser Extrarabatt. 905R*

Beiten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Gaskronen ohne Anzahlung Boxhagenerstraße 32, erste Etage, Frankfurter Allee 124, erste Etage. 1371R

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet. Hohe Beleihung. 1280R*

Teppich-Fabriklager. Portieren, Gardinen, Gelegenheitskäufe, auch auf Teilzahlung. Kulante Bedingungen Veteranenstr. 12 I.

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Sommerpaletots, Gehrockanzüge, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstraße. 1335R*

Gardinenreste! Fenster 1,85, 2,25, 3,25 bis 6,85. Stores, Rouleaus, Uebergardinen. Ausverkauf zurückgesetzter Muster. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8. Vorwärtsleser 10 Prozent Rabatt. 1329R*

Ohne Anzahlung, Woche 0,50, Bilder, Spiegel, Möbel, Polsterwaren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bettzeuge, Uhren, Gaskronen liefert billigst Weber. Neue Königstraße 34. Besuch oder Postkarte. 1014R*

Glänzende Kaufgelegenheit! Prachtteppiche mit kleinen Farbfehlern 12,50, Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 5,90, Steppdecken 4,50, Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 3,75. Aeußerst günstig zum Umzug und für Brautleute. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. „Vorwärts"-lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. 1192R*

Federbetten, spottbillige, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 22,00. Zentralleihhaus Schöneberg, Hauptstraße 111. 1391R*

Geschäftsverkäufe.

Destillation. Verkehrslokal, altes Geschäft, an schnell entschlossenen Käufer billig verkäuflich. Strausbergerstraße 7. †41

Obst-, Gemüsegeschäft mit Feuerung, sofort zu verkaufen. Stephanstraße 60.

Ecklokal mit Zahlstellen, mehrere Vereine, zu verkaufen. Zu erfragen Manteuffelstraße 42, Lokal. †49

Restaurant zu verkaufen, Weißensee, Sedanstraße 125. 1189b

Groß-Eckdestillation, Nähe Görlitzer Bahnhof, umständehalber sofort verkäuflich. Brauerei hilft. Näheres Skalitzerstraße 62, Zigarrengeschäft.

Möbel.

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabert Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7 am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art. Stube und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12—2 geöffnet. *

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 1114R*

Bis Ende April gelangen sämtliche in meinen Speicherräumen lagernde Möbel in Eiche, Nußbaum, Mahagoni, Satin usw zum spottbilligen Verkauf, Wohnungseinrichtungen 158,00 kauft nur bei Kamerling, Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg. 1175b*

Möbel, Kleiderschrank, Vertiko 28,—, Trumeau 45,—. Schreiber, Brunnenstraße 123. 1116R*

Möbelfabrik Nenner, Reichenbergerstraße 57, liefert reellste Möbel, billigste Preise. Teilzahlung gestattet. Vorwärtsleser 4 Prozent Rabatt. *

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1376R*

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, nahe Kaiserstraße. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 12—2 geöffnet. 964R*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen ausgestellt. 1279R*

Möbel-Teilzahlung liefert Meissing, Dresdenerstraße 124, am Kottbuserthor. Auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Beamten ohne Anzahlung. Liefere auch auswärts. Vorzeiger dieses erhält 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags von 12—2 geöffnet. 1148R*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1374R*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 399*

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Möbelangebot spottbillig, Möckernstraße 25, im Inhaltes Bahn-Möbelspeicher, an der Möckernbrücke. Einzelne Schreibtische 28,—, Bücherschränke, Büfetts, Kredenzen, Spiegelschränke, Kleiderschränke schon 25,—, Bettstellen, Schreibstühle, Rohrstühle, Lederstühle, Klubsessel, Säulentrumeau 30,—, Waschtoilette mit Marmorplatte 28,—, Salontische, Nähtische, Ausziehtische 18,— an, Plüschgarnitur, Salongarnitur, Paneelsofa, Sofa 40,—, Sofaumbau, Flurgarderoben 17,50. Bilder mit Prachtrahmen, Standuhren, Freischwinger 12,—. Riesenauswahl wenig fehlerhafter Teppiche statt 12,— jetzt 8,50. Extragroße, farbenprächtige Salonteppiche 35,— bis zu den elegantesten. Chaiselongue mit Decke 22,50. Divandecken, Steppdecken, Plüschtischdecken 5,—. Tüllbettdecken 2,—. Tüllgardinen, Restbestände unter Preis. Erbstüllstores mit Volant 3,50. Plüschportieren 7,50. Gaskronen 15,—. Oelbilder. Für Brautleute, Hotels, Pensionate ganz außergewöhnlich billige Schlafzimmer, prächtige Herren-, Speisezimmer, Salons moderne Küchen, ganze Wohnungseinrichtungen, nur durchweg neue, gediegene Waren, zum schleunigen Verkauf. Otto Lidecke, Möbel-Warenspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25. Uebernahme ganzer Warenlager, Konkursmassen. Wirtschaften zum schnellen Verkauf und Auktion. 973R

Möbelangebot. Wegen vollständiger Auflösung des Geschäfts verkaufe Möbel und Polsterwaren sehr billig. Leser noch 5 Prozent Rabatt. Fruchtstraße 28 I. 1250R

Umgehend verkäuflich (Händler unerwünscht!): Apartmoderne Wirtschaft mit Kücheneinrichtung, elegantes Plüschsofa, Umbau, Herrenschreibtisch, Kleiderschrank, Englischbetten, Spiegelwaschtoilette, Chaiselongue, Trumeau, Prachtwandbilder, Gaskrone, Verschiedenes. Königsbergerstraße 11, vorn 1 links bei Fischer. 66/10

Plüschsofa, Vertiko, Tisch, Bettstellen, Kleiderspind billig. Broda, Weißenburgerstraße 66. 66/11

Prima Plüschsofa 54,—, Salongarnitur mit gutem Bezug 110,—, Chaiselongue 25,—, Sofaumbau mit Seitenschränken 63,—. Nur Skalitzerstraße 25 an der Hochbahn. 1384R

Dringend verkaufe bis Ende April Nußbaumwirtschaft mit prachtvollen Küchenmöbeln, einige Wandbilder, Gaskrone, Teppich, Küchengeschirr 195,—, Umbausofa, Bücherschrank, Säulentrumeau 88,—. Händler zwecklos. Neue Königstraße 66 I. *

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Ackerstraße.

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Möbel verkaufe zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen direkt im Fabrikgebäude und Laden. Besichtigung ohne Kaufzwang. Wohnungseinrichtung, Stube und Küche 200,00, 270,00—400,00, zwei Stuben und Küche 400,00—700,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küche 950,00—1450,00. Aeußerst günstige Gelegenheit bietet sich meiner Kundschaft in Gelegenheitskäufen, darunter Muschelkleiderspind, Vertikos, Ausziehtisch, Muschelbettstelle mit Matratze, Säulentrumeaus, Schreibtische, Büfette, Plüschgarnituren, Bücherspinde, Paneelsofa sowie ganze Einrichtungen. Eventuell Zahlungserleichterung. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt und geliefert. Richard Dehmel, jetzt Oranienstraße 131. 1138R*

Möbeltausch. Aeltere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1375R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Fossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Stuben- und Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich, Bilder, Krone, sehr billig, umgehend verkäuflich Weimeisterstraße 1b—2, Hausverwalter.

Viel Geld sparen Sie durch reellen, billigen Einkauf in der Möbelausstellung Oranienstraße 202 (Innungsmeister). Auch Teilzahlung. Vorwärtsleser 5 Prozent. 1104R*

Moebel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566,—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 104,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 408,—, Speisezimmer, echt Eiche, 348,—, 378,—, 462,—, 671,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 952R*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weimeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. 1203R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Wilhelmshavenerstraße 78 (Eckhaus Turmstraße). *

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1353R*

Herrenfahrrad (einmal benutzt) 30,00, Freilaufrad und Damenrad. Kraus, Andreasstraße 54 II. 66/6

Fahrrad, tadellos, 20,00, Grünerweg 15, Laden. 66/7

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Gramm 5,75, Geldkontor Hollmannstraße 30. 64/2*

Platinspezialist, pro Gramm 5,75. Gold, Silber, Gebisse kauft Goldschmied Bruckard, Mulackstraße 22. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 8, am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 763R*

Zahngebisse, Zahn bis 1,10, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Juwelen, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn, Kupfer, Goldwatten, Blattgold, Gummiabfälle, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. 1356R*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kaska, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 8. *

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platina, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend, Edelschmelze, Dresdenerstraße 132. 66/8

Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend, Edelschmelzerei, Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke).

Zahngebisse, Zahn bis 1,10 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 219/20*

Kanarienvögel kaufe, Preisangabe, Lagerkarte 250, Postamt 43.

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Tischler, Drechsler, Tapezierer usw. erhalten Unterricht im Fachzeichnen und Kalkulation ohne Berufsstörung nach den Lehrheften der 20-Pfennig-Fachbibliothek für die gesamte Holzindustrie. Programm kostenlos durch Norddeutsche Tischlerfachschule, Berlin N. 65, Malplaquetstraße 14—16. *

Gratis-Unterricht in Stenographie und Maschinenschreiben wird Herren und Damen für das Semester April bis Juli erteilt gegen Erstattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 22. April melden. Regina-Schreibmaschinenschule, Charlottenstraße 6. 64/8*

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 Schinkel-Akademie, Direktor Königl. Regierungs-Baumeister Artur Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Techniker-Kurse, Ingenieur-Kurse, Polierkurse, Abendkurse, Tageskurse. 790R*

Gutempfohlene Klavierlehrerin Strogall, Junkerstraße 14. 11835

Verschiedenes.

Die beleidigenden Aeußerungen gegen Frau Brasch nehme ich mit Bedauern zurück. Anna Schönebek, Neukölln, Thomasstraße 36. †49

Elsholz-Gesellschaft Komiker, Gropiusstraße 6. 11385*

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Schreibmaschinen-Arbeiten, Zeugnisabschrift vervielfältigt Krischdm, Fennstraße 48. 1106R*

Kunststopferei Letzer, Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Nähmaschinenreparaturen fachgemäß schnell und billig, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 20. 2056R*

Handwäscherei Brechke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche, vier Handtücher 10. Abholung Donnerstag.

Wäschanstalt. Wäsche wird schonendst gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. Lehmann, Köpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoriastraße 18.

Wäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt. Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10, Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstags. Herm. Kubasch, Köpenick, Flemingstraße 9. 1180b

Gardinen stopft sauber Geißler, Treskowstraße 34 IV. †57

Vermietungen.

Wohnungen.

Prachtwohnungen, 2, 3 Zimmer, Loggia, Bad, Mädchenzimmer, 36,00, 45,00, Kolonistraße 68. †126*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer. Schwarz, Graetzstraße 4. †18

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, allein. Sachse, Carmen-Sylvastraße 156, vorn IV. †116

Aelterer Herr findet alleinige möblierte Schlafstelle. Frau Steiner, Reichenbergerstraße 153, Hof 3 Treppen.

Mietsgesuche.

Möblierte Zimmer in der Nähe des Gewerkschaftshauses für die Zeit vom 17. April bis 15. Mai gesucht. Angebote an Saffenbach, Engelufer 15. 1390R

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Kunstschmied verlangt Heinrichs, Tempelhof, Ringbahnstraße 42.

Zeitungsfrauen sofort gesucht. Königstraße 56/57. 64/12

Zeitungsfrauen sofort verlangt Schiffbauerdamm 1. 66/5

Näherinnen Damenhosen, im, außerm, anlernen. Ueckermünderstraße 15. †116

Tüchtige Blusenstepperin außerm Hause, Winkler, Neukölln, Allerstraße 5. 49†

Fantasiefedern. Tüchtige Arbeiterinnen finden dauernde und bestbezahlte Beschäftigung in und außer dem Hause bei Louis Fünkenstein u. Co., Dresdenerstraße 50/51. 63/18*

Wichtig für Parteigeschäfte.

Parteigenosse (seit ein. Jahrzehnt gewerksch. u. polit. organisiert.), 28 J. alt, Buchhändler, tüchtiger Fachmann mit **kaufmännisch. Routine, Organisator**, z. Z. in leitend. Stellg. i. ein. Warenhause, wünscht s. z. verändern u. sucht leitende bezw. selbständ. Stellg. in ein. **Parteiunternehmen.** In Frage kommen: Buchdruckerei, Verlag, Buchhandlung (event. auch Redaktion). Gute Referenzen auch aus Parteikreisen steh. z. Verfüg. Anfrag. u. **Z. 2.** Hauptexped. d. „Vorwärts".

Achtung! Wagenbauer!

Die Wagenfabrik von
Gebr. Wienicke Nachflgr., Pankow, Breitestraße,
ist für alle Berufe, als da sind: Stellmacher, Schlosser, Schmiede, Lackierer und Sattler, gesperrt und bitten wir, dort Arbeit nicht anzunehmen. 176/8

Agitationskommission der Wagenfabriken Berlins und Umgegend.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Tischlerei Schuster, Kopernikusstraße 23.
Tischlerei Ottmann & Co., Gubener Str. 44.
Goldleistenfabrik Klinke, Köpenicker Str. 21.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Für Hartgummi-Arbeiter die die Firma Matthaey, Schlesische Str. 32.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. geben „Handwerkerschutzverbandes".**
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.